DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

280 25. JAHRGANG Januar 2008 4,50 €

AUS DEM INHALT:

MEDIEN

Die Idee zu einer neuen, unabhängigen Zeitung Berlins kam 1990 am »Runden Tisch« der besetzten Häuser auf, man wollte sich auch in einer breiteren Öffentlichkeit äußern. Vor 17 Jahren wurde der »Scheinschlag« gegründet – und im Sommer 2007 eingestellt. Seite 4

UMSONSTMARKT

Es sieht aus wie auf dem Flohmarkt. Aber es wird nichts verkauft – auf diesem Basar in Jerusalem ist alles umsonst. Seite 5

SOLARER WASSERSTOFF

Bereits 1987 war klar: Wasserstoff ist der Brennstoff der Zukunft. Der Rohstoff Wasser ist im Übermaß vorhanden, 71 Prozent der Erdoberfläche sind Meere. Zudem wird er nicht verbraucht, sondern kann zu 100 Prozent recycelt werden. Die Sonne scheint kostenlos und nur die Investition in die notwendige Anlage und deren Erhalt erfordert Geld. Seite 5

SOZIOKULTUR

Das Soziokulturelle »Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation« (Zakk) in der Düsseldorfer Fichtenstraße wurde im vergangenen Jahr 30 Jahre alt. Wir dokumentieren aus diesem Anlass ein Interview mit Zakk-Geschäftsführer Jochen Molck über die Lokalgeschichte der Soziokultur auf Seite 6.

GRUNDEINKOMMEN

Als Nachschlag zu unserem Schwerpunkt in der Ausgabe vom November zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Basis für solidarische Ökonomie?« veröffentlichen wir den Debattenbeitrag »Im Lichte der Grundeinkommensdebatte: Für Souveräntität im Wirtschaftsleben« auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

»Unverdrossen als Genossen...« hieß das Thema auf der Generalversammlung der TAGWERK-Genossenschaft 2003. Ohne Fragezeichen! Unverdrossen..., als Genossen... Gilt das auch heute noch? TAGWERK wurde 1984 in der Region nordöstlich von München als »Verbraucher- und Erzeuger-Genossenschaft für naturgemäßes Leben« gegründet. Initiatoren waren (umwelt-)politisch engagierte Verbraucher und biologisch wirtschaftende Bauern und Gärtner. Wesentliche Aufgabe der Genossenschaft sollte es sein, die Produkte der damals noch wenigen Biobauern und Gärtner zu vermarkten und immer mehr Bauern, Gärtner, Imker, Bäcker, Metzger in der Region zu motivieren, auf ökologischen Landbau und umweltschonende Verarbeitung mit ökologisch erzeugten Zutaten umzusteigen. Seite 13

www.contraste.org

ENDE DER PRIVATSPHÄRE ?

Datenkraken auf der Lauer

Ein Handy ist erst dann abhörsicher, wenn es nicht bloß abgeschaltet wurde, sondern erst, wenn der Akku rausgenommen wurde. Aber Vorsicht – auch das kann bei Staatsschnüfflern Verdacht erregen. Im Zuge der G8-Ermittlungen gegen eine »militante Gruppe« jedenfalls ist schon das Nicht-Mitnehmen des Handys als verdachtserregend aufgeführt worden.

Demo »Freiheit statt Angst«, Berlin 2007 Foto: patrickschulze

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Nur einer von vielen Kollateralschäden an der »Heimatfront«. Rolf Gössner analysiert in seinem Buch über die Menschenrechte in Zeiten des Terrors, wie der Weg zum Totalschaden an der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausgebaut wird. »Verfassungsfeinde im Schafspelz« nennt der Autor die Politiker, die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aushöhlen. Und der Bremer Rechtsanwalt Eberhard Schultz sieht die größte Bedrohung unserer Demokratie nicht von Terroristen und auch nicht von Neonazis ausgehen, sondern vom »präventiven Sicherheitsstaat«. Mit vier Millionen überwachten Telefonen habe sich die Bundesrepublik sogar an die Weltspitze gesetzt.

Auch wenn viele sich immer noch gern gefahrverdrängend damit zu beruhigen suchen, sie hätten »doch nichts zu verbergen«, ist es höchste Zeit, sich zur Wehr zu setzen. Auch besonders harmlose BürgerInnen passen ins Terror-Raster. Wirkliche Terroristen aber werden damit kaum ertappt. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien, wo die staatliche Überwachungsmaschinerie schon weiter fortgeschritten ist als hierzulande, sind jedenfalls kaum »Treffer« zu verzeichnen. Kosten und Nutzen des Grundrechteschleifens stehen in keinem zumutbaren Verhältnis. Die regierende Große Koalition aber krakt immer weiter. Die zentrale Steuernummer, die jetzt eingeführt wird, eröffnet Datenmissbrauchsmöglichkeiten großen Stils. Ein Widerstand wie der Volkszählungsboykott ist allerdings nicht in Sicht.

Doch nicht nur Staatsschnüffler betätigen sich eifrig – auch die Profitinteressen privater wie semiprivater Unternehmen höhlen den Datenschutz systematisch aus – siehe die Schwarze Liste des Datenschutzvereins und die Informationen des FoeBuD, eines unabhängigen, kritischen, kreativen Vereins in Bielefeld, der sich mit dem Themenkomplex Neue Medien und Gesellschaft auseinandersetzt und unter anderem jährlich die Big Brother Awards vergibt, satirische Preise für die dicksten Datenkraken.

Ob am Telefon oder PC, beim Arzt oder im Interview mit Journalisten, im Kaufhaus,, am Arbeitsplatz oder in der Wahlkabine, bei Flug- oder Bahnreisen und im Hotel – überall sind wir umlauert. Niemand von uns kann mehr wissen, was wer wann und wie lange über ihn oder sie speichert, an wen dies Wissen weitergereicht oder in wessen Interesse dann weiter ausgespäht wird. Und es gibt kein Vergessen. Das Internet weiß mehr über uns als wir selbst, und was dort je verzeichnet wurde, bleibt unkontrollierbar für alle Zeiten an uns hängen. Ein ungemütliches Gefühl, das auch in Angst umschlagen kann. Es kann dazu kommen, dass politische Initiativen ersticken, dass Selbstorganisation blockiert wird.

Unser Schwerpunktthema soll dennoch keine Schwermut aufkommen lassen – er bringt auch viele Beispiele für kreative Gegenwehr. Dazu zählen die jährlich verliehenen »Big Brother Awards«, pfiffige technische Hilfsmittel wie ein »Privacy Dongle«, mit dem PC-Schnüffler ausgesperrt werden können, oder Alu-Hüllen für elektronische Pässe, Demonstrationen gegen den »Spannerstaat« und die »größte Verfassungsklage aller Zeiten«.

Mehr als 15.000 BürgerInnen klagen gegen die vom bundesdeutschen Parlament beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Ausgerechnet am 9. November haben die VolksvertreterInnen das »Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG« verabschiedet und damit den Ausspähungsstaat weit vorangebracht. Zweifellos ein großer Schritt fort von moderner Rechtsstaatlichkeit – das Bürgerrechts-Fachblatt »Cilip« befürchtet gar die Wiederkehr der mittelalterlichen Vogelfreiheit. Gewarnt seien auch diejenigen, denen vermeintlich »nichts vorzuwerfen« ist: es gibt auch die »Kontaktschuld«. Ausgespäht wird ebenfalls, wer mit »Verdächtigen« zu tun hat. Und wer einmal in eine »Terrorliste« gerät, wird es schwer haben, daraus wieder gestrichen zu werden – falls mensch überhaupt davon erfährt.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

CHAOS COMPUTER CLUB: »UMWELTSCHUTZBEWEGUNG FÜR DAS INTERNET«

Volldampf voraus!

Wiederum fand gegen Ende des Jahres eine weitere Ausgabe des Chaos Communication Congresses des Chaos Computer Clubs statt. Bei der mittlerweile 24ten Ausgabe der »europäischen Hackerparty«, wurden unter dem Motto »Volldampf voraus!« verschiedene Bereiche der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung diskutiert. In ihrem Vortrag auf einer der Veranstaltungen betonte die Kulturwissenschaftlerin Meike Richter, dass das Internet, wie wir es kennen, in Gefahr sei und forderte eine »Umweltschutzbewegung für das Internet«.

indymedia ● Meike Richter forderte auf dem Congress die versammelten Hacker und Aktivisten verschiedenster Netzkulturen auf, eine Art »Umweltschutzbewegung für das Internet« zu formieren, um gemeinsam politisch mehr bewegen zu können. In ihrem Vortrag »Digital Sustainability – Scarcity is Entering the Net« (Digitale Nachhaltigkeit – die Knappheit hält Einzug in das Netz) betonte die Kulturwissenschaftlerin, dass das Internet, wie wir es kennen, in Gefahr sei. Die alte These, dass im Internet Platz für jede Person, jede Aktivität und jede Meinung sei, hält sie für einen Mythos, der sich derzeit dem Ende neige.

So genannte »geistige Eigentumsrechte« wie Copyright, Softwarepatente und Abmahnwellen bedrohen das Internet, wie wir es kennen. Im Internet gibt es bisher keine Knappheiten, eine einzige Kopie reicht aus, um das ganze Internet zu befrieden. Doch die Content-Industrie führt das bisher nur in der »Fleischwelt«, der realen Welt außerhalb des Cyberspace, bekannte Konzept der Knappheit mit repressiven Maßnahmen zunehmend auch im Internet ein, um ihr antiquiertes Geschäftsmodell zu retten.

Ein weiteres Hindernis zu einer freien und offenen Welt sieht Richter in der zunehmenden, mit technischen Mitteln geführten Überwachung, ebenfalls ein wichtiges Thema auf dem Congress.

In Europa noch ziemlich unbekannt aber zunehmend wichtiger ist die in den USA bereits breit geführte Debatte zur so genannten »Netzneutralität«, die zunehmend von großen Telekommunikationsanbietern in Frage gestellt wird. Die Telcos wollen je nach Inhalt der von ihnen transportierten Daten verschieden bezahlt werden, was eine Filterung nach Inhalten, und damit höchstwahrscheinlich nach kommerzieller Verwertbarkeit zur Folge hat. Diese Diskriminierung bezeichnete Richter als »Wegelagerung«.

Zu all diesen Themen existieren diverse aktivistische Gruppen und Initiativen, die politische Arbeit in der Breite von Basisgruppen bis zu professionellen NGOs leisten. Die Referentin beklagte jedoch, dass diese Vereinigungen oft isoliert sind und nicht über Ihren Horizont hinaus kommen. Ihre einzige Gemeinsamkeit ist jedoch, dass viele davon sich im Netz organisieren.

Richter zog eine Parallele zu Umweltschutzinitiativen in den USA in den 1950er Jahren, die ebenfalls alle kleine Themen wie Wasserverschmutzung und Luftverschmutzung bearbeiteten. Beachtet und dadurch erfolgreich wurden sie jedoch erst, als sie sich zusammen schlossen und die Umwelt als Ganzes ins Blickfeld nahmen.

Die freie Journalistin forderte deswegen eine neue Art Umweltschutzbewegung für das Internet. Netz-Aktivisten müssen sich organisieren und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen. Diese These legte der Rechtsprofessor James Boyle bereits 1997 in seinem »Paper A Politics of Intellectual Property: Environmentalism For the Net?« dar.

Im Gespräch mit dem Publikum gab Richter zu, dass es der nicht-»nerdigen« Bevölkerung an Bewusstsein für Netzproblematiken mangelt, obwohl die digitale Welt in Zukunft immer mehr Einfluss auf unsere alltäglichen Leben haben wird. Die Umweltbewegung hatte schockierende Bilder zur Hilfe, denn jeder versteht, dass das Töten von süssen Tieren schlecht sei. Das Internet hingegen »blutet nicht.« Man brauche jedoch in Zukunft vergleichbare Negativ-Beispiele wie Daten-GAUs, die sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit einbrennen.●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

§ 129a mal wieder gescheitert ...

Nach vielen Jahren relativer Ruhe an der Terrorismusfront hatten die TopfahnderInnen dieses Landes den § 129a des Strafgesetzbuches wieder zu neuem Leben erweckt – und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Dauerpropaganda vermeintlich überall lauernder Islamisten, sondern auch gegen linke politische Gruppen. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden mit dem Ermittlungsparagraphen begründet. Der entpuppte sich wieder als das, was er immer war: Ein Instrument, um Menschen willkürlich zu behandeln, aber nicht um sie damit auch anklagen zu können. Der Spuk könnte vorbei oder erheblich erschwert sein. Denn Stück für Stück zeichnete sich im Herbst ein Misserfolg für das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundesanwaltschaft (BAW) ab. Nun wurde der Vorwurf des § 129a gegen die »Militante Gruppe« fallengelassen und die U-Haft von drei Beschuldigten außer Vollzug gesetzt. Der Bundesgerichtshof entschied, dass kleinere Sachbeschädigungen überhaupt nicht geeignet sind, um den Straftatbestand des § 129a zu erfüllen. Diese Entscheidung wird möglicherweise weitreichende Bedeutung auch für andere Verfahren haben.
Mehr: http://de.indymedia.org/2007/11/200814.shtml.

»Sicherheitszusammenarbeit« innerhalb Europas

Hier hat die deutsche EU- und G8-Präsidentschaft 2007 eine wichtige Rolle gespielt: Zur Einführung neuer internationaler Zusammenarbeit und der Änderung dafür benötigter gesetzlicher Grundlagen. Auch frühere G8-Gipfel waren zentrale Ereignisse, um nach dem 11. September 2001 einer »Globalen Sicherheitsarchitektur« näher zu kommen. So wurde etwa beim G8 2002 bzw. 2004 die Einrichtung der »Europäischen Gendarmerietruppe« im italienischen Vicenza beschlossen. Seit 2006 werden G8-Gipfel von der italienischen UN-Agentur »IPO« in Sicherheitsfragen betreut.

Für mehr Informationen zu Methoden, Strategien und Techniken von Überwachung und Kontrolle gibt es die neue Webseite
http://euro-police.noblogs.org.

Broschüre zu Repression rund um den G8-Gipfel

Der diesjährige G8-Gipfel in Heiligendamm ist vielen AktivistInnen als Symbol der Repression auf allen Ebenen in Erinnerung geblieben. Eine umfangreiche Broschüre beleuchtet nun die verschiedenen Aspekte staatlicher Verfolgung und Rechtsbrüche. Die von RechtsanwältInnen, Bürgerrechts- und AntirepressionsaktivistInnen verfassten Texte zu einzelnen Themen werden durch Betroffenenberichte ergänzt.
Mehr unter www.rote-hilfe.de.

29.11.: Das niedliche Ende eines langen politischen Prozesses

Es war einmal ein großer Prozess in Gießen. Verfolgt von politischen Interessen, gefangen in einem Weltbild von Recht und Ordnung, angetrieben von einem Innenminister Bouffier und geschüttelt von eigenartigen Phantasien bei der Erfindung von Straftaten und Beweismitteln wurde seit 2003 zwei Projektwerkstättlern der Prozess gemacht. Ausgemachtes Ziel: Hinter Gitter! Am Donnerstag, den 29.11.2007 nun fand das große Projekt Gießener Uniform- und RobenträgerInnen ein vorläufiges Ende mit einem beeindruckenden Ergebnis: Zu 100 Euro Strafe wurde der Hauptangeklagte verurteilt. Nach vier Jahren Auseinandersetzung mit der Justiz, einem (erfolgreichen) Gang vor das Bundesverfassungsgericht, je vier Gewalttaten gegen den Hauptangeklagten durch Politiker bzw. Polizei und illegalen Inhaftierungen war der Prozess noch mal von Kritik an Polizei und Justiz geprägt – bei Aktionen vor den Toren des Landgerichts, im Gerichtssaal und in den Anträgen und Erklärungen des Angeklagten.
Mehr unter
http://de.indymedia.org/ 2007/11/200983.shtml.

ddp-Text verschwindet ...

Sind alle Medien in Deutschland gleichgeschaltet? Von junge Welt bis BILD-Zeitung. Sicher nicht, aber dennoch lässt der folgende Vorgang aufhorchen. Am 22.11.2007 hatte die zweitgrößte Presseagentur des Landes eines Text veröffentlicht über unglaubliche Manipulationen und Fälschungen durch Polizei und Justiz. Die ersten Sätze lauteten: »Die Vorwürfe klingen ungeheuerlich: Polizisten basteln einen Brandsatz oder fertigen Gipsabdrücke selbst an, um Beweismittel zu haben. Beweisvideos und -fotos verschwinden, Falschaussagen werden gedeckt, Observationen verschwiegen, um Straftaten erfinden zu können. Alles Hirngespinste von Verschwörungstheoretikern? Offenbar nicht. Denn die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat die Ermittlungen in einem Fall aufgenommen.« Doch der Text konnte in keiner einzigen Zeitung gefunden werden. Lag es daran, dass die Opfer der Polizei- und Justizwillkür aus dem Umfeld der radikal herrschaftskritischen Projektwerkstatt (www.projektwerkstatt.de/saasen) kamen – und diese seit Jahren Tabu sind in bürgerlichen wie links-autoritären Medien? Der Vorgang lässt ein Gefühl von 1984 aufkommen ... Dokumentiert unter
http://de.indymedia.org/2007/11/200326.shtml.

»Unbequeme Nachrichten« in Finanznot

Die unabhängige und knastkritische Zeitung »Unbequeme Nachrichten« ringt ums Überleben. Daher sucht sie AbonnentInnen, die 20 Euro pro Jahr zahlen können und damit das Erscheinen sichern. Dann könnten auch weiterhin Gefangene die »Informationen aus Psychiatrischen Anstalten, Heimen und anderen Abschiebe-Einrichtungen« kostenlos erhalten. Mehr Infos unter
autonomes.knastprojekt@googlemail.com.

Freiburger wegen Hausbesetzung verurteilt

Am 21. November 2007 wurde ein Linker wegen einer Hausbesetzung am 15. Januar 2007 zu 30 Tagessätzen à 3 Euro nach § 123 StGB Abs. 1,2 (Hausfriedensbruch) verurteilt. Mehr unter
http://de.indymedia.org/2007/11/200230.shtml.

Staatsschutz ermittelt gegen Band

Angezettelt hat es der berüchtigte Antifa-Jäger, Staatsanwalt Millionis aus Stuttgart. Er ermittelte gegen die Band »Mono für alle!« wegen deren Lied »Amoklauf«. Da aber die Band aus einer anderen Stadt stammte, gab er das Verfahren an die dortigen Behörden ab. Und so wollte es der Zufall, dass das Duo Cofsky (Staatsschützerin) und Vaupel (Staatsanwalt) aus Gießen den Fall angingen – mit dem gleichen Verfolgungseifer und ähnlicher Blödheit wie schon seit Jahren gegen AktivistInnen aus der Projektwerkstatt in Saasen. Der offizielle Vorwurf lautet: »Die Band 'Mono für Alle' hat ein Lied mit dem Titel 'Amoklauf' produziert, das derzeit Anlass von sogenannten School Shootings ist und war (Erfurt!)«. Es handele sich dabei um eine »Anleitung zu Straftaten« gemäß 130a StGB. Die Band erfuhr erst kürzlich per Zufall von den Ermittlungen und hat über einen Rechtsanwalt Akteneinsicht erlangt. Berichte unter
http://de.indymedia.org/2007/11/200020.shtml und
http://de.indymedia.org/2007/11/200247.shtml. ●

Jörg Bergstedt

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

AKTION 2008

Gut ins Neue Jahr gerutscht...

... ist unser Zeitungsprojekt, wir hoffen, Ihr liebe Leserinnen und Leser auch! Zu verdanken haben wir den guten Rutsch natürlich Euch, denn Eure Spendenbereitschaft macht uns Mut für das weitere Erscheinen unserer Zeitung. Seit Beginn unserer Spendenaktion im November 2007 sind insgesamt 3.951 EUR eingegangen. Dadurch benötigen wir für das Jahr 2008 nur noch 3.305 EUR, um auch in diesem Jahr mit schwarzen Zahlen abschließen zu können. Herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Unsere Abostatistik ist weiterhin positiv. Wir haben sechs Neuabos zu verzeichnen und drei Kündigungen. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 131+. Noch 131 Abos und wir können kostendeckend arbeiten. Weitere Einnahmen könnten dann in eine Verbesserung unserer Zeitschrift investiert werden.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de ●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 3.305 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 131+ Neuabos

Spenden November / Dezember 2007

- Hella Hertzfeldt, Berlin (55 EUR)
- Frieder Kern, Schwanau (4,50 EUR)
- Udo Gesterkamp, Allensbach (20 EUR)
- Rolf Schröder, Bremen, Spende Bundestreffen der Tauschringe (50 EUR)
- Elmar Still, Erfurt (100 EUR)
- Günther Schlarman, Lohne (10 EUR)
- N.N., Esslingen (50 EUR)
- Chris und Heike Maßholder, Bad Homburg (30 EUR)
- Holger Voss, ?, (10 EUR)
- N.N., Marburg (100 EUR)
- Klaus Schmidt-Bucher, Wenden (20 EUR)
- Horst Stowasser, Neustadt/Weinstr (20 EUR)
- Sozialpädagogischer Arbeitskreis e.V., Donaustrudel, Regensburg (50 EUR)
- Netzwerk Selbsthilfe e.V., Berlin (50 EUR)
- Petra Milhoffer, Bremen (20 EUR)
- Werner Ader, Hamburg (30 EUR)
- Britta Habenicht, Lüneburg (30 EUR)
- Karola Möller, Köln (200 EUR)
- Wilfried Schwarz, Berlin (50 EUR)
- Jörg Hänsler, Stuttgart (30 EUR)
- Jörg Sommer, Heidelberg (20 EUR)
- Kai Böhne, Göttingen (30 EUR)
- Horst Werder, Osnabrück (15 EUR)
- Udo Blum, Schmitten (50 EUR)
- Aspher Holzbau GmbH, München (50 EUR)
- Till Strucksberg, Dortmund (40 EUR)
- Heinz Schenk, Berthelsdorf (30 EUR)
- Hartmut Horsch, ? (20 EUR)
- N.N., Albstadt (30 EUR)
- N.N., Riederau (100 EUR)
- Jörg Schwensen, Berlin (15 EUR)
- Zeinhard Schultes, ? (10 EUR)
- Hermann Benz, Villingen (20 EUR)
- Tiedeke Heilmann, Suhlendorf (20 EUR)
- N.N., Frankfurt/Main (107,40 EUR)
- Medienzentrum Ruhr, Dortmund (15 EUR)
- Martin Harder, Berlin (50 EUR)
- N.N., Brannenburg (50 EUR)
- Dragan Pavlovic, Hungen-Rodheim (20 EUR)
- Georg Krügel, Bissingen (5 EUR)
- Matthias Göpfert, Lübeck (15 EUR)
- Annette Schlemm, Jena (50 EUR)
- Elke Faehrmann, Ebsdorfergrund (10 EUR)
- Mark Weinem, Oberhausen (10 EUR)
- N.N., ? (50 EUR)
- Anja Lüers, Berlin (30 EUR)
- Christian Wend, Potsdam (20 EUR)
- Christine Ziegler, Berlin (20 EUR)
- Günter Greuel, Mainz (20 EUR)
- Eberhard Hoefer, Bielefeld (1.000 EUR)
- Andreas Hammer, Östringen (50 EUR)
- Norbert Schneider, Saalfeld (15 EUR)
- Georg Petau, Polle (100 EUR)
- Christian Borchert, Berlin (20 EUR)
- Peter Schneider, Offenbach (23 EUR)
- Rolf Werner, München (100 EUR)
- Siegfried Seefried, Waidhofen (25 EUR)
- Volker Windisch, Jüchen (10 EUR)
- Lutz E. Zerowsky, Berlin (20 EUR)
- Georg Bückle, Dortmund (20 EUR)
- Bernd Maier-Staud, Frankfurt/Main (100 EUR)
- Hubertus Selent, Barsinghausen (12 EUR)
- Stefan Groll, Fürth (100 EUR)
- Jan Beck, Nürnberg (100 EUR)
- Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften, Berlin (50 EUR)
- Hydrowatt GmbH, Karlsruhe (100 EUR)
- Gabriele Nahl, ? (50 EUR)
- Jürgen Lütze, Neustadt/Weinstr. (38 EUR)
- Susanne Torka, Berlin (10 EUR)
- Frieder Bayer, Waiblingen (9,60 EUR)
- Hans-Georg Knierim, Portugal (38 EUR)
- Janina Onigkeit, Kassel (30 EUR)
- Büchertisch Sozialforum Cottbus (9,50 EUR)
- Jo-Hannes Bauer, Heidelberg (100 EUR)
- Nico Schindler, Mannheim (8 EUR)

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

BERLIN: PERSPEKTIVENTAGE 17. BIS 20. JANUAR 2008

G8-GipfelgegnerInnen kommen wieder zusammen!

Die G8-Gipfel-Proteste im Juni 2007 waren in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis. Gerade das Leben und die Selbstorganisation in den Widerstandscamps rund um Heiligendamm und der Protest, der sich seinen Weg über die sommerlichen Felder hin zu den Blockaden suchte, bleiben denen, die dabei waren, in unvergesslicher Erinnerung. Bei den Auswertungen nach den Protesten überwog entweder Euphorie oder scharfe Kritik. Erfolge und Schwächen gab es viele.

Lisa Camper, Perspektiventagevorbereitung ● Auf der Habenseite kann sicherlich verbucht werden, dass vorher niemand gedacht hätte, dass 15-20.000 AktivistInnen nach der Auftaktdemo in den Camps blieben und sich an den Blockaden beteiligten. Hier wird ein Engagement und eine Entschiedenheit sichtbar, die vorher nicht unbedingt absehbar war. Auch wenn für Teile der radikalen Linke ein bitterer Beigeschmack bleibt, denn der zivile Ungehorsam hatte in der Form, in der er staatliche Spielregeln aushebelt und überschreitet, auch seine Grenzen. Es wäre sicher viel mehr möglich gewesen und der Protest hätte vor den Toren nicht halt machen müssen, sondern dem Ruf auf zum Strand über Zäune hinweg folgen können.

Doch was kam politisch bei rum, bei all dem Mobilisierungs- und Protestaufwand?

a) Eine Wahrnehmbarkeit des Protestes in der breiten Medienlandschaft und in geringerem Maße die Vermittlung emanzipatorischer und antikapitalistischer Inhalte,
b) viele Menschen wurden erreicht und viele nahmen positiv Bezug,
c) es wurden Netzwerke, Kooperationen und Bündnisse gebildet (dissent, die breite G8-Koordination/Hannovertreffen, die IL, das Revolutionäre Bündnis), diese wären sonst nie oder nicht in dem Ausmaß Zustande gekommen. Dieser breite Bezug hinterließ neue Kontakte und Querverbindungen, die hoffentlich politisch noch von Bedeutung sein werden.
d) Für einzelne Bewegungen ergaben sich durch die Arbeit zu den politischen Aktionstagen (Globale Landwirtschaft, Migration und Krieg/Folter) bewegungsinterne Synergieeffekte und neue Projektideen für die Zukunft.

Schwächen waren sicherlich:

a) das linksradikale Inhalte kaum in die breite Medienlandschaft durchdrangen,
b) die eigenen Aktionistischen Möglichkeiten am Zaun nicht erkannt wurden,
c) kein befriedigender Umgang mit tiefsitzenden Kontroversen gefunden werden konnte, z.B. bei der Frage nach gegenseitiger Anerkennung unterschiedlicher Aktionsformen, solidarischer Umgang ohne vorauseilendes Distanzierungsgeschrei.

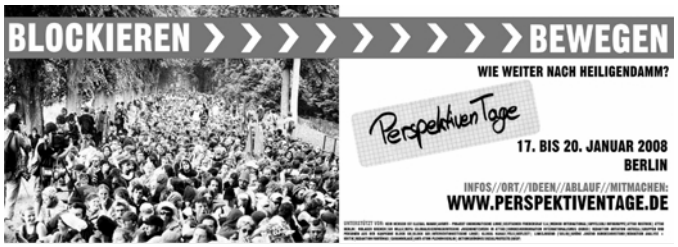
Auf der Abschlusskundgebung der Protesttage am Freitag in Rostock rief eine Aktivistin euphorisch aus: *»Es war wichtig, was wir gemacht haben und es war toll wie wir es gemacht haben, aber es ist wichtig, dass wir nicht aufhören: Wir sind viele und wir sind stark, wir müssen eine andere Welt möglich machen, wir sind hier und wir sind heute da und wir müssen sie vorantreiben, dass wir morgen und übermorgen noch mehr werden. Wir sind die andere Welt, wir sind da, wir werden nicht aufhören. Jetzt erst recht!«*

Das ist einerseits berührend und punktuell wahr, andererseits lässt es fast alles offen und lädt zu Beliebigkeit ein: Wer ist dieses Wir? Wie sieht diese andere Welt aus? Und wie ist Veränderung praktisch umsetzbar?

Das sind Fragen die auf den Perspektiventagen im Januar ihren Platz finden sollen. Lohnt sich ein breiter Bezug von Linksradikal bis zu Attac, Links- und Grünejugend und vereinzelt Gewerkschaftsjugenden, ChristInnen und NGOs? Was kann von derartigen parziellen Verbindungen erwartet werden? Spektrenübergreifende Politik findet statt, zu den Klima-Camp Vorbereitungen wird spektrenübergreifend eingeladen, zu der Kampagne gegen den europäischen Polizeikongress im Januar in Berlin ebenso. Punktuell haben Kooperationen immer wieder ihre Vorteile, führen zu einer größeren Mobilisierung, stärken und strahlen weiter aus in die Bevölkerung und in die Medienlandschaft. Doch es sind immer wieder auch ähnliche Konflikte die aufkochen, sei es um Präsenz und Dominanz: wie werden die Redezeiten bei Abschlusskundgebungen und Pressekonferenzen verteilt und welche Inhalte und Forderungen werden damit wie sichtbar oder sei es bei der Wahl unterschiedlicher Aktionsformen und einem unterschiedlichen Umgang mit der Polizei.

Die VorbereiterInnen der Perspektiventage denken, dass sich ein breiter Bezug lohnt und dass es die Zeit wert ist, sich zusammen zu setzen und einige Dinge gemeinsam zu besprechen. Oder noch eins weiter: Ist die Linke nicht auch deswegen so schwach, weil sie die Stärke, die sie haben könnte (was rund um Heiligendamm auch immer wieder sichtbar wurde) nicht ausreichend nutzt? Viele Kämpfe finden parallel statt und nutzen nicht die Synergieeffekte einer direkten Bezugnahme. Als zwei Beispiele seien hier die Kämpfe gegen Privatisierung und die Arbeitskämpfe genannt.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Kampagnen und Kämpfe gegen Privatisierung. Besonders sticht hier die erfolgreiche Kampagne gegen die Bahnprivatisierung von Attac hervor. Weniger stark ist das Echo auf die drei Volksbegehren in Berlin: gegen Wasserprivatisierung, Studiengebühren und Sparkassenausverkauf. Nicht dass das Bündnis nicht bemüht wäre, immer wieder warten sie mit fundierten und gut platzierten Veranstaltungen auf, ihre Plakatserie bleibt jedoch recht unsichtbar in der Stadt und ist wenig markant.



Aber das allein kann es nicht sein, sind die angesprochenen Themen doch nicht die, welche die breite Bevölkerung berührt, dies ist eigentlich kaum zu glauben. Aber woran liegt es? Die Berliner Kampagne »Mediaspree« dagegen hat in den Stadtteilen Kreuzberg und Friedrichshain ihren Zweck erfüllt. Dass das neu hochgezogene, großkotzige Business- und Mainstreamunterhaltungsviertel auf einem privatisierten ehemaligen Bahngelände verhindert wird, war sowieso nicht denkbar, doch mit der Kampagne wurden die altbekannten Fragen von »Wem gehört die Stadt?« und »Wie wollen wir leben?« wieder neu belebt und fanden ihre Wege in runde Tische zur Stadtteilpolitik und in Freiraumkämpfe rund um den Schwarzen Kanal, die Köpi und die Rigaer Straße. Doch bei all diesen Einzelkampagnen, warum gibt es keine übergreifende Klammer, die diese Kämpfe aufeinander bezieht? Warum keine Konferenzen und Großdemonstrationen, die die Kämpfe gegen Privatisierung bündelt?

Noch augenfälliger ist dieser Effekt im Bereich der Arbeitskämpfe und der Politiken gegen Prekarisierung. In den letzten Jahren gab es verstärkt Streiks und die Streikwelle reißt nicht ab. Der Kampfgeist der LokführerInnen macht von sich reden, auch im Einzelhandel gab es allein bis Mitte November 1.000 Streiks und es geht weiter. Doch der Kampf der ArbeitnehmerInnen, unterstützt und kanalisiert von den Gewerkschaften, findet meist keinen Bezug zu anderen Kämpfen und umgekehrt.

Eine Ausnahme bilden die Strike-Bikes, die große Abnahme in den verschiedenen Bewegungen fanden. In der radikalen Linken finden sich statt den Arbeitskämpfen verstärkt die Auseinandersetzungen im Feld Prekarisierung, die sich u.a. in den Euromaydays ausdrücken. Zum Tag der Arbeit versucht sich hier nun seit einigen Jahren, eine bunte, fantasievolle Parade, schön, schön, aber was sind die politischen Effekte?

Die »Überflüssigen« mit ihren weißen Masken und roten Kapuzis machten bei ihren Aktionen schon sichtbarer, was Angriffsziele sein könnten und wie ein »Herr mit dem schönen Leben!« für alle aussehen könnte. Auch die »Superhelden« beweisen Aneignungsphantasie und setzen ihre Utopien in die Tat um, wenn sie Delikatessen umverteilen.

Eine der tragfähigsten Klammern spann sich zwischen Prekarisierung und Migration, die Themen und Kämpfe werden immer wieder aufeinander bezogen, z.B. in zwei Konferenzen zu diesem Schwerpunkt (»die Kosten rebellieren« in Hamburg). Der Streik beim Airline-Caterer Gate Gourmet und die Bezugnahme von Teilen der Antirassistischen Bewegung darauf war ein gelungenes Beispiel dafür. Der Arbeitskampf und der Kampf für gleiche Rechte für Alle, für Papiere und offene Grenzen fand hier Schnittstellen und praktische Zusammenarbeit.

Zwei inhaltliche Klammern wären hiermit angerissen, bei denen es sich lohnen würde genauer hinzugukken. Es bleibt zu prüfen, wo Verbindungen über die Tellerränder hinaus erstrebenswert sind.

Ein anderer Punkt sind die Teilbereichsbewegungen, die ihre Kämpfe immer mal durch aktionistische Camps unterstreichen. Eine erfolgreiche Reihe bildeten hier die sechs »antirassistischen Grenzcamps«, über viele Jahre bezogen sich hier große Teile der anarchistischen, autonomen und linksradikalen Bewegung aufeinander. Der Protest gegen den Castor im Wendland lud ebenso immer wieder zum Campen ein, auch wenn hier die Ausrichtung fast ausschließlich auf den Aktionen lag und nicht parallel in breitem Maße politische und inhaltliche Standpunkte erarbeitet und erstritten wurden.

Eine Frage, die nach den Camps und den Protesten gegen die G8 im Raum steht, ist, ob sich die verschiedenen aktionistischen Teilbereichsbewegungen nicht zusammen tun wollen und das sommerliche Campen nicht gebündelt stattfindet. Dieses Jahr würde sich ein Camp parallel zum G8 in Japan vom 5.-13. Juli anbieten. Eine neu aufkeimende Camp-Bewegung ist von England herüber geschwappt. In England hat diesen Sommer zum zweiten mal das »climate-camp« stattgefunden. Thematisiert wurden vor allem der CO_2-Ausstoß 2006 von Kohlekraftwerken und 2007 vom Flugverkehr. Hier kristallisiert sich als Angriffspunkt eine der vielen Baustellen für ca. 20-40 neue Kohlekraftwerke in der BRD heraus. Die Klima-CamperInnen laden zwar andere Bewegungen dazu ein, sich an ihrem Protest zu beteiligen, doch die Offenheit und Bezugnahme geht nicht so weit, sich gleichberechtigt mit anderen zusammen zu tun.

Auch Teile der Antirassistischen Bewegung plant für den Sommer 2008 Aktionstage, bzw. ein Camp in großem Stil. Zur Zeit ist es unklar, ob beide Bewegungen die Chance erkennen, sich zusammen zu tun. Vielen die in Heiligendamm waren, schwebt auch für 2008 ein großes Camp mit verschiedenen Schwerpunkten vor. Das könnte innerhalb eines Camps eine gleichberechtigte Abfolge von Aktionstagen (Klima, Antimilitarismus, Migration) bedeuten. Andere würden ein jährliches, großes gemeinsamen Camp befürworten, bei dem jedes Jahr ein anderes Schwerpunktthema im Vordergrund steht, nach dem Motto 2008 Klima, 2009 Migration usw. Aber gibt es soviel Bereitschaft zur Einigung?

Es wäre zu hoffen, dass die Perspektiventage von vielen genutzt werden, eben die verschiedenen Perspektivideen in Dialog zu bringen. Die Perspektiventage bieten den Raum, dass Ideen vorbereitet und eingebracht werden können. Es wäre schade, wenn diese Chance einige Teilbereichsbewegungen an sich vorbei streichen lassen würden. Doch auch für Einzelpersonen, Neugierige und Interessierte bieten die Tage Raum, sich einzubringen. Es wird immer wieder in Kleingruppen gearbeitet, bei denen möglichst viele zu Wort kommen sollen oder im Open Space, wo alle ihre Ideen und Themen einfließen lassen können.

Die Tage werden nicht – wie üblich – Workshop, Plenum und frontale Veranstaltungen – als Format haben, sondern es werden neue Wege versucht. Über die Kombination von vorbereiteten Teilen (Workshops, Veranstaltungen) und offeneren Teilen (Fishbowl, Open Space und Kleingruppen) soll versucht werden, eine gute Mischung von horizontaler Teilhabe und Wissensvermittlung/Information hin zu bekommen.

Bitte bringt euch mit euren Ideen ein und schreibt uns. Bitte kommt und mobilisiert zu den Perspektiventagen (Flyer und Plakate gibt es zum downloaden auf der Webseite). Hoffentlich bis dann!●

BROSCHÜRE: DER G8 IN HEILIGENDAMM – VON ARMEEEINSATZ BIS ZENSUR – EIN ABC DER REPRESSION

Die Protesttage von Heiligendamm sind vorbei. Um die Einschätzung der Ereignisse wird die Auseinandersetzung anhalten. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt sind dabei sicherlich die Maßnahmen der staatlichen Repression vor und während der Gipfeltage. Aber auch die Folgen der Weiterentwicklung der Repressionsorgane werden ein Dauerthema sein.

Die im November 2007 erschienene Broschüre der Roten Hilfe mit dem Titel »Von Armeeeinsatz bis Zensur. Ein ABC der Repression« dokumentiert ausführlich die Repressionsmaßnahmen und analysiert den fortschreitenden Ausbau des staatlichen Repressionsapparates. Die von RechtsanwältInnen, Bürgerrechts- und AntirepressionsaktivistInnen verfassten Texte zu einzelnen Themen werden durch Betroffenenberichte ergänzt.

Im ersten Teil widmen sich mehrere Artikel dem Aufbau des eigens für den Gipfel konzipierten Sicherheitsapparats, bei dem zahllose andere Behörden und Institutionen mit den verschiedenen Polizeieinheiten unter Federführung der »Kavala« zusammenarbeiteten. Eine wichtige Rolle spielen auch die propagandistische Vermarktung dieser Aufrüstung im Inneren sowie die praktische Vorbereitung, etwa der Aufbau des Stahlzauns und die Spezialtrainings für PolizeibeamtInnen. Daneben wird auf erste Repressionsmaßnahmen gegen die Anti-G8-Bewegung eingegangen, wie z. B. auf die Razzia im Mai. Eine ausführliche Chronologie der Repression bietet einen guten Überblick über die Zeit vor und während des Gipfels.

Der Schwerpunkt des zweiten Teils liegt auf dem massiven Abbau von Grundrechten rund um den G8, insbesondere der Versammlungsfreiheit sowie der allgemeinen Freizügigkeit – zentrale Rechte, die durch die (schließlich noch erweiterte) »Rote Zone« in weiten Teilen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für viele Tage außer Kraft gesetzt waren. Wo Versammlungen nicht grundsätzlich verboten waren, wurden sie oftmals durch groteske Auflagen erschwert oder faktisch unmöglich gemacht.

Mehrere Texte beleuchten die meist rechtswidrigen Ingewahrsamnahmen, von denen die Polizei während des G8-Gipfels in inflationärer Weise und mit hanebüchenen Begründungen Gebrauch machte. In den Gefangenensammelstellen herrschten dabei menschenverachtende Haftbedingungen und eine umfassende Rechtlosigkeit der Inhaftierten, denen in zahllosen Fällen der Kontakt zu AnwältInnen verweigert wurde.

Besonders erwähnenswert sind dabei die Schnellverfahren, die sämtlichen Anforderungen an einen fairen Prozess Hohn sprechen und dennoch mehrfach zu Gefängnisstrafen führten. Brutale Übergriffe der Polizei bei Demos und Aktionen, wobei auch Demosanis, AnwältInnen und FotografInnen ins Visier der Repressionsorgane gerieten, bilden einen weiteren Schwerpunkt dieses Abschnitts.

Regelbrüchen aller Art widmet sich der vierte Teil der Broschüre. Neben dem Bundeswehreinsatz im Inneren, dem durch die »Amtshilfe« beim G8-Gipfel der Weg weiter geebnet wurde, stehen hier die staatliche Propaganda und die folgende Medienhetze im Mittelpunkt. Auch der zunächst dementierte Einsatz von »Agents provocateurs« bleibt nicht unerwähnt. Ein kurzer Ausblick auf die zu befürchtenden Prozesse der kommenden Monate rundet die Zusammenstellung ab.

Mit kurzem zeitlichem Abstand zu den Ereignissen in Heiligendamm gibt diese Broschüre einen umfassenden Überblick über die massiven Repressionsmaßnahmen und gezielten Grundrechtseinschränkungen auf allen Gebieten und stellt einzelne Details und persönliche Erfahrungen damit in einen größeren Kontext. Auch für die anstehende Soli- und Informationsarbeit bei Prozessen ist diese Textsammlung unentbehrlich.

Angesichts der bevorstehenden Prozesslawine von ca. 3.000 Strafverfahren findet sich am Schluss der Aufruf, den Gipfelprotest noch nicht für abgeschlossen zu erklären, sondern die Betroffenen aktiv zu unterstützen.●

diego

»Der G8 2007 in Heiligendamm: Von Armeeeinsatz bis Zensur: Ein ABC der Repression«, DIN A4, 76 Seiten, bestellbar beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe in Kiel. Preis: 3 EUR
Rote Hilfe e.V., Literaturvertrieb,
Postfach 6444, 24125 Kiel
www.rote-hilfe.de

17 JAHRE BERLINER »SCHEINSCHLAG«-GESCHICHTE

Der richtige Augenblick und die Chance beim Schopf packen

Die Idee zu einer neuen, unabhängigen Zeitung kam 1990 am »Runden Mitte-Tisch« der besetzten Häuser auf, man wollte sich auch in einer breiteren Öffentlichkeit äußern. Die DDR war soeben verschwunden, die Mainzer Straße geräumt und selbst für die Kaninchen auf dem Potsdamer Platz waren die ruhigen Zeiten vorbei. Die Texte lagen quasi in der Luft, mussten nur noch geschrieben werden, das Anliegen war jedenfalls in groben Zügen klar. Aber ein Konzept, eine Struktur musste her, wie man eine Zeitung aus dem Nichts auf die Beine stellen konnte.

Sabine Schuster ● Ein ausgefeilter Gründungsplan wurde schließlich auf einem der Plena im Schokoladen (Schoko-Fabrik Berlin) vorgestellt. Er sah zum einen eine hohe Startauflage von 25.000 Exemplaren vor, da sich erst ab dieser Stückzahl große Anzeigenkunden einwerben lassen, zum anderen sollte die Zeitung kostenlos an öffentlichen Orten in Mitte zum Mitnehmen ausliegen. So entfiel die aufwendige Einzelverkaufsabrechnung, außerdem hatte man noch ein weiteres zugkräftiges Argument für die Anzeigenkunden parat (»Die kann jeder mitnehmen!«), denn der Druck sollte allein über Anzeigen finanziert werden. Die Anzeigenakquise und den Vertrieb wollten die Beteiligten selbst übernehmen, Engagement für die Sache war also in allen Belangen gefragt. Im Hintergrund hatte man vorab für die Idee einer unabhängigen Zeitung schon rund 15 Unterstützer gewinnen können, die unter anderem die technische Ausstattung mit Computern sicherstellen wollten.

Denn nicht nur die Themen waren zum Greifen nah, selbst die Produktion einer Zeitung konnte in die eigenen Hände genommen werden. Die Technik hatte damals eine revolutionäre Schwelle erreicht: Computer und Programme hatten sich dahingehend entwickelt, dass professionelle Layout-, Grafik-, Bild- und Textbearbeitung im heimischen Wohnzimmer abgewickelt werden konnten. Für eine unabhängige Presse, für engagierte, idealistisch agierende Journalisten war dies der Beginn einer neuen Ära.

Die Zustimmung zur Gründung der Zeitung war auf dem Plenum dementsprechend einhellig, einzig die enorm optimistische Startauflage rief große Heiterkeit hervor. Zur ersten Redaktionssitzung allerdings erschien nur Willi Ebentreich, der Vater des Gründungskonzepts. Kurzerhand wurden per ausgehängter Plakate schließlich doch noch die ersten Mitstreiter gefunden, die zügig loslegten. Die erste *scheinschlag*-Ausgabe erschien am 23. November 1990, damals noch mit dem Titelzug in fetter Frakturschrift. Die Leser sollten überrascht werden, steht doch die Frakturtype eher für konservative, rechts angesiedelte Inhalte. Im Laufe der nächsten Ausgaben wurde ein funktionales, flexibles Grundlayout gefunden, das für jeden leicht zu handhaben sein sollte – man stellte sich realistischerweise von Anfang an auf wechselnde Mitarbeiter ein.

Die Türen der Redaktionsräume standen immer offen: Fotografen brachten ihre Bilder und Zeichner ihre Comics und Illustrationen vorbei, wieder andere berichteten von Ereignissen in ihrer direkten Umgebung, über die unbedingt geschrieben werden müsse. Schließlich wurde die regelmäßige Offene Redaktionssitzung im Café Village Voice eingeführt. Die Redaktion griff entweder die herangetragenen Themen auf oder aber ließ die Informanten gleich selbst aus ihrer ganz persönlichen Sicht darüber schreiben.

Die Texte waren glaubwürdig, weil sie nicht im üblichen distanzierten und geschliffenen journalistischen Stil verfasst waren. Es gab keine reine Berichterstattung, sondern jeder Artikel vertrat eine Meinung, hinter der eine konkrete Person stand. Auch die Fotografen gaben in den Bildern ihre ungeschminkte alltägliche Sicht auf die Stadt wieder, Ereignis-, Sensations- oder Spektakelbilder fanden im *scheinschlag* keinen Platz. Und selbst der Leerraum am Spaltenende des Textes signalisierte Ehrlichkeit, war doch offensichtlich genau soviel geschrieben worden, wie es das Thema verlangte – wie auch die unvermeidlichen Fehler in den Ausgaben im besten Fall von Unmittelbarkeit und Authentizität zeugten, bewiesen sie doch, dass man am zeitlichen Limit gearbeitet hatte. Im Grunde waren die Mitarbeiter in der Anfangszeit sowieso ständig an allen Fronten im Einsatz. Wer beispielsweise mit dem Auto in der Stadt unterwegs war, hatte immer einen Stapel Zeitungen auf dem Rücksitz, um nachlegen zu können und vielleicht noch Ausschau nach neuen Auslegestellen oder auch Anzeigenkunden zu halten.

scheinschlag wurde mit den Auseinandersetzungen und Konflikten, die die Veränderungen in der Stadt brachten, größer und erarbeitete sich einen Ruf. Immer wieder haben einzelne Personen seine Inhalte und seine Arbeitsstrukturen geprägt, dabei Standards gesetzt, die sich über die Jahre hinweg als tragfähig erwiesen, gerade weil sie so offen angelegt waren, dass jede neue *scheinschlag*-»Generation« sie als Richtschnur übernehmen konnte – und so die Fortexistenz der Zeitung gesichert werden konnte.

Was vielleicht wie ein glücklicher Augenblick der Geschichte aussieht, ist aber ohne den erhöhten Kraftaufwand von Seiten der Mitwirkenden nicht denkbar gewesen. Und der Verschleiß war in allen Bereichen immens, verfolgt man die lange Liste der wechselnden Mitarbeiter, die im Impressum aufgeführt wurden. Selbstausbeutung forderte ihren Tribut. Eine minimale finanzielle Anerkennung gab es später nur für die unattraktiven, aber dennoch wichtigen Routinearbeiten, die Anderen mussten sich mit Ruhm und Ehre begnügen.

Im Rückblick hat sich *scheinschlag* in zwei Bereichen, die aktuell heftig diskutiert werden, in einer Vorreiterrolle befunden, die vor 17 Jahren kaum absehbar war. Zum einen spielen die Gratiszeitungen am Zeitungsmarkt inzwischen eine wichtige Rolle, die europaweit einen regelrechten Boom erleben. Gemeint sind hier nicht die in die Briefkästen gesteckten reinen Anzeigenblättchen, sondern Publikationen mit einem redaktionellen Teil. Noch vor sechs, sieben Jahren hatten große deutsche Zeitungsverlage sich per Gericht gegen die unliebsame Konkurrenz gewehrt, doch 2003 entschied der Bundesgerichtshof, dass Gratiszeitungen wettbewerbsrechtlich unbedenklich und daher im Sinne der Pressefreiheit erlaubt sind. Das Umdenken der Verlage ist nicht zuletzt den rapide sinkenden Auflagen der Kaufzeitungen geschuldet. Mit den Gratiszeitungen erreichen sie vor allem wieder die jungen Leser, die sich an kostenlose Informationen aus dem Internet gewöhnt haben. Bislang ist dort aber das Anzeigenaufkommen eher mager, noch werben die Kunden lieber im traditionellen Printbereich.

Zum anderen wird dem Bürgerjournalismus eine wachsende Bedeutung beigemessen, angesichts der Unzufriedenheit mit den etablierten Medien, von denen bestimmte Nachrichten nicht beachtet werden. Der etablierte Journalismus wehrt sich noch gegen die Konkurrenz. Relevante Inhalte generieren, strukturieren, aufbereiten und die Debatten in den verschiedenen Lebensbereichen moderieren, das sei ein kompliziertes Handwerk, welches nur von talentierten und gut ausgebildeten Journalisten erledigt werden könne, verkündete kürzlich Helmut Heinen, der Präsident des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger. In vielen privaten Blogs im Internet ist man da schon weiter. Themen werden subjektiv, meinungsstark und kompetent aufgegriffen und in der Folge Diskussionen angestoßen. Viele Zeitungen versuchen jetzt auf den Zug aufzuspringen, indem sie ihrem Onlineauftritt diverse Blogs aufpfropfen, mit mäßigem Erfolg. Unbestreitbar ist allerdings, dass das Internet in dieser Hinsicht hauptsächlich von einer sogenannten Infoelite genutzt wird. Eine kostenlos in der Stadt verteilte Zeitung kann dagegen immer noch alle erreichen.

»Seit über 15 Jahren schnappe ich mir den *scheinschlag*, wo ich ihn erwische, und war nun traurig, als ich die Nachricht von der Einstellung las. Ich wäre immer bereit gewesen, ihn auch zu kaufen und mache mir nun einige Vorwürfe, ihn nie abonniert zu haben. Aber irgendwie war dieses Entdecken an bestimmten Orten im Kiez (und immer wieder fand ich ihn an neuen Orten, egal, wie sich mein Lebensumfeld und mein Lebensinhalt änderte) auch das, was für mich den *scheinschlag* ausgemacht hat. Als wären die euphorischen frühen neunziger Jahre mit ihren enormen Möglichkeiten im *scheinschlag* und seiner ungewöhnlichen Beschaffungsmethode erhalten geblieben.« (Aus dem Leserbrief von Andrea Rudorff, der uns neben anderen zum Abschied erreichte.)●

ZU GUTER LETZT – AUS DER AUSGABE JULI 2007

Seid wachsam, deutet die Zeichen!

Im August 2007 wird es so aussehen, als habe die Redaktion der mittlerweile 17jährigen Stadtzeitung »scheinschlag« ihr Erscheinen eingestellt. Doch der Schein trügt. Dass der »scheinschlag« nicht mehr, wie gewohnt, in dicken Packen in den »scheinschlag«-Kästen liegt, wird den Bewohnern dieser Stadt eine Frage aufgeben: Wo ist der »scheinschlag«? Am Anfang werden sie nur ein wenig irritiert sein. So ein kleines bisschen – nicht mehr, als wenn ein Haus, das man täglich sieht, plötzlich in einer anderen Farbe gestrichen ist. Doch bald werden sie an immer mehr Orten vorübergehen, an denen der »scheinschlag« fehlt: Supermärkte, das Kino, die Stammkneipe, die Frühstücksbrötchenbäckerei. Wieder und wieder werden sie sich die Frage stellen: Wo sind sie? Diese 16 Seiten vor Gewöhnung fast vergessenes Zeitungspapier? Was ist anders geworden, dass es den »scheinschlag« nicht mehr gibt?

Die Fragen lassen die Menschen nicht mehr los. Sie führen zu weiteren Fragen: Welche Koordinate dieser Welt hat sich verschoben, dass ausgerechnet der »scheinschlag« verschwunden ist? War es eine wichtige Koordinate? Ist die Welt noch dieselbe wie zuvor? Es werden die Sensiblen, Reizbareren sein, die Nervösen, die manchmal unter Migräne leiden, kettenrauchen, trinken, zuweilen wahnsinnig werden oder eine wichtige Erfindung machen, die diese Fragen bis in den Schlaf verfolgen. Diejenigen, mit denen man eine neue Gesellschaft erfinden, einen Geniestreich planen – oder ab und an eine neue Zeitung gründen kann. Sie werden mit offenen Augen und geschärften Sinnen durch die Stadt wandern, um Signale zu empfangen. Zeichen, die einen Hinweis darauf geben, was kommen wird, was unternommen werden muss. Zwar wissen sie noch nicht was – aber eins ist sicher: Etwas muss unternommen werden!

Liebe Leser – dies und nichts anderes war der geheime Plan. Für Uneingeweihte wird es so aussehen, als habe einfach eine Zeitung ihr Erscheinen eingestellt. Die Wahrheit ist: Die Redaktion ist in den Untergrund gegangen. Seid wachsam! Achtet auf jegliches, was sich in eurer Stadt verändert! Auch winzige Verschiebungen können ein Zeichen sein! Wir haben euch nicht vergessen! Zur rechten Zeit, am rechten Ort werden wir uns wieder sehen – und alles, was getan werden muss, wird seinen Anfang nehmen.●

Tina Veihelmann

www.scheinschlag.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Matthias Biskupek
Der Rundumeinkäufer
Werner René Schwab
Die Standort-Posse
Heinrich Hannover
Barbarei im Gewande des Rechts
Martin Petersen
Wer profitiert am Irakkrieg?

Zehnter Jahrgang 15. Dezember 2007 **25** € 2,50 sFr 5,50

Mit weiteren Texten von Joachim Bennewitz, Anne Dessau, Wolf Gauer, Sergej Guk, Ralph Hartmann, Hartwig Hohnsbein, Otto Meyer, Kurt Pätzold, Ulrich Sander, Gerhard Zwerenz, Ingrid Zwerenz u.a.

Bestellung:
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 52,- (Ausland € 84,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 29,-
Jahresförderabo € 75,- oder € 104,-
Kostenloses Probeheft anfordern.

Verlag Ossietzky
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
www.sopos.org/ossietzky
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Der politische Förderfonds
NETZWERK
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Der Beginn einer wunderbaren Zukunft!

30 Jahre Netzwerk

Man kann immer etwas tun. Netzwerk realisiert dieses Motto schon seit nunmehr 30 Jahren. 1978 als Reaktion auf die Berufsverbote und in der Folge des TuNix Kongresses im selben Jahr in Berlin gegründet, entwickelte sich Netzwerk schnell zu einem Förderfonds der in den ersten Jahren hauptsächlich Anschubfinanzierungen alternativer Projekte möglich machte. Neben der regulären Fördertätigkeit gelang es Netzwerk immer wieder neue Projekte anzuschieben. Zur Hochphase der HausbesetzerInnenbewegung gründete Netzwerk die Netzbau GmbH, die als Trägergesellschaft zwischen den Fronten der BesitzerInnen, dem Staat und den HausbesetzerInnen vermittelte. Daraus ging dann die Stattbau GmbH zur behutsamen Stadterneuerung hervor. Anfang der achtziger Jahre gründete sich aus Netzwerk heraus das eigenständige Frauennetzwerk Goldrausch mit dem Schwerpunkt der Förderung von Frauenprojekten. Mitte der achtziger Jahre änderte sich der Förderschwerpunkt in Richtung kleiner, politischer, sozialer und kultureller Initiativen und Projekte, die keine Gelder aus öffentlichen Mitteln zu erwarten hatten und haben. Dies ist bis heute ein wichtiger Bestandteil der Netzwerk-Arbeit. Netzwerk hat auch selbst politische Kampagnen, so z.B. den Volkszählungsboykott und eine Kampagne gegen die Explosion der Gewerbemieten angestoßen, in denen auch über das klassische linksalternative Milieu hinaus UnterstützerInnen gefunden wurden.

Diese breite solidarische Unterstützung von Basisinitiativen wollen wir weiterhin leisten, indem wir nicht resignieren oder zu einer single-issue Initiative werden. Die Verwirklichung des politischen Anspruchs auf Selbstorganisation und für einander Einstehens scheint uns am zukunftsträchtigsten. Damit Netzwerk dies in die Zukunft rettet, brauchen wir UnterstützerInnen und neue Mitglieder. Ein langjähriges Netzwerk-Mitglied gab uns die Botschaft mit, »dass man immer weiter machen und etwas tun kann«, dies würden die 30 Jahre Netzwerk schon zeigen.●

Klaus Eckert für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

SOLARER WASSERSTOFF

Seit über 20 Jahren eine praktikable Alternative

Bereits 1987 war klar: Wasserstoff ist der Brennstoff der Zukunft. Der Rohstoff Wasser ist im Übermaß vorhanden, 71 Prozent der Erdoberfläche sind Meere. Zudem wird er nicht verbraucht, sondern kann zu 100 Prozent recycelt werden. Die Sonne scheint kostenlos und nur die Investition in die notwendige Anlage und deren Erhalt erfordert Geld.

Klaus Schramm, Regenbogennetzwerk ● Doch gegen das billige Öl und die bereits bestehende Infrastruktur an Bohrtürmen, Pipelines und Tankstellen – im Besitz weniger Weltkonzerne, hatte Wasserstoff bisher keine Chance. Dies kann sich nun innerhalb von wenigen Jahren ändern. Das Erdöl-Zeitalter geht seit 2001 – wenn auch zuerst nur Tröpfchen für Tröpfchen – mit immer schnellerem Tempo seinem Ende entgegen.

Wasserstoff birgt die Erfüllung ökologischer Träume. Bei der Verbrennung des Gases entsteht als »Abgas« nichts anderes als H2O, also Wasser. Nicht einmal Kohlendioxid entsteht wie bei der Verbrennung von Erdöl, Erdgas oder Kohle – das Gas, das mittlerweile synonym für Treibhauseffekt und Klimakatastrophe steht. Mit der Sonnenenergie verfügen wir auch im nicht gerade sonnenverwöhnten Deutschland über das Tausendfache der Energie, die durch Atomkraftwerke geliefert wird. Und Wasserstoff ist ein ideales Speichermedium, das gewährleistet, dass die Energie abgerufen werden kann, wenn sie benötigt wird.

Der Atomausstieg würde auch in Deutschland endlich realisiert und die Angst vor einer Atomkatastrophe wie in Tschernobyl hätte die Menschheit im Wasserstoff-Zeitalter weltweit hinter sich gelassen. Die Wasserstoff-Technologie ist zudem eine Technologie, die ohne das Risiko einer Weiterverbreitung der Atombombe überall auf dem Globus eingesetzt werden kann. Und das technische Risiko ist nach Ansicht von ExpertInnen keineswegs größer als bei Benzin oder Erdgas.

Wenn es im Chemie-Unterricht mal so richtig kracht und beim »Knallgas-Versuch« ein Wasserstoff-Sauerstoff-Gemisch zur Explosion gebracht wird, mischen sich bei SchülerInnen Freude und Schrecken. Doch bei richtig dosierter Sauerstoffzufuhr verbrennt Wasserstoff gefahrlos in der Herdflamme oder im Zylinder von Motoren.

Nicht nur mit Hilfe von Solarzellen, sondern auch mit Windkraft kann Sonnenenergie in Strom verwandelt werden, der Wasser in seine Bestandteile zu zerlegen vermag. Im schwedischen Hafenstädtchen Härnösand hat der Ingenieur Olof Tegström (1) bereits vor 20 Jahren den gesamten Wasserstoff-Kreislauf technisch realisiert. Mit einem Windgenerator in seinem Garten erzeugt er den Strom. Und dieser zerlegt in einem schrankgroßen Elektrolyse-Apparat Leitungswasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff. Mit dem selbst produzierten Wasserstoff betreibt Tegström sein Auto und die Heizung seines Hauses.

Die Umstellung eines herkömmlichen Benzinmotors auf Wasserstoff ist technisch simpel. Wie der Begriff Vergaser noch heute belegt, wurde der Automotor nicht etwa »erfunden«. Der Benzin-Motor ist lediglich eine Abwandlung des bereits zuvor erfundenen und stationär betriebenen Gas-Motors. Die für heutige Verhältnisse bescheidene Windmühle Tegströms liefert nicht nur die Energie für Auto und Heizung, sondern darüber hinaus reicht der Wasserstoff für den Herd in der Küche und der Strom für den Betrieb der elektrischen Geräte im Haus.

»Ich wollte zeigen«, sagte Olof Tegström bereits vor 20 Jahren, »dass Wind und Wasser einer ganzen Familie sogar nahe am Polarkreis den höchsten Lebensstandard erlauben.« Und der damalige deutsche Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CSU) sprach sich einmal versehentlich für Markteinführungshilfen für die alternativen Energien aus, weil alle grundsätzlichen Projekte ausreichend erforscht seien.

Warum hat dies Öl- und Auto-Konzerne bislang nicht überzeugt? Diese sind sehr wohl überzeugt, doch ihre Reaktion war anders, als naive Gemüter erwarteten. Mit einer Flut von »Informationen« versuchen sie seitdem, das Wissen über die praktikable Nutzung der Wasserstoff-Technologie zu ertränken. Mit immer neuen Forschungs-Projekten, die von willfährigen MinisterInnen abgenickt wurden, entwickeln sie Hybrid-Motoren, Zweitakt-Motoren oder Speicher für Elektro-Motoren, es wird aufwendige Speichertechnik für Wasserstoff-Tanks erforscht und vieles andere mehr – nur um wieder und wieder zu »beweisen«, wie unpraktikabel und teuer Wasserstoff doch im Vergleich zu den konventionellen Energieträgern sei. In Zukunft – ja – da könne Wasserstoff in der ein oder anderen Weise eingesetzt werden. Das erfordere noch jahrzehntelange Forschung. Und Industrie und Staat investierten doch bereitwillig Millionen...

Tatsächlich wurden jährlich Millionen Mark und Euro verpulvert. Bölkow-Blohm, BMW, Daimler-Benz (später DaimlerChrysler), Shell, Aral, BP und viele mehr verdienten daran, zu beweisen, dass es so einfach nicht gehe. Selbst die in der Atomenergie engagierte Bayernwerk AG – oder: gerade diese – begann beispielsweise 1987 im Verein mit der Kraftwerk Union, die Reaktoren baute, mit Interatom und der Ludwig-Bölkow-Stiftung den Bau eines Solar-Wasserstoff-Kraftwerks für 500 Kilowatt in der Oberpfalz – für 35 Millionen Mark. Und Professor Carl-Jochen Winter von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) assistierte, dass »bis zum Beginn einer nennenswerten Wasserstoffproduktion im Jahr 2005 rund 40 Milliarden Mark ausgegeben« werden müssten.

Doch es gab damals auch andere WissenschaftlerInnen. So antwortete beispielsweise 1986 Dr. Ledjeff vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiegewinnung auf die Frage, warum solar produzierter Wasserstoff nicht zum Einsatz käme: »Es handelt sich dabei nicht um ein technisches, sondern um ein wirtschaftliches Problem. Die herkömmlichen Energieträger stehen heute kostengünstiger zur Verfügung, wobei aber im Grunde die Unkosten für die hohen Schadstoff-Emissionen derzeit nicht bedacht werden.« Die »zunehmende Beeinflussung des Klimas« war längst bekannt. Tatsächlich jedoch spielten auch die Kosten keine Rolle, wenn der Staat sie aufbrachte. Denn für die Etablierung der Atomenergie wurden – teils über die Umwegfinanzierung EURATOM – Tausende Milliarden Mark erübrigt. Es handelte sich dabei um ein Vielfaches der Mittel, die für die Verbreitung der dezentralen Wasserstoff-Technologie real aufgewendet werden müssten.

Ausschlaggebend war und ist jedoch zweierlei. Erstens können die Kosten von Waldschäden, Treibhauseffekt und Atomkatastrophen der Allgemeinheit ebenso aufgebürdet werden wie die Entwicklungskosten der Atomenergie. Die Schäden werden sozialisiert und die Profite privatisiert. Zweitens hätte die Realisierung einer dezentralisierten Wasserstoff-Wirtschaft den Mächtigen den Boden unter den Füssen weggezogen. Denn: Wer könnte aus solch einer Anlage wie der Tegströms noch großen Profit schlagen, wenn sie einmal errichtet ist? Shell müsste beispielsweise versuchen, Deutschland mit einer riesigen schwarzen Plane zu überziehen, um dann Sonnenlicht verkaufen zu können.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2007 und die mächtigen Herren haben ganze Arbeit geleistet: Eine Anlage wie die des schwedischen Ingenieurs Olof Tegström ist in Deutschland – und selbstverständlich auch in Schweden und anderen Teilen Europas – bis heute weitestgehend unbekannt. Würde die von Tegström gebaute Anlage überall dezentral genutzt, hätten diese Herren ihre Macht längst verloren.●

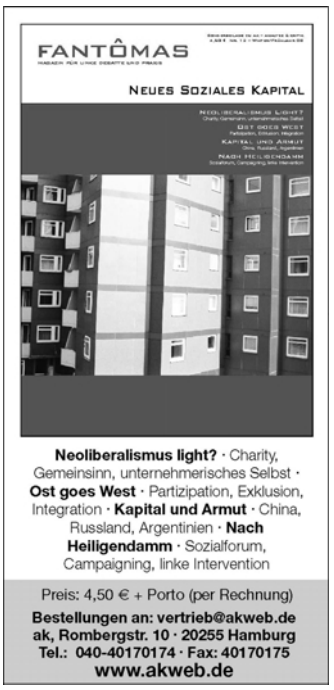
Regenbogen Nachrichten 3.11.2007
www.netzwerk-regenbogen.de

1) www.highcoast-association.com/main/board.html

Literatur

Rudolf Weber: Wasserstoff. Wie aus Ideen Chancen werden, IZE Reportagen, IZE-Verlag, Frankfurt/M. 1988
www.kurzlink.de/ize-wasserstoff

Anzeige



Neoliberalismus light? · Charity, Gemeinsinn, unternehmerisches Selbst · **Ost goes West** · Partizipation, Exklusion, Integration · **Kapital und Armut** · China, Russland, Argentinien · **Nach Heiligendamm** · Sozialforum, Campaigning, linke Intervention

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
Bestellungen an: vertrieb@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de

IN JERUSALEM GIBT ES EINEN MARKT, AUF DEM ALLES KOSTENLOS IST

Ein Flohmarkt ohne Preise

Es sieht aus wie auf dem Flohmarkt. Aber nicht ein Schekel (Währung Israls) wechselt den Besitzer. Auf diesem Basar in Jerusalem ist alles umsonst. T-Shirts und andere Kleidungsstücke, Schuhe, auch Haushaltsartikel, Spielsachen und Krimskrams.

Inge Günther, Jerusalem ● Michal, Anfang 20, hält einen gerade entdeckten Teddybär im Arm. Sie liebt Plüschtiere, bei ihr zu Hause steht eine ganze Reihe rum. Aber jetzt überlegt sie, ob es dieser Teddy wirklich sein muss. Obwohl der rein gar nichts kostet und ziemlich knuddelig aussieht. Adi Livni kennt das Phänomen. »Gerade wenn's nichts kostet, überlegen die Leute oft, ob sie es wirklich brauchen.« Die Idee, dem kapitalistischen Konzept einen »freien Markt« im wortwörtlichen Sinne entgegenzusetzen, erzielt bei vielen Nutznießern den gewünschten Effekt. »Es macht den Leuten bewusster, was sie konsumieren«, sagt Adi.

Die 22-jährige Politologiestudentin gehört zu den Betreibern eines Experiments, das in Jerusalem inzwischen seit fünf Jahren läuft. Einmal im Monat wechseln jede Menge Dinge im Sergei-Hof des russischen Viertels die Besitzer. Es ist keine Tauschbörse. Jeder gibt und nimmt nach Belieben. Die einzige Regel ist, dass es nicht mehr als 15 Artikel sein dürfen, die man nach Hause trägt. Jeder soll etwas bekommen können.

»Schuk-Hofschi-Schi« nennt sich das Projekt. Ein hebräisches Wortspiel, das in etwa »freier Markt am Freitag« bedeutet. Natürlich ist die Sache besonders attraktiv für Nichtshaber. Manche rollen gleich mit dem Einkaufswagen vom Supermarkt an. Andere, vor allem ältere Frauen, blicken mitunter ganz verschämt drein, wenn sie etwas einpacken. Man ist schließlich in Jerusalem, der Stadt mit dem höchsten Armenanteil in Israel. Aber dazwischen mischt sich das Volk intellektueller Konsumkritiker, linker Globalisierungsgegner und ökologischer Vorreiter, denen es an Kleingeld in der Tasche nicht mangelt. »Es ist ein soziales Ereignis, das unterschiedliche Leute zusammenbringt«, begeistert sich Elad, der sagt, er habe prinzipiell nichts gegen den Kapitalismus. Aber er vermisse, wie die israelische Gesellschaft früher zusammengehalten habe.

Nebenbei macht das Geben auf dem »Schuk-Hofschi-Schi« viel Spaß. Eben erst hat eine schicke Besucherin einen weißen Spitzenrock an eine Leine gehängt. Schon ist er weg. Sie freut sich, dass das nie getragene Teil, nicht mehr in ihrem Kleiderschrank stört. Sich von etwas zu trennen, was ein anderer unmittelbar gebrauchen kann, fällt leicht. Derweil ist das Ehepaar Zohara und Meir fündig geworden. Sie trägt ein paar T-Shirts auf dem Arm. Das Paar kommt fast jedes Mal. Manchmal gebe es viel Mist. Aber die Idee, die hinter dem »Schuk-Hofschi-Schi« steckt, finden die Beiden wundervoll. Und zur Nachahmung empfohlen.●

(aus »Badische Zeitung« vom 23.11.2007)

PREISAUSSCHREIBEN ZUR DEFINITION VON »TERRORISMUS«

Was ist eigentlich Terrorismus?

Die Bundesanwaltschaft verfolgt ihn. Die rot-grüne Koalition hat versucht, ihn neu zu definieren. Der Bundesgerichtshof muss ihn prüfen und unsere Freunde sollen seinetwegen angeklagt werden. Das Phantom des »Terrorismus«.

Foto: epha

Mit dem § 129a des Strafgesetzbuches sollen die Betätigung und die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« juristisch verfolgt werden, doch selbst die höchsten Richter der Republik sind sich nicht ganz sicher, was darunter verstanden werden soll.

Die Bundesjustizministerin denkt, dass nicht mal der 11. September terroristisch war, aber alle haben davor Angst. Das Strafgesetzbuch, die UNO und auch die EU haben gar keinen festgelegten Terrorismusbegriff und auch wir fragen uns aktuell: Was ist eigentlich Terrorismus? Und was eine terroristische Handlung?

Das Bündnis für die Einstellung des § 129a-Verfahrens sucht Eure/Ihre Definition für »Terrorismus«: juristisch, humoristisch, politisch. Wir akzeptieren Texte, Fotos, Videos, Podcasts, Postkarten, Plakate, künstlerische, wissenschaftliche oder journalistische Beiträge. Wegen des anhaltenden Interesses von Kunstschaffenden, WissenschaftlerInnen und HumoristInnen aus aller Welt hat das Bündnis für die Einstellung des 129a-Verfahrens die Suche nach dem Phantom »Terrorismus« verlängert. Noch bis zum 15. Februar 2008 können Beiträge von Einzelpersonen oder Kollektiven, mit oder ohne Künstlernamen eingereicht werden.

Im Oktober hatte das Bündnis einen internationalen Preis unter dem Motto »Kein Terror vor vier – oder: Was ist eigentlich ein Feierabendterrorist?« ausgelobt. Gesucht werden Definitionen für »Terrorismus«: juristisch, humoristisch, politisch. Eingereicht werden können Texte, Fotos, Videos, Podcasts, Postkarten, Plakate, künstlerische, wissenschaftliche oder journalistische Beiträge.

Eine international besetzte Jury wird die Beiträge begutachten und die besten zur Prämierung vorschlagen. Im Frühjahr des Jahres 2008 werden die besten Vorschläge öffentlich präsentiert und die Preise feierlich überreicht.

Weitere Infos und eine Ausstellung der ersten eingereichten Beiträge gibt es unter:
http://einstellung.so36.net/de/was-ist-terror●
Bündnis für die Einstellung des § 129a-Verfahrens

JUBILÄUM: »DEN DAMALS FORMULIERTEN IDEEN KOMMEN WIR HEUTE NOCH ZIEMLICH NAHE«

30 Jahre »Zakk«

Es fing an mit dem Film »Punk in London« und einem Straßenfest für MigrantInnen-Kinder. Etliche Selbsterfahrungsgruppen, Teestuben, indische Tanzrunden und Bürgerinitiativen zur Humanisierung der Psychiatrie – später landet das Düsseldorfer soziokulturelle Zentrum »Zakk« (Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation) einstweilen bei Streetart, Arbeitslosen-Café und »The Damned«. Alles anders oder »same old story«? Wir dokumentieren ein Interview der Düsseldorfer Stattzeitung »Terz« mit Zakk-Geschäftsführer Jochen Molck über die Lokalgeschichte der Soziokultur.

Kannst Du kurz erzählen, wie alles anfing?

Es gab damals eine Gruppe von Künstlern, Studierenden und politisch Engagierten, die einen Raum suchten, um ihre Aktivitäten entfalten zu können. Es war eine heterogene Gruppe, da gab es auch unterschiedliche Vorstellungen. Einige wollten eher in die Richtung Sozialarbeit oder Bürgerzentrum gehen, einige wollten eher Kleinkunst, Tanz und Theater machen, andere eher Musik. Die ersten Veranstaltungen fanden noch in der »Brücke« statt, und dann gab es nebenan das »Klein-Zakk« – so eine Art Teestube. Aber die ersten Veranstaltungen hier – das ist ja auch der Grund, warum wir jetzt feiern – waren ein Fest für Kinder aus Migrantenfamilien auf der Fichtenstraße und ein Film über die neue Punk-Bewegung in England.

Wie würdest Du das damalige soziokulturelle Konzept beschreiben?

Es ging darum, etwas Selbstbestimmtes und Selbstverwaltetes zu machen und einen Raum für Kultur zu schaffen. Für Sachen, die anderswo keinen Platz haben. Dabei wurde Kultur in einem breiteren Sinne gefasst, immer angekoppelt auch an gesellschaftliche Entwicklungen. Und ich glaube, den damals formulierten Idealen kommen wir heute auch noch ziemlich nahe, wenngleich sie andere Formen gefunden haben. Wenn Du heute fragst, was hat eine 80er-Jahre-Party mit gesellschaftlicher Entwicklung zu tun, dann ist der Zusammenhang natürlich ein bisschen weiter.

Aber Du siehst da einen Zusammenhang?

Ich würde mal so sagen: Wenn wir heute eine 50plus-Party machen, dann hat das einen Zusammenhang. Es ist ein Treffpunkt für Menschen, die nicht, wenn sie die 50 erreicht haben, ins Museum oder die Oper abgeschoben werden wollen. Die Leute wollen selber etwas machen, und es ist ja auch aus einer Initiative im Zakk heraus entstanden. Bei den Konzerten und Lesungen ist der Zusammenhang vielleicht nicht mehr ganz so direkt. Früher gab es die Liedermacher und direkte politische Kunst. So etwas gibt es heute nicht mehr, aber die können wir auch nicht einfach so aus dem Sack zaubern. Aber jetzt unsere neue Ausstellung »Is this the Future«, das ist so etwas. Die Künstler würden sich vielleicht gar nicht als politisch verstehen, aber was sie machen, ist politisch. Und dafür finden sie hier ihren Raum.

Gab es größere Zäsuren in der Geschichte des Zakks?

Es gab wohl in der frühen Zeit, die ich aber nicht aus eigenem Erleben kenne, immer mal wieder einen kräftigen Richtungsstreit darüber, ob man sich nicht spezialisieren sollte, auf Musik, Theater, Tanz oder sonst irgendwas. Das hat die frühen Jahre geprägt. Und es gab irgendwann einmal die Verabschiedung von der Jugend- und Sozialarbeit. Das war am Anfang auch immer noch eine Komponente. Dann haben wir uns sehr früh mit neuen Medien beschäftigt. Wir hatten das erste Internet-Café in Düsseldorf. Und wir versuchen momentan das in modernerer Form neu zu beleben, was am Anfang des Zakks eine Rolle gespielt hat, die Werkstätten: Holzwerkstatt, Töpferwerkstatt, Theaterwerkstatt.

Wir machen jetzt beispielsweise das Projekt »Textwerkstatt«, wo wir versuchen, Leute zu qualifizieren. Da gehen wir ein Stück weit zurück in die Vergangenheit, um Dinge, die eine Zeit lang verschüttet waren, wieder freizulegen. Aber wir geben dem eine modernere Form, »Holzwerkstatt« – das interessiert heute keinen mehr. Es verändert sich vieles, und da müssen wir schon ein Stück modern sein und an Trends dran bleiben, ohne jetzt jeder Mode hinterher zu rennen.

Die Euphorie und Dynamik, die damals mit »Kultur für alle« verbunden war, scheint verflogen zu sein. Die Soziokultur will nicht mehr die Oper stürmen.

Ja, aber da müsste man ein wenig weiter ausholen. Es werden heute viele Verteidigungskämpfe geführt, um bestimmte Errungenschaften zu bewahren. Ich weiß nicht, in welchen Bereichen man heute wirklich in die Offensive geht. Das Zakk hat sich ähnlich entwickelt, wie sich die Szene-Landschaft insgesamt entwickelt hat. Früher gab es einfach mehr Gruppen. Und da sind wir einfach auch abhängig und können nicht einfach gegensteuern.

Einige betrachten die Soziokultur als Auslaufmodell, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen, welche die Bildungsoffensive und »Kultur für alle« ermöglicht haben, nicht mehr gegeben sind.

Die Soziokultur ist in Bedrängnis geraten, weil der Staat sich aus bestimmten Bereichen finanziell zurückzieht und weniger öffentlichen Reichtum schafft.

Aber nicht auch aus internen Gründen?

Nein. Ich finde, dass Soziokultur ein Erfolgsmodell ist und dass viele Dinge, die wir damals »erfunden« haben, von ganz etablierten Institutionen übernommen worden sind. Das Schauspielhaus ist heute viel öffentlicher geworden. Die kümmern sich um Jugendliche, die werden sich auch um Migranten und Senioren kümmern.

Für den Kulturpolitiker Jörg Stüdemann sind die soziokulturellen Zentren inzwischen voll in der neokonservativ verfassten Bürgergesellschaft angekommen, wobei der Weg von der Expansion mit gesellschaftsveränderndem Anspruch über die Schaffung einer Enklave bis zur Bereitstellung eines die etablierte Kultur bloß noch ergänzenden Programmes ging.

Das trifft in Teilen auch auf das Zakk zu. Ich glaube aber, dass wir, wenn man sich die Landschaft so anguckt, noch eines der politischeren Zentren sind. Wir machen immer wieder Projekte, die einen gesellschaftlichen Bezug haben. Natürlich müssen wir für bestimmte Konzerte heute einen Eintritt nehmen, der sicherlich auch einige Leute ausschließt. Und es ist auch immer schwerer geworden, Formen zu finden, wie man diese Leute dann doch noch hier reinbekommt. Aber der Anspruch ist immer noch da, hier einen Raum zu bieten für Dinge, die in der Stadt sonst keinen Platz finden. Ich sehe das Zakk nicht als politische Partei, sondern als den öffentlichen Raum, der Initiativen aus der Stadt unterstützt und ihnen hier ein Forum bietet.

Das ist mir ein bisschen zu passiv und unprogrammatisch: Wenn sich draußen was regt, regt sich das Zakk auch.

Das »Linke Zentrum« in der Corneliusstraße kann Veranstaltungen spontaner durchführen. Bei uns machen das in der Regel bezahlte Mitarbeiter, und da geht dann ja erstmal ein bestimmter Aufwand rein, wenn sie 3 bis 4 Stunden eine Diskussion vorbereiten. Und da muss man natürlich auch ein bisschen gucken, ob sich das auch rentiert, nicht jetzt im finanziellen Sinne, aber im Sinn von Wirkung.

Aber gibt es auch ein aktives Moment, so etwas wie eine lokalpolitische Agenda, dass ihr sagt: Die nächsten drei Monate müssen wir unbedingt etwas zu diesem oder jenem Thema machen?

Zu den letzten Kommunalwahlen haben wir eine Reihe gemacht und zu »Jugend« und »Mythos Alter«. Im Augenblick ist unser Schwerpunkt »Interkultur«. Das versuchen wir Künstler aus der Region auf die Bühne zu holen und gleichzeitig eine Diskussion über Integration zu organisieren.

Es gab mal eine Zeit, da war das Zakk sehr umstritten …

Am Anfang war das Zakk sehr umstritten. Dann haben in den 90er Jahren Lemmer & Co. gefordert, die Zuschüsse zu kürzen, und die CDU hat das mitgemacht. Es stand nie auf der Tagesordnung, das Zakk ganz zu schließen, aber wir mussten Einbußen hinnehmen. Diese Zeit ist vorbei. Wir kriegen heute auch von der CDU/FDP-Mehrheit im Rat Geld für zusätzliche Aufgaben wie das Interkultur-Projekt. Nach vielen Diskussionen und Nachfragen ist es letztendlich im Kulturausschuss bewilligt worden.

Damals in den 90er Jahren entstand auch die Notwendigkeit, mehr Eigen-Einnahmen zu erzielen, was das Profil unschärfer gemacht hat. Viele haben gesagt: Diskos sind doch rein kommerzielle Veranstaltungen, was hat das im Zakk zu suchen?

Diese Ansicht halte ich für falsch. Eine Disko ist per se nicht erstmal eine rein kommerzielle Veranstaltung. Wenn wir in Düsseldorf fast als einzige einen Frauenschwoof anbieten, dann hat das eine andere Ursache als eine kommerzielle. Das war das Bedürfnis, sich hier zu treffen. Und als wir die 30plus-Party hier erfunden haben, da gab es auch erstmal ein Bedürfnis. Ob das jetzt im engsten Sinne ein politisches Bedürfnis ist, darüber kann man sich sicherlich streiten, aber es ist ein gesellschaftliches Bedürfnis, dass auch Leute über 30 mal in die Disko gehen wollen.

Der alte Kulturkämpfer Peter Albeit hat einmal gesagt, ihm komme es so vor, als ob die meisten soziokulturellen Zentren heute reine Veranstaltungsorte geworden sind. Mir geht es manchmal ähnlich, wenn ich eure Anzeigen im »Biograph« lese. Da finden Konzerte und Dichterlesungen statt und dann ist da dieses kleine »Surplus«, das Arbeitslosencafé, aber ich bringe das eine nicht mehr so recht mit dem anderen zusammen.

Das funktioniert aber auch nebeneinander. Wir sind eben der Ort für mehrere Sachen.

Ihr habt nicht den Anspruch, dass alles mit allem etwas zu tun haben muss?

Nein, das funktioniert auch nicht. Die Leute, die zur Disko gehen und dann hier unsere Plakate sehen, kommen nicht am nächsten Tag in die Polit-Veranstaltung. Trotzdem glaube ich, dass man so einen Raum braucht, wo beides stattfindet. Es muss politische Aktivität geben, es muss aber auch Genuss geben. Und es muss auch anregende Kunst geben. Nur so schaffst Du es, ein lebendiger Ort zu sein.

Aber ob das im Sinne der Erfinder war, noch einmal innerhalb der Soziokultur ein Unterhaltungssegment zu schaffen?

Aber wo grenzt Du das ab? Ein Jan-Delay-Konzert, ist das ein reines Unterhaltungsangebot oder hat das emanzipatorischen Charakter? Oder bei einem Künstler aus Afrika oder Lateinamerika – wo ziehst Du die Grenze? Die Grenze ist heute schwerer zu bestimmen, nicht zuletzt hängt das auch davon ab, wie etwas rezipiert wird.

Geht ihr denn beim Programmmachen auch Risiken ein, wo ihr etwas unbedingt haben wollt, obwohl es nicht gerade erfolgversprechend ist?

Klar machen wir das. Wir subventionieren ja Programm. In der »Interkultur«-Reihe beispielsweise haben wir mit einer afrikanischen Künstlergruppe, die jeden Monat etwas machte, schon einen langen Atem bewiesen. Da haben wir die Veranstaltung nicht gleich abgeschossen, als am Anfang nur 40 bis 50 Leute gekommen waren statt der erwarteten 150.

Euer Geburtstagsmotto lautet »Von hier aus weiter«. Kannst Du da schon einige Wegmarken nennen?

Wir müssen uns ein paar Entwicklungen stellen. Zum einen wird die Gesellschaft nicht jünger, sondern eher älter, und diese Menschen haben ja auch ein kulturelles Interesse. Zum anderen wird sie mehr und mehr von Nicht-Deutschen geprägt: Düsseldorf ist in Nordrhein-Westfalen die Stadt mit dem höchsten Migranten-Anteil. Dann werden wir uns verabschieden von den großen Disko-Veranstaltungen in der Halle. Du kannst heute nicht mehr eine Musik spielen, mit der Du 1.000 Leute glücklich machst. Diese Individualisierung von Lebenstilen hat auch Auswirkungen auf das Kulturangebot. Du musst heute Club-Angebote machen, kleine Special-Interest-Sachen. Und wir werden das Verhältnis von Professionellen und Ehrenamtlichen neu bestimmen müssen: Wir wollen wieder mehr Ehrenamtlichkeit ins Zentrum holen.

Danke für das Gespräch.

JAN

Aus terz, Nr. 09/07 www.terz.org

www.zakk.de
www.linkes-zentrum.de

Biergarten im Zakk Foto: www.zakk.de

»Das Linke Zentrum in der Corneliusstraße kann Veranstaltungen spontaner durchführen«

DRUCKWERKSTATT

Die Druckwerkstatt im »Kulturwerk des bbk berlins« steht jedem Künstler offen. Es können alle bekannten drucktechnische Verfahren im Siebdruck, Offset, Radierung, Holzschnitt, Lithografie und Foto sowie Kombinationen, außerdem Papierherstellung, Buchbindung, Katalogdruck, Buchdruck, Video und digitale Techniken genutzt werden.

Die Druckwerkstatt entstand 1955 und wurde ab 1973 im Bethanien mit öffentlichen Mitteln ausgebaut und für alle Künstler geöffnet. Sie ist die umfangreichste nichtkommerzielle künstlerische Druckwerkstatt weltweit.

Neben Kenntnissen über traditionelle Verfahren verfügen die Werkstattleiter der Druckwerkstatt über einen besonders großen Wissens- und Erfahrungsschatz hinsichtlich schwer realisierbarer Projekte, Experimente und der Kombination verschiedener Techniken und Werkstoffe.

Die Tagesnutzung der Werkstatt kostet 8 EUR, Computerabteilung 10 EUR, Videoschnittplatz 21 EUR; eine Preisliste für Material und zusätzliche Leistungen ist auf Nachfrage in den Abteilungen erhältlich.●

Druckwerkstatt im Kulturwerk des bbk berlins GmbH,
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Tel.: (0 30) 61 40 15 70 Fax 61 40 15 74
druckwerkstatt@bbk-kulturwerk.de
www.bbk-kulturwerk.de

Freie Radios & weitere 4.400 Sender aus aller Welt nach Lust & Laune hören?

In Zeiten von Internet gibt es für den Radioempfang keine lokalen Beschränkungen mehr. Einfach das kostenlose Programm »Phonostar-Player« runterladen (www.phonostar.de) und installieren.

Wer eine ganze Reihe Freier Radios aus Deutschland hören will, kann nach erfolgter Installation in der Menüleiste »Ansicht«, »Suche« anklicken, unter »Länder: Deutschland« wählen und unter »Sendertypen: Freies Radio«. Schon kann man sich per Mausklick 16 verschiedene Freie Radios anhören, zwischen diesen komfortabel wechseln oder sie auch gleich in die Favoritenliste aufnehmen.

Phonostar bietet zahlreiche individuelle Filterkriterien wie Genres: (eine große Auswahl an Musikrichtungen aber auch inhaltliche Ausrichtungen), Länder, Sprachen, Sendertypen (z.B. Internetradio, Lokalradio, Offener Kanal/Bürgerradio, öffentlich-rechtlich).

So gelangt man beispielsweise über die Auswahlkriterien »Genre: Reggae«, »Land: Jamaika« auf einen klasse Reggaesender, über »Genre: Nachrichten/Informationen« und »Land: Deutschland« auf »Radio Brettspielwelle«, ein Radiosender für Brettspielfans, über »Sendertyp: Offener Kanal/Bürgerradio«, »Land: Brasilien« auf »Radio Favela«, welches live aus einem Armenviertel im brasilianischen Belo Horizonte, brasilianische Musik und Themen der sozial benachteiligten Bevölkerung sendet, allerdings auf portugiesisch. Das Programm bietet Zugriff auf über 4.400 Radiosender aus der ganzen Welt.

Phonostar-Player kann (wie bei einem Videorecorder) Sendungen zeitgesteuert aufnehmen und zu einem späteren Zeitpunkt abspielen.

Die website von Phonostar informiert im Programmteil darüber, was auf den verschiedensten Sendern läuft oder wo und wann es Hörspiele, Konzerte etc. gibt.

Eine große Auswahl an kostenlosen Podcasts (herunterladbare Audiodateien) im mp3-Format kann man auf den mp3-Player spielen und hat garantiert Genuss und/oder Bildung bei der nächsten Zugfahrt.

Ein Ohr zur Welt, Spannung bei Hörspielen, mal wieder andere Sprachen hören, alte und neue Musik entdecken – klassel●

ub

Der WDR sendet am 11.2.08 um 23.05 Uhr auf WDR3 bzw. am 19.2.08 um 23 Uhr auf 1Live den Beitrag »Digitale Radioguerilla – Freie Sender im Äther und Netz«.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Ende der Privatsphäre?

Speicherwütige Hotels

Den Big Brother Award 2007 in der Kategorie »Verbraucherschutz» erhielten die internationalen Hotelketten in Deutschland Marriott, Hyatt und Intercontinental (stellvertretend für viele weitere) für das Sammeln und zentrale Speichern höchstpersönlicher Informationen über ihre Gäste ohne deren Wissen. CONTRASTE dokumentiert die Laudatio von Rena Tangens (gekürzt):

»Zweites Kissen genehm? Essen auf dem Zimmer gewünscht? Champagner geordert? Zweites Frühstück bestellt?«

Sie glauben, das Hotelpersonal liest Ihnen die Wünsche von den Augen ab? Falsch: Das Personal kennt all Ihre Details, Eigenheiten und Sonderwünsche zumeist nicht aus Intuition, sondern weil sie im Computersystem des Hotels gespeichert sind. Richtig staunen würden Sie, wenn Sie sähen, was da alles registriert wird.

Gespeichert werden unter anderem private und berufliche Kontaktadressen, Telefonnummern, Kreditkartendaten, Geburtsdatum, Nationalität, Passnummer, komplette Rechnungen, Pay-TV-Benutzung und Telefonate. Das Hotelpersonal wird dazu angehalten, weitere Details über seine Gäste im System zu notieren wie Familienkonstellation, Trink- und Essgewohnheiten, Allergien, Hobbys, Sonderwünsche, Beschwerden, Vorlieben und so weiter. Einmal erfasst, bleiben all diese Informationen auch nach der Abreise des Gastes gespeichert – und zwar auf unbestimmte Zeit. Dieses Vorgehen bewegt sich am Rande und zum Teil auch schon jenseits der Legalität.

»Nichtraucher? Erdnussallergie? Zimmer nur im Erdgeschoss?«

Diese Informationen werden doch zum Besten der Gäste gesammelt, um ihnen den bestmöglichen Service bieten zu können!

Nicht so ganz. Jeden Gast wertzuschätzen und ihm oder ihr den bestmöglichen Service zu bieten, das ist die große alte Tradition der Gastlichkeit. Doch diese Tradition ist – zumindest bei den großen Hotelketten – passé. Hier gibt es statt des Gastlichkeitsversprechens nun »customer relationship management«, kurz CRM – das effiziente Kundenbeziehungsmanagement.

Wichtigster Punkt dabei: »Ranking and Discrimination«. Es geht eben nicht darum, den besten Service für alle Gäste zu bieten. Denn einige Gäste sind mehr wert für das Business als andere, und in die muss investiert werden. Und um die lukrativen Gäste von den anderen unterscheiden und ihnen bessere Angebote machen zu können, müssen möglichst viele Daten gesammelt werden.

Nahezu jede Hotelkette hat mittlerweile ein eigenes »Kundenbindungsprogramm«, in dem all diese Daten zentralisiert gespeichert werden – eine echte Goldgrube für Data-Miner. Und wo all diese Informationen schon einmal vorhanden sind, könnten sich schnell weitere Interessenten dafür finden.

Wer auf dem Zimmer Pay-TV schaut, findet später natürlich nicht den »Angriff der Killertomaten«, »Blasmusik im Lederdirndl« oder ähnlich Peinliches auf seiner Rechnung, sondern die Pay-TV-Nutzung wird diskret als »Hoteldienstleistungen« oder etwas ähnlich Unverfängliches deklariert. Das Hotelsystem aber registriert den Kanal durchaus und weiß genau, ob die romantische Komödie, der Thriller oder ein Porno konsumiert wurde.

Viele Hotels sind direkt an externe Online-Buchungssysteme wie Amadeus oder Sabre5 angeschlossen. Auch dort werden Daten der Kunden gespeichert. Das Buchungssystem Amadeus wirbt mit einem extra zu zahlenden Service für Reisebüros, der es ermöglicht, die komplette Buchungshistorie samt Kundendetails und Hobbys mit einem Klick zu übernehmen. »Bereits existierende Kundeninformationen aus Amadeus Customer Profiles (Air / Car / Hotel) stehen jederzeit aktuell zur Verfügung. Außerdem sind die Kundendaten lange Zeit aktiv – egal wie alt die letzte Buchung ist.«

In Deutschland gibt es Meldezettel, die von jedem Gast ausgefüllt werden, aber beim Hotel verbleiben und nur im Bedarfsfall von den Behörden überprüft werden. In einigen europäischen Ländern, beispielsweise Frankreich, werden Daten aber schon aus den Hotels direkt an die Polizei übertragen. Möglicherweise interessiert sich aber nicht nur die lokale Polizei für diese Informationen über die Gäste, sondern auch ausländische Geheimdienste.

Die Daten der Gäste werden nämlich keineswegs nur – wie die Gäste annehmen – bei dem besuchten Hotel in Deutschland, sondern konzernweit auf zentralen Servern gespeichert. Und die wiederum befinden sich bei den größten Hotelketten – in den USA. Um den Datenschutz war es dort sowieso schon nicht gut bestellt. Nun gibt es in den USA seit 2001 auch noch den »USA PATRIOT Act«. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung erlaubt dieses Gesetz den Geheimdiensten Zugriff auf Daten der Wirtschaft, auch ohne richterlichen Beschluss.

»Kein Schweinefleisch? Internetanschluss? Auslandstelefonate nach Saudi Arabien vom Zimmer aus?«

Was glauben Sie, welche Schlüsse man daraus ziehen könnte? Viele unangenehme Folgen für die Gäste sind denkbar. So wird Identitätsdiebstahl zum leichten Spiel, wenn detaillierte persönliche Informationen über Kunden gesammelt vorliegen.

Wir waren neugierig und haben einen Mitarbeiter des Hyatt gefragt, was passiert, wenn Gäste dem Hotel mitteilen, dass sie nicht wollen, dass all diese Informationen über sie gespeichert werden. Der Mitarbeiter musste überlegen und sagte dann, dass das nicht vorkäme. Denn die Gäste hätten ja keine Ahnung, was alles über sie gespeichert werde. Aber wenn doch? »Dann wird im Bemerkungsfeld eingetragen, dass der Gast gesagt hat, dass er das nicht will ...«

Da möchten wir mit Friedrich Schiller sagen: *»Hier wendet sich der Gast mit Grausen. So kann ich hier nicht ferner hausen.«*

Herzlichen Glückwunsch zum BigBrotherAward, liebe Hotelmanager von Marriott, Hyatt, Intercontinental und anderen!●

Demo »Freiheit statt Angst«, Berlin 2007 Foto: indymedia

WIRTSCHAFT

Penetrantes Schnüffel-Unternehmen Deutsche Bahn

Am 12. Oktober erhielt Hartmut Mehdorn für die Deutsche Bahn AG den Big Brother Award 2007. Die Preisrede hielt padeluun vom FoeBuD e.V. CONTRASTE dokumentiert sie (leicht gekürzt):

Der BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Wirtschaft« geht an die Deutsche Bahn AG, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn, da sie systematisch anonymes Reisen faktisch unmöglich macht.

»Brötchen gibt's am Automaten«. Das ist ein Satz, den ich von meiner Bäckereifachverkäuferin bisher noch nicht gehört habe. Sie hat auch nicht ergänzt, dass ich für 5 Euro Aufpreis die Brötchen doch auch bei ihr am Tresen kaufen könnte. Ich müsse mich im Gegenzug allerdings an die 5 Meter Lange Schlange ganz rechts anstellen. Und sie hat auch nicht gesagt, dass ich die Brötchen im Internet bestellen könnte und diese mir dann in zwei Tagen ins Haus geschickt würden – dabei würden aber meine Adresse, Geschmacksvorlieben und Kreditkartennummer zentral gespeichert. Wenn ich mit der Deutschen Bahn reisen möchte, dann sind solche Aussagen bittere Realität.

Die Deutsche Bahn AG schiebt die Reisebüros aufs Abstellgleis. Die Provisionen wurden so gekürzt, dass Reisebüros es sich nicht mehr leisten konnten, Fahrkarten ohne Aufpreis auszustellen. Die Kapazitäten von Personal an Fahrkartenschaltern werden so knapp gehalten, dass man schon ordentlich viel Zeit mitbringen muss, um sich eine Fahrkarte zu kaufen. Bis zu 5 Euro teurer ist der Kauf am Schalter, 2 Euro teurer jede Platzreservierung. Sie können übers Internet reisen. Sie ahnen, was das bedeutet: Sie sind namentlich und mit voller Adresse und Ihrer Kontonummer dem »Unternehmen Zukunft« bekannt.

Also doch lieber die Umwegstrecke über den Fahrkartenautomaten nehmen? Kaum ein Automat nimmt Bargeld. Da müssen Sie dann schon Ihre EC-Karte einstecken. Haben Sie eine Bahncard, um Fahrkarten zu einem halbwegs vernünftigen Preis zu erstehen? Damit Sie den Rabatt bekommen, verlangt der Automat – unnötigerweise, da der Rabattanspruch sowieso erst bei der Fahrkartenkontrolle im Zug geprüft wird, dass Sie die Bahncard ins Gerät stecken: Privatsphäre Adé. Nur sehr gewiefte Menschen entdecken, dass man beim »Bahncard-gefordert-Fenster« im Automaten einfach auf Abbrechen klicken kann, und trotzdem eine Karte bekommt.

Wo wir schon mal einen Umweg machen, nehmen wir uns Zeit, uns die Bahncard mal genauer anzugucken! Haben Sie beim Bahncard-Antrag Ihr Geburtsdatum angegeben? Warum? Es gibt keinen Grund, dass die Bahn Ihr Geburtsdatum erfährt. Das Geburtsdatum ist nur für Datenkrakereien brauchbar und darf laut Bundesdatenschutzgesetz gar nicht als Pflichtfeld abgefragt werden. Schon vor ein paar Jahren schrieb uns der Berliner Datenschutzbeauftragte, dass er die Abfrage des Geburtsdatums bei der Deutschen Bahn AG moniert habe. Geändert hat sich allerdings nichts.

Mit dem Foto auf Bahncards wollte sich der Mitarbeiter des zuständigen Berliner Datenschutzbeauftragten schon eher anfreunden. Mich selber beschleicht ein eher ungutes Gefühl, wenn das Staatsunternehmen in Auflösung, das in Deutschland eine nahezu flächendeckende Videoüberwachung unterhält, die wohl zentral in Berlin zusammengeschaltet werden kann, mein Bild als Datei bekommt und auch noch jahrelang abspeichert. Zumal mein Bild als Merkmal auf der Bahncard auch gar nicht notwendig ist: Meine Identität und Berechtigung, eine Bahncard zu besitzen und zu nutzen, kann ich jederzeit durch einen Lichtbildausweis belegen.

Deshalb trägt meine Bahncard weder ein Bild noch ein Geburtsdatum. Mein Alter (Vorsicht meine Damen, das ist auf der Bahncard aufgedruckt) ist mit 95 Jahren angegeben.

Fortsetzung auf Seite 8

BIG BROTHER AWARDS 2007: Wer ist die größte Datenkrake im Land?

Die BigBrotherAwards, »die Oscars für Überwachung« (Le Monde), sind eine Ehrung, die bei den damit Ausgezeichneten nicht eben beliebt ist. Die BigBrotherAwards brandmarken nun schon im achten Jahr Firmen, Personen, Institutionen, die besonders böse aufgefallen sind durch Verletzung von Datenschutz und Bürgerrechten, durch Installation von Überwachungstechnik und uferloses Datensammeln.

Seit ihrer ersten Verleihung im Jahr 2000 haben die BigBrotherAwards (BBA) einiges bewegt: Bei einer Demonstration gingen unlängst in Berlin mehr als 15.000 Menschen auf die Straße, um gegen Überwachung zu protestieren. Das Bewusstsein für den Wert von Datenschutz und Bürgerrechten wächst. Dies war die größte Datenschutz-Demonstration seit der Volkszählung in den 80er Jahren. Zu den BigBrotherAwards wurden dieses Jahr mehr als 500 Vorschläge eingereicht – keine leichte Entscheidung für die Jury.

Die BigBrotherAward-Jury besteht aus Persönlichkeiten von verschiedenen Bürgerrechts-, Datenschutz- und Netzorganisationen, darunter die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD), die Humanistische Union (HU) und die Internationale Liga für Menschenrechte (Berlin). Die Preise werden in acht unterschiedlichen Kategorien vergeben.

Zu den Preisträgern der vergangenen Jahre gehörten u.a. die Payback-Karte, Otto Schily, die GEZ, die Bayer AG, die Post AG, Tchibo direct, das BKA, Microsoft, TollCollect, die Saatgut Treuhand und die Metro AG.

2007 wurden folgende Preisträger geehrt:

Arbeitswelt: Der BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Arbeitswelt« geht an die Novartis Pharma GmbH für die Bespitzelung ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die damit verbundene Verletzung grundlegender Persönlichkeitsrechte.

Behörden und Verwaltung: Der BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Behörden und Verwaltung« geht an die Generalbundesanwältin Monika Harms. Sie erhält den BigBrother-Award für ihre Antiterror-Maßnahmen gegen Gegner des G8-Gipfels im Mai dieses Jahres, insbesondere für die systematischen Briefkontrollen in Hamburg und die Anordnung, bei Gipfelgegnern Körpergeruchsproben aufzunehmen und zu konservieren.

Regional: Der BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Regional« geht an die Behörde für Bildung und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin für Bildung und Sport, für die Einrichtung eines Schülerzentralregisters mit dem (Neben-) Zweck, ausländische Familien ohne Aufenthaltserlaubnis aufzuspüren.

Politik: Der BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Politik« geht an den Bundesminister der Finanzen, Herrn Peer Steinbrück, für die Einführung einer lebenslangen Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID) für alle Einwohner/innen der Bundesrepublik.

Kommunikation: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries erhält den BigBrotherAward 2007 in der Kategorie »Kommunikation« für den Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung. Mit diesem Gesetzentwurf soll in Deutschland die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations-Verbindungsdaten eingeführt werden. Die Bundesjustizministerin ignoriert damit bewusst die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das bereits 1983 im Volkszählungsurteil festgelegt hatte, dass die Sammlung von nicht anonymisierten Daten zu unbestimmten oder noch nicht bestimmbaren Zwecken mit dem Grundgesetz unvereinbar ist.

Technik: Der Big BrotherAward 2007 in der Kategorie »Technik« geht an PTV Planung Transport Verkehr AG für ihr System zur individuellen Berechnung der Kfz-Versicherung mittels eines so genannten »Pay as you drive«-Systems, also einem Gerät, das Fahrtroute und Fahrverhalten aufzeichnet und an die Versicherung meldet.

Wirtschaft: siehe Laudatio auf dieser Seite...

Verbraucherschutz: siehe Laudatio auf dieser Seite...

Außer Konkurrenz: Kein BBA an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble...

Mehr: www.bigbrotheraward.de

VORRATSSPEICHERUNG

Ende der Privatsphäre?

Dammbruch auf dem Weg in die Überwachungsgesellschaft

Schrittweise werden immer weitere staatliche Datensammlungs- und Überwachungsmaßnahmen eingeführt. Die Vorratsspeicherung der Telekommunikationsdaten ist dabei der »Dammbruch auf dem Weg in die Überwachungsgesellschaft« (Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit). Faktisch kann sich niemand dieser verfassungswidrigen Datensammlung entziehen.

von Werner Hülsmann ● Auch in Deutschland ist die Speicherung der Telekommunikations-Verkehrsdaten auf Vorrat (kurz: Vorratsdatenspeicherung) nun beschlossene Sache. Am 09.11.2007 hat der Bundestag einem entsprechenden Gesetz zugestimmt, am 30.11.2007 der Bundesrat. Festnetz- und Mobilfunkanbieter müssen ab dem 01.01.2008 für sechs Monate speichern, wer mit wem, wie lange telefoniert hat. Dabei sind auch erfolglose Gesprächsversuche (besetzt, niemand erreichbar) zu speichern. Beim Mobilfunk sind zusätzlich die eindeutige Gerätenummer (IMEI=International Mobile Equipment Identity) und die beteiligten Funkzellen zu speichern. Bei der Versendung von SMS (Short Message Service= Kurznachrichtendienst) und MMS (Multimedia Nachrichtendienst) muss Absende- und Empfangsdatum und -uhrzeit gespeichert werden.

Internetzugangsanbieter, E-Mail- und Internettelefoniedienstleister müssen spätestens ab dem 01.01.2009 die Verkehrsdaten speichern, sie dürfen es aber schon ab dem 01.01.2008. Internettelefoniedienstleister müssen ergänzend die IP-Nummer (Internetprotokoll-Adresse) des anrufenden und des angerufenen Anschlusses speichern. Internetzugangsanbieter müssen für sechs Monate speichern, wer wann welche IP-Nummer für den Zugang zum Internet erhalten hat. Dienstleister, die E-Mail-Dienste für die Öffentlichkeit anbieten, müssen die E-Mail-Adressen bzw. die Postfachkennung von Absender und Empfänger sowie die IP-Nummern des Absenders bzw. des Empfängers speichern. Beim Zugriff auf das Mailpostfach wird dessen Kennung und die IP-Nummer des Abrufenden gespeichert. In Verbindung mit der IP-Nummern-Speicherung bei den Internetzugangsanbietern kann damit auch für jede E-Mail nachvollzogen werden, wer wann wem eine E-Mail gesendet hat und wann sie von wem abgerufen wurde.

Anonymisierungsdienste, wie sie u.a. auch vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein betrieben werden, werden faktisch unmöglich, da diese die von ihnen vorgenommenen Änderungen der Verkehrsdaten protokollieren und ebenfalls für sechs Monate speichern müssen. Damit können die Stellen, die auf die Verkehrsdaten zugreifen dürfen, die Anonymisierung aufheben.

Wer hat wann Zugriff auf die gespeicherten Daten?

Die Verkehrsdaten dürfen gemäß § 113b TKG-Neu (TKG = Telekommunikationsgesetz) zu folgenden Zwecken verwendet werden:

1. zur Verfolgung von Straftaten,
2. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder
3. zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes,

sofern in den entsprechenden Gesetzen ein Verweis auf diesen Paragraphen enthalten ist. In der Strafprozessordnung enthält der neugefasste § 100a Abs. 2 eine Aufzählung mit 39 Straftatbeständen, bei denen ein Zugriff auf die gespeicherten Verkehrsdaten zulässig ist. § 100b StPO-Neu (StPO =Strafprozessordnung) regelt für Strafverfolgungsbehörden den Richtervorbehalt, der aber bei »Gefahr im Verzuge« von der zuständigen Staatsanwaltschaft durchbrochen werden kann. Die Gesetze, mit denen die Geheimdienste Zugriff auf diese Daten erhalten, sehen keinen Richtervorbehalt vor.

Überwachung gefährdet die Demokratie

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Volkszählungsentscheidung vom 15.12.1983 nicht nur das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** aus den Grundrechten der Verfassung abgeleitet, sondern auch einer Datenspeicherung auf Vorrat eine klare Absage erteilt. Darüber hinaus hat es bereits auf die Gefahren einer immer stärkeren Überwachung hingewiesen:

Das schwarz-rot-goldene Trojanische Pferd symbolisiert das geheime Eindringen von Behörden in private PCs. Es sollte auf der Cebit 2007 (Messe für Informationstechnik) vom Chaos Computer Club dem Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen verliehen werden. Denn NRW hat als erstes Bundesland die rechtliche Grundlage für den Trojaner-Einsatz verabschiedet. Das Standpersonal aber war vor der Überreichung des Negativpreises entschwunden.

»Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8, 9 GG) verzichten.« Ein solcher Verzicht aber wäre eine große Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Eine Demokratie ist nur so gut, wie die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Grundrechte wahrnehmen. Und da die Vorratsdatenspeicherung von der Organisierten Kriminalität und vom Internationalen Terrorismus umgangen werden kann, führt sie nicht zu mehr Sicherheit.

Weitere Schritte in die Überwachungsgesellschaft

Auf EU-Ebene wurde – ebenfalls am 09.11.2007 – beschlossen, dass künftig in Europa die Fluggastdaten für 13 Jahre – immerhin zwei Jahre weniger als in den USA – gespeichert werden sollen.

Auch der »Bundestrojaner« stellt einen weiteren Schritt in den Überwachungsstaat dar. Durch entsprechende Software soll u.a. das BKA in die Lage versetzt werden, PCs online zu durchsuchen und auch zu überwachen. Ein derartiger Eingriff – gerade auch in private PCs – stellt aber einen unverhältnismäßigen und damit verfassungswidrigen Grundrechtseingriff dar.

Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung

Bereits seit 2004, als die ersten Pläne zur EU-weiten Vorratsdatenspeicherung öffentlich wurden, hat sich europaweit Widerstand gegen dieses Vorhaben geregt. European Digital Rights (EDRi), ein europaweit agierender Dachverband, hat bereits 2004 eine große Unterschriftenaktion durchgeführt und gegenüber der Europäischen Kommission eine ablehnende Stellungnahme abgegeben.

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Auch in Deutschland hat sich Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung formiert. Im Dezember 2005 wurde der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (www.vorratsdatenspeicherung.de) von Aktiven u.a. aus Chaos Communication Club, FoeBuD, Netzwerk Neue Medien, Humanistische Union und STOP1984 am Rande des Chaos Communication Congress gegründet. Bereits kurz nach der Gründung stiegen weitere Vereine, wie das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e.V., in den AK ein. Neben zentralen und dezentralen Demonstrationen hat der AK eine Massenverfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung organisiert. Dieser haben sich bisher über 15.000 BürgerInnen angeschlossen. Damit wird es die größte Massenverfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies zeigt, dass der Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung und die immer stärker ausufernde Überwachung eine breite Basis in der Bevölkerung hat und nicht nur von den üblichen AktivistInnen getragen wird.

Jetzt, zwei Jahre später, gehören dem AK über 1.200 »Mitglieder« in etwa 60 Ortsgruppen an. Zwar unterstützen nach wie vor viele Mitglieder aus Vereinen, Verbänden und Initiativen den Arbeitskreis, aber ein sehr großer Teil der Aktiven des AKs sind bislang nicht in Bürgerrechtsvereinen und Initiativen organisiert. Sie alle eint der Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung. Dabei hat der Arbeitskreis keine festen Organisationsstrukturen. Es gibt weder eine formale Mitgliedschaft im Arbeitskreis, noch einen gewählten Vorstand oder gewählte SprecherInnen. Es gibt dagegen Menschen, die sich für bestimmte Aufgaben verantwortlich fühlen, beispielsweise Presseanfragen oder Fragen zur Verfassungsbeschwerde zu beantworten. Andere kümmern sich mehr um technische Dinge, wie Mailinglisten und Webseiten, wieder andere sind in erster Linie in ihrer Ortsgruppe aktiv.

Entscheidungen des AK werden entweder einvernehmlich auf der Mailingliste getroffen oder aber im WIKI (1) abgestimmt. Selbst die großen Aktionen werden überwiegend virtuell, d.h. über Mailinglisten und WIKI, vorbereitet. Die Möglichkeiten des Internets stellen eine wichtige Voraussetzung für den Arbeitskreis dar. Ohne die Arbeit der Ortsgruppen geht es allerdings auch nicht, so hätte ohne die große Unterstützung durch die Berliner Ortsgruppe die Demonstration am 22.09.2007 (daran beteiligten sich 15 000 Menschen) nicht vorbereitet und durchgeführt werden können. Viele Ortsgruppen arbeiten nicht nur virtuell zusammen, sondern treffen sich auch regelmäßig.

Demonstration am 24.11.2007 in Köln Foto: arbeiterfotografie.com

Die Dynamik der Entwicklung des AKs überrascht dabei nicht nur langjährige aktive Mitglieder der unterstützenden Vereine und Organisationen, sondern manchmal auch die Aktiven selbst. Die Bonner Ortsgruppe beispielsweise hat sich erst Ende Oktober gebildet und bereits zwei Wochen später am 06.11.2007 erfolgreich mit einer eigenen Kundgebung und anderen Aktionen an den dezentralen Aktionen des AKs vor der Bundestagsentscheidung teilgenommen. Wäre eine der AnsprechpartnerInnen dieser Ortsgruppe noch Anfang Oktober gefragt worden, ob sie sich vorstellen können, eine Demonstration zu organisieren, so wäre die Antwort vermutlich nein gewesen. Die Empörung über die geplante Vorratsdatenspeicherung führte dann aber dazu, dass sich in Bonn und an vielen anderen Orten Leute zusammen setzten und nicht sagten »Da muss was getan werden« sondern wussten »Wir müssen aktiv werden« und auch entsprechend handelten.

Auch wenn das Gesetz nun beschlossen wurde, geben die Aktiven nicht auf. Neben der Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung sind auch schon innerhalb des AK Arbeitsgruppen zur Onlinedurchsuchung gegründet worden. Andere AGs im AK werden sich weiteren Themen, wie beispielsweise der Fluggastdatenspeicherung auf Vorrat annehmen. Es gibt viel zu tun: Mach mit!●

www.vorratsdatenspeicherung.de

1) Ein **Wiki** (Hawaiianisch für »schnell«) ist laut der selbstorganisierten Internet-Enzyklopädie »Wikipedia« eine Sammlung von Intranet – oder Internetseiten (also eine Website), die von den Benutzern nicht nur gelesen, sondern auch in Echtzeit online geändert werden kann. Wikis ermöglichen es, dass verschiedene Menschen gemeinschaftlich an Texten arbeiten (Autorengemeinschaft). Neben der Autorenschaft besteht die Mitarbeit bei Wikis oft auch in der redaktionellen Mitarbeit.

Dipl. Informatiker Werner Hülsmann, Konstanz, ist selbständiger Datenschutzberater und u.a. als Vorstandsmitglied des FIfF (www.fiff.de) im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (www.vorratsdatenspeicherung.de) aktiv

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Richtig anonym und komfortabel geht's wohl nur mit der Bahncard 100. Freie Fahrt für reiche Bürger, auch auf der Datensammelbahn – sollte man meinen. Einmal 3.400 Euro bezahlen, einsteigen und einfach fahren, ohne Fahrkartenkauf, ohne Internetgeklicke, ohne fummelige Zettelwirtschaft. Aber auch hier lauert die Datenkrake in ihrem perfiden Versteck: In der Karte ist heimlich ein RFID-Schnüffelchip integriert. Der Chip kann, vom Benutzer unbemerkt, per Funk ausgelesen werden. Einem Kunden gegenüber, der eine Bahncard 100 ohne Chip wollte, gab der Datenschutzbeauftragte der Bahn (nach unserem Telefonat) die Auskunft, dass der Chip nicht aktiviert sei. Dennoch meldet sich der Chip an jedem Lesegerät, das nach dem gleichen Standard arbeitet. Wären die Lesegeräte bereits so flächendeckend verbreitet, wie sich das die Industrie noch 2003 vorgestellt hatte, wäre die Bahncard 100 letztendlich eine Art Wanze, die durch ihre eindeutige Nummer den Standort der Kartenbesitzerin mitteilt. Solche Daten gehören nicht freigelassen! Zumindest haben die Benutzer ein Recht darauf, zu wissen, was sie mit sich herum tragen. Ich habe extra noch einmal alle Newsletter der Deutschen Bahn AG seitdem durchgesehen. Bis heute kein Wort. Gar nichts.

Wo geht die Reise hin? Ab Anfang November 2007 geht ein neues Abrechnungssystem in den Pilotversuch. Die Testpersonen bekommen spezielle neue Handys. In diesen Geräten werden alle Mobilfunk-Funkzellen auf dem Fahrweg gespeichert. Zu Beginn und Ende einer Fahrt funken diese Handys ihre Daten an die Bahn AG. Bessere Bewegungsprofile kann es kaum noch geben So werden mehr und immer mehr Daten angehäuft; die Sensibilität für Datensparsamkeit muss immer wieder erst von Datenschutzbeauftragten angemahnt werden, bevor die Tentakel eingezogen werden. Bei Zugverspätungsgutscheinen und Fahrkartenrückerstattungen musste erst ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden, bevor die Bahn davon absah, bei Erstattungen persönliche Daten in Hülle und Fülle abzufragen.

10.000 Fahrkartenautomaten gibt es in ganz Deutschland, 10.000 Automaten, die alle gleichgeschaltet am großen Zentralrechenzentrum hängen. 10.000 Automaten, die zusammen mit ihren Spießgesellen, den am Internet angeschlossenen Heim-PCs, Daten saugen und ihren Herren ausliefern.

Anschluss verpasst, Herr Mehdorn! Herzlichen Glückwunsch Deutsche Bahn AG zum BigBrother-Award 2007.●

BIOMETRIE

Ende der Privatsphäre?

Misstrauenserklärung an die Bevölkerung

»Mit der Biometrie fasst man keine Terroristen; die haben meist echte Papiere und lassen sich selten kontrollieren.«
Benedikt Ahlers, Abteilungsleiter Grenzkontrollsysteme bei der Bundesdruckerei, 2002

»Der Weg zur »Volksbiometrisierung« ist... noch nicht zu Ende gegangen, er zeichnet sich jedoch schon ab. Das nächste große Verbrechen könnte schon zum Anlass genommen werden, die bisherigen Beschränkungen zu beseitigen.«
Hansjürgen Garstka, ehemaliger Berliner Datenschutzbeauftragter

(...)
Unter souveräner Missachtung von Parlamenten und Datenschützern boxte Otto Schily sein antiterroristisches Lieblingsprojekt auf EU-Ebene durch – am Bundestag vorbei, ohne demokratische Transparenz und Legitimation, aber auch ohne jegliche öffentliche Debatte über Nutzen und Risiken der Biometrie. Statt das Parlament über die Folgen für Datenschutz und Bürgerrechte entscheiden zu lassen, forcierte er eine Verordnung des EU-Rates, die im Dezember 2004 erlassen wurde, unmittelbare Rechtswirkung in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union hat und damit fast 500 Millionen EU-Bürger betrifft.

Über die EU-Schiene brachte es Schily fertig, das bundesdeutsche Passgesetz (und Personalausweisgesetz) zu umgehen, das im Zuge der Antiterrorgesetzgebung zwar bereits biometrische Daten in Ausweispapieren legalisierte, aber zur konkreten Festlegung solcher Daten ein neues Gesetz fordert (§ 4 PassG). Und die Bundesregierung preschte auch noch als erstes EU-Land mit der Umsetzung vor und sicherte sich so die europäische Führungsrolle in Sachen Biometrie. Begründet worden ist die Biometrisierung auch mit den neuen Anforderungen der USA an Identifizierungspapiere. Damit beugte sich die Bundesregierung in vorauseilendem Gehorsam den Antiterrorvorstellungen der USA, die auf die europäischen Staaten tatsächlich erheblichen Druck ausgeübt hatten.

Unter anderem für dieses Biometrieprojekt und seine undemokratische Durchsetzung ist Otto Schily 2005 mit dem Big-Brother-Award ausgezeichnet worden. Aber nicht allein die Jury hielt Schilys selbstherrlichen Akt für zutiefst undemokratisch, sondern auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar. Als dieser die übereilte Einführung des ePasses durch die europäische Hintertür kritisierte und ein umfassendes Sicherheitskonzept zum Schutz der Daten forderte, bezichtigte ihn Schily kurzerhand des Amtsmissbrauchs. Es liege nicht in Schaars Kompetenz, über Sinn und Zeitpunkt der Einführung biometrischer Merkmale zu befinden, und empfahl ihm gebieterisch »mehr Zurückhaltung«.

Mit diesem selbstgerechten Angriff auf die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten wollte Schily offenbar einen fachkundigen Kritiker in seinem damaligen Verantwortungsbereich zum Schweigen bringen. Doch es gehört zu den Pflichten eines Datenschutzbeauftragten, die betroffene Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass bis dahin keine transparente Risikoanalyse existierte, um Missbrauchspotentiale und Systemanfälligkeiten der Digital-Biometrie in Ausweisen überhaupt einschätzen zu können. Im Übrigen bezeichnete eine Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik die neue Technologie noch 2004 als weder praxistauglich noch ausgereift.

Schwarze Liste Datenschutz

Unter der Internetadresse www.datenschutzverein.de/schwarze_liste.html findet mensch interessante Informationen über Firmen und Behörden, die sich weigern, den Anforderungen der Datenschützer nachzukommen bzw. auf solche schlicht nicht reagieren. Darunter sind: die Deutsche Bank, die Volkswagen AG, Neckermann, die Stadt Wuppertal, Sony, die Telekom, das Rote Kreuz ... Eigene Beobachtungen über Datenkrakereien können eingegeben werden.

Mangelhafte Funktionsfähigkeit

Dieses Verdikt betrifft beide biometrischen Merkmale: So ist die (berührungslose) Gesichtserkennung in der Tat stark fehlerbehaftet und kann zu Verwechslungen führen, allein schon bei unterschiedlichen Lichtverhältnissen oder weil sich Gesichter im Laufe der Jahre naturgemäß erheblich verändern – durch Älterwerden, (Gewichtszu- oder -abnahme, Bartwuchs, Brillen, Schönheitsoperationen usw.) Die charakteristischen Merkmale eines Gesichts variieren im Lauf eines Lebens bis zu 35 Prozent. Bei der Gesichtserkennung vermisst eine Kamera in Sekundenschnelle zahlreiche markante Punkte und vergleicht diese Berechnungen auf elektronischem Wege mit dem digitalen Pixel-Foto, das auf dem RFID-Chip des Passes gespeichert ist. Der Vergleich dieses Fotos erfolgt entweder mit dem Videobild vor Ort, das bei einer Identitätsfeststellung oder Kontrolle vom Passinhaber aufgenommen wird oder aber per Datenabgleich mit digitalen Gesichtsbildern in Datenbanken (oder aber mit Videoaufnahmen aus dem öffentlichen bzw. privaten Raum).

Auch die Funktionsfähigkeit der Fingerabdruckerkennung ist fehlerbehaftet: Die Erkennung erfolgt ebenfalls vor Ort per elektronischem Abgleich des abzuliefernden Fingerprints mit dem digitalisierten Fingerabdruck auf dem Pass-Chip (oder mit den Fingerabdrücken in einer Fahndungsdatei). Doch schon durch eine einfache Narbe an der Fingerkuppe ist die Funktionsfähigkeit nicht mehr gewährleistet. Experten schätzen, dass zwei bis fünf Prozent der Bevölkerung über keinen signifikanten Fingerabdruck verfügen – etwa Menschen über siebzig Lebensjahre, deren Fingerkuppenstruktur schwächer ausgeprägt ist. Da versagen auch hoch empfindliche Scanner. So scheiterte etwa die Versuchsidentifikation des seinerzeit 70-jährigen Otto Schily dreimal, als er in seiner Funktion als Bundesinnenminister das neue Verfahren publikumswirksam demonstrieren wollte. Auch starke körperliche Arbeit, verschmutzte oder eingecremte Fingerkuppen, Schwellungen und Wunden führen zu Fehlermeldungen. Solche Widrigkeiten des Lebens haben zur Folge, dass die Fingerabdrücke eines großen Teils der Bevölkerung nicht vom Computer ausgewertet werden können. EU-weit könnten knapp zehn Millionen Personen betroffen sein.

Es steht also zu befürchten, dass täglich Tausende Menschen etwa auf Flughäfen zurückgewiesen, in ihrer Reisefreiheit beschränkt oder verschärft mit allen Schikanen kontrolliert werden, weil ihre Fotos oder Fingerabdrücke von der Software nicht akzeptiert werden oder einem Vergleich mit dem Original nicht standhalten. Solche Personen kommen in Rechtfertigungszwang, schlimmstenfalls geraten sie unter einen bösen Verdacht.

Gebrauchs- und Missbrauchspotential

Biometrische Ausweise mit Funkchips sind zudem stark missbrauchsanfällig: So können die biometrischen Daten an allen Kontrollstellen mit Lesegeräten im In- und Ausland ausgelesen und in Datenbanken gespeichert werden – ohne dass die Betroffenen wissen, wer auf die sensiblen Daten Zugriff hat und wofür sie anschließend verwendet werden. Das kann insbesondere in Staaten zum Problem werden, für die Menschenrechte und Datenschutz eher Fremdworte sind. Es ist jedenfalls nicht zu verhindern, dass etwa China, Russland, Iran, aber auch die USA die Daten auslesen und in eigene Dateien übernehmen.

Nicht nur Polizei und Grenzkontrollstellen, sondern auch unbefugte Dritte könnten Reise- und Bewegungsprofile argloser Passinhaber anfertigen, denn selbst das kontaktlose und daher unbemerkte Auslesen der RFID-Chips per Funk aus einer Entfernung von mehreren Zentimetern oder auch wenigen Metern ist trotz Zugriffschutzes nicht auszuschließen – es sei denn, man packt den Ausweis in eine Alu-Schutzhülle, wie sie von der Datenschutzinitiative FoeBuD e.V. in Bielefeld angeboten wird.

Zwar konnten die Grünen im Bundestag während der rot-grünen Regierungszeit Schilys ursprünglichen Plan, alle biometrischen Daten in einer Zentraldatei zu speichern, noch verhindern – und damit eine wohl verfassungswidrige »Volksdaktyloskopie«. Unfreiwillige Vorläufer für die Zentralspeicherung sind übrigens längst schon Asylbewerber und andere Migranten. Doch abgesehen davon, dass eine solche Zentralspeicherung auch im Fall der biometrischen Ausweisdaten der gesamten Bevölkerung technisch kein Problem wäre (und wohl nach einem neuerlichen Anschlag alsbald durchgesetzt wird), können auch dezentrale Speicherungen, die gesetzlich nicht ausgeschlossen sind, erhebliche Risiken bergen: Mit geringem Mehraufwand könnten die biometrischen Passdaten aus dezentralen Referenzdateien automatisch mit den Fahndungsdateien AFIS oder Eurodac und mit Fingerabdrücken von Straftätern und Verdächtigen abgeglichen werden, aber auch mit Fingerabdrücken, die an irgendwelchen Tatorten – etwa eines Mordes oder eines Attentats – gefunden werden. Auf diese Weise könnten dann auch völlig unbescholtene Personen, von denen (zufällige) Spuren am Tatort gefunden werden, in einen Tatverdacht per Computerausdruck geraten, die dann gegenüber den Ermittlern ihre Unschuld nachzuweisen hätten.
(...)●

Aus: Rolf Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der »Heimatfront«. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2007, 288 Seiten, 17 Euro

Demo »Freiheit statt Angst«, Berlin 2007 Foto: indymedia

INFO

Biometrie:
In der Sicherheitstechnik gilt Biometrie als Synonym für das Erkennen/Identifizieren von Personen mittels deren persönlichen körperlichen Merkmalen. Diese gelten als so eindeutig, dass sie nur ein und derselben Person zugeordnet werden können – also etwa Fingerabdrücke, Handgeometrie, Gesichtsbilder Gesichtsgeometrie), Augenmerkmale (Iris), DNA, aber auch Stimmen und Motorik/Verhalten.

Beispiel Gesichtsbild: Über ein biometrisches Verfahren werden Kopfform und Gesichtszüge, die oberen Ränder der Augenhöhlen, bestimmte Bereiche des Kiefernknochens und des Mundes, Muskeln, Falten und sonstige Merkmale analysiert. Erfassung und Vergleich der charakteristischen Gesichtsmerkmale erfolgt mit Hilfe spezieller mathematischer Algorithmen. Die Speicherung der spezifischen Parameter des Gesichts, sogenannten Templates, erfolgt auf einem RFID-Funkchip – genauso wie die erfassten Minutien, d.h. charakteristische Merkmale der Fingerkuppe bei den Fingerprints.

RFID (Radio Frequency Identification):
Kleindatenspeicher, der die aufgespeicherten Daten mittels Antenne an ein Lesegerät sendet. Die RFID-Funkchips werden nach Herstellung gegen Löschen oder Ändern der Daten versiegelt. Sie sind aber anfällig für mechanische Belastung (Knicke, Abschürfung) oder auch für hohe Energien, wie z.B. Mikrowellen. Die Ausweisdokumente bleiben allerdings auch mit defektem Chip gültig. RFID-Chips werden nicht nur in biometrischen Ausweispapieren, in Fußball-WM-Tickets und in der Warenlogistik eingesetzt, sondern können auch subkutan, also unter die Haut gespritzt werden, um besonders gesicherte Schließanlagen automatisch zu öffnen, Passwörter zu speichern und zum Einloggen auszusenden. Seit dem 11.9.2001 wird verstärkt an Lösungen gearbeitet, um Personen jederzeit und überall mit Hilfe von implantierten Minichips (implantierter Ausweis) identifizieren und orten zu können.

Anzeige

Anzeige

»Das ist das Buch, auf das man schon längere Zeit gewartet hat: Gössner schreibt kompakt, verständlich und sehr informiert über die Tendenz der neueren Gesetzgebung, die zur Aushöhlung der einstmals als selbstverständlich erachteten Bürgerrechte führt.« *Scheinschlag* 5/07

»Rolf Gössner verhilft dem Leser nicht nur zu einem Überblick über die gesetzlichen Vorgaben und ermittlungs- wie vollzugstechnischen Methoden des modernen Sicherheitsstaates, er analysiert auch die innere Logik und politische Konsequenz eines Ermächtigungsstrebens, dem die dagegen gerichteten verfassungsrechtlichen Dämme immer weniger gewachsen sind. ... Die Lektüre dieses Buches ist jedem zu empfehlen, den diese Entwicklung mit Sorge erfüllt und der sich der technischen wie juristischen Komplexität der Staatsschutzphalanx nicht ohnmächtig ausliefern will.« *Schattenblick* 16.5.07

ISBN 978-3-89458-252-4
288 Seiten, broschiert
€ 17,–, SFr 29,50

KONKRET LITERATUR VERLAG

WAHLCOMPUTER

Ende der Privatsphäre?

Vertrauen ist gut, Kontrolle nicht möglich

Anfang Oktober 2006 ist es öffentlich vorgeführt worden: Die niederländische Stiftung »Wij vertrouwen stemcomputers niet« und der Chaos Computer Club (CCC) zeigten gemeinsam, dass einfach durchführbare Manipulationen an NEDAP-Wahlcomputern das Wahlergebnis verfälschen können. In beiden Ländern wurden zu dieser Zeit Wahlcomputer für demokratische Wahlen eingesetzt. Während jedoch in den Niederlanden nach einem Jahr die manipulationsanfälligen Computer aus dem Verkehr gezogen und die Zulassung entzogen wurden, stellt sich die deutsche Situation ganz anders dar – hier dürfen sie noch immer verwendet werden.

Von Constanze Kurz, CCC ● Nach Kenntnisnahme der Unsicherheiten mochte zwar anfangs der Leiter der für die Prüfung der Wahlcomputer zuständigen Abteilung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) keinerlei praktische Möglichkeiten zur Manipulation von Wahlen erkennen. Einige Wochen später musste er allerdings doch einräumen, dass die NEDAP-Wahlcomputer manipulierbar sind. Er bestätigte damit die Untersuchungen des CCC, dennoch werden alle 1.850 Computer bis heute weiterhin in Städten und Gemeinden bei Wahlen eingesetzt. Die Verwendungsgenehmigung könnte zwar »verweigert werden, wenn Umstände bekannt werden, die die Sicherheit [...] fraglich erscheinen lassen«, aber die Politik sah dazu keinen Anlass. »Die Bundesregierung hält an ihrer Aussage fest, dass die fraglichen Wahlgeräte hinreichend manipulationssicher sind«, verlautbarte das Bundesinnenministerium im April 2007.

Es stellt sich die Frage, warum noch immer Wahlen mit Wahlcomputern stattfinden, deren Manipulierbarkeit offensichtlich und bewiesen ist. Die Entscheidung wird damit begründet, dass gar kein Wahlmanipulierer Zugriff auf die Computer nehmen könne, die seien nämlich in den Gemeinden absolut gesichert gelagert. Neben der Tatsache, dass viele Wahlbeobachter das Gegenteil festgestellt haben und diese »sichere Aufbewahrung« erst seit dem NEDAP-Hack behauptet wird, spielen solche Bedrohungen durch Außentäter kaum eine Rolle, da Innentäter die wahrscheinlicheren Betrüger sind, wie aus versuchten oder geglückten Wahlmanipulationen in der Vergangenheit geschlussfolgert werden kann. Doch ob sich nun ein parteinaher Rathausmitarbeiter oder ein machtversessener Lokalpolitiker heimlich Stimmen zuschanzen wollen, kann der Wähler durch das Fehlen der nachträglichen Überprüfbarkeit der Auszählung der Stimmen ohnehin nicht nachweisen – eine unabhängige Auszählung ist bei den papierlosen Wahlcomputern gar nicht vorgesehen.

Nicht einmal die Expertenöffentlichkeit kann auf legale Weise Einblick in die technischen Details oder die Prüfung der Computer nehmen. Der Hersteller NEDAP und die PTB halten die technischen Einzelheiten und Prüfberichte der Wahlcomputer geheim, denn das Transparenzgebot für Wahlen steht hinter den Geschäftsinteressen des Herstellers zurück. Erhoben Bürger gegen den Einsatz der Computer in ihren Wahllokalen Einspruch, so wurde dieser daher immer mit ähnlichen Begründungen abgelehnt: Unabhängig von den bekannten Sicherheitslücken im Wahlcomputersystem wird eine konkrete Manipulation der Wahl nicht behauptet, deshalb ist der Einsatz rechtlich nicht zu beanstanden. Wie sollte ein Wähler aber konkrete Anhaltspunkte für Manipulationen auch entdecken, wenn nicht einmal die Wahlhelfer diese aufspüren können? Auch sie können nur glauben, was der Wahlcomputer am Ende der Wahl als Ergebnis ausdruckt.

Cartoon: Kostas Koufogiorgos

Aufdecken könnte also einen solchen Betrug höchstens die Prüfbehörde PTB. Nachdem der CCC mit seiner Analyse der Sicherheit des Wahlcomputersystems die Unzulänglichkeit der Arbeit der PTB aufgezeigt hat, und angesichts der strukturellen Mängel in den Prüfmethoden bei der Bauartzulassung der Wahlcomputer, ist allerdings nicht zu erwarten, dass eine geschickte Manipulation tatsächlich erkannt würde. Die Frage, ob eine entdeckte Wahlmanipulation von der PTB auch öffentlich aufgedeckt würde, erscheint außerdem fragwürdig. Bisher agiert die Prüfbehörde als scheinbarer Handlanger des Herstellers und verteidigt den Einsatz der NEDAP-Wahlcomputer und die Interessen der Herstellers vehement – auch mit dem absichtlichen Kleinreden der tatsächlichen Manipulationsanfälligkeit der Computer.

Der Ablauf von Wahlen ist jedoch mitnichten nur eine Frage der technischen Sicherheit. Das Vertrauen darin, dass der Wähler nachvollziehen kann, was bei der Auszählung in seinem Wahllokal passiert, ist in Deutschland durch das Festhalten der Politik an nachgewiesen unsicheren Wahlcomputern bereits nachhaltig gestört. Die Transparenz des Zustandekommens des Wahlergebnisses ist für die Legitimierung eines Gewählten aber von entscheidender Bedeutung.

Nun steht Deutschland mit Wahlcomputer-Problemen international nicht allein da, zeigen doch besonders die Nachrichten von US-amerikanischen computerisierten Wahlen, welche Folgen das vielschichtige Versagen der Systeme haben kann. Doch ein Umdenken hat in vielen Ländern eingesetzt, manche – wie die Niederlande und Italien – haben bereits konkrete Konsequenzen gezogen. Selbst in den USA wird mittlerweile das Ende der papierlosen digitalen Stimmabgabe gefordert.

Eine Vertrauenskrise aufgrund der mangelnden Transparenz der Computerwahlen ist in Deutschland noch abwendbar, da bisher nur wenige Wähler ihre Stimme digital abgeben. Eine Petition an den Deutschen Bundestag richtete sich bereits Ende 2006 gegen Wahlcomputer. Innerhalb von sechs Wochen zeichneten 45.126 Menschen diese Petition, deren Forderung es ist, den Paragraphen 35 des Bundeswahlgesetzes, der die Stimmabgabe an Computern erlaubt, abzuschaffen.●

REDE BEI DER DEMONSTRATION »FREIHEIT STATT ANGST – STOPPT DEN ÜBERWACHUNGSWAHN«

Der informationelle Käfig

Sie wollen uns einsperren. Sie wollen uns nicht hinter Mauern und Gittern einsperren, sondern in einem informationellen Käfig. Die Freiheit, die uns genommen werden soll, ist nicht unsere Freiheit, zu gehen, wohin wir wollen. Es ist eine viel fundamentalere Freiheit, auf die sie es abgesehen haben: unsere Freiheit zu tun, was uns gefällt, solange wir niemanden anderes schädigen, z.B. geht es um unsere Freiheit, heute hier zu demonstrieren. Um diese Freiheit einzuschränken, erfassen sie uns mit Videokameras, mit Kfz-Kennzeichen-Scannern, mit Telekommunikationsverbindungsdaten einschließlich der Standortdaten unserer Handys, mit unseren Kontodaten.

Sie wollen uns in ein informationelles Gefängnis stecken und behaupten, dass sie es nicht auf unsere Freiheit abgesehen hätten. Sie meinen es angeblich gut mit uns und der Gesellschaft. Das geschehe alles nur zu unserem Schutz, zur Verhinderung, dass andere Steuern hinterziehen, dass andere sich Sozialleistungen erschleichen, dass andere terroristische Anschläge begehen oder Kinder missbrauchen. Es gäbe keinen Grund, den Behörden zu misstrauen. Wohl aber müssten sie uns misstrauen, weil sie nicht sicher sind, ob wir nicht vielleicht auch Steuerhinterzieher, Sozialschmarotzer oder gar Terroristen sind. Weil sie nicht in unsere Gedanken hineinschauen können, schauen sie fürsorglich dauernd zu, was wir tun. Wir sollten uns – bitteschön – nicht in unseren Freiheiten eingeschränkt fühlen. Wer nichts zu verbergen habe, habe auch nichts zu befürchten.

Politiker wie der Bundesinnenminister haben offensichtlich keine Vorstellung davon, dass sie uns informationell in diesen unsichtbaren Käfig sperren. Sie können sich angeblich nicht vorstellen, dass wir uns in unserer Kommunikationsfreiheit beschränkt fühlen, wenn sie wissen, wann wir mit wem von wo aus wie kommunizieren. Ihr Sensorium für Freiheit haben sie aber nicht verloren, zumindest in Bezug auf ihre eigene Freiheit. So fühlten sich viele Bundestagsabgeordnete in ihrer Freiheit eingeschränkt, als sie verpflichtet werden sollten, uns mitzuteilen, wie viel 1.000 Euro sie zusätzlich von privaten Auftraggebern neben ihrer Volksvertretertätigkeit bekommen, nur ganz grob, nicht genau wie beim Kfz-Kennzeichen-Scanning oder bei der Vorratsdatenspeicherung: nicht wann, wo, wohin, mit wem genau – sondern nur grob: wie viel Tausende Euro zusätzlich zu den staatlichen Tausenden. (...)

Seit 'zig Jahren fordern Datenschützerinnen und Datenschützer, dass heimliche Überwachungsmethoden und Jedermannkontrollmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit für das angestrebte Ziel hin überprüft werden, bisher fast ohne Erfolg. Sie behaupten: Wenn auch nur eine Vergewaltigung oder ein Anschlag verhindert werde, so habe sich die Überwachung gelohnt. Diese Logik ist absoluter Unsinn: Nach ihr muss es immer mehr Menschenkontrolle geben, da immer noch Straftaten geschehen. Straftaten, inclusive terroristische Anschläge werden in unserer Risikogesellschaft auch in Zukunft nie ausgerottet werden können. Die Logik vieler Überwacher ist tendenziell maßlos und totalitär.

Vorratsdatenspeicherung, extensive Videoüberwachung, Kfz-Kennzeichenkontrolle, flächendeckende Kontodatenabfragen – all das bringt nicht mehr Sicherheit. All das ist vielmehr ein Sicherheitsrisiko. Die inflationären Forderungen danach durch unseren Verfassungsminister Schäuble sind ebenso ein Sicherheitsrisiko (...) Dass die Forderungen und Maßnahmen aus der Bundesregierung regelmäßig nichts für unsere Sicherheit bringen, können wir anschaulich in den USA oder in Großbritannien studieren: Dort ist nicht nur die Überwachungsdichte höher als bei uns in Deutschland, sondern auch die Kriminalität und der Terrorismus. In Großbritannien beobachten über 4 Millionen öffentliche Videokameras die Bevölkerung, und dennoch stellt sich keine Ruhe ein, nicht einmal die Friedhofsruhe einer Nachtwächtergesellschaft. Dort werden schon Kinder mit ihrem genetischen Fingerabdruck erfasst und ihre Entwicklungsdaten werden ausgewertet, um frühzeitig Gefahren und Defizite festzustellen. Tatsächlich werden aber damit die Gefahren und Defizite für die Kinder nur erhöht. In Großbritannien werden sie angesichts dieses Klimas von Kontrolle und Bevormundung weniger zu freien Menschen erzogen, als zu Neurotikern, Duckmäusern, Biedermännern, Mitläufern und Egoisten – und damit zu potenziellen Kriminellen.

Demonstration am 24.11.2007 in Köln Foto: arbeiterfotografie.com

Wir wollen eine solche Gesellschaft nicht. Unser Grundgesetz verbietet eine solche Gesellschaft. Wir haben mit dem Nationalsozialismus und dem real existierenden DDR-Sozialismus erlebt, wohin uns Überwachungsgesellschaften bringen können. Der real existierende Überwachungswahn bringt keine Gerechtigkeit, keine Sicherheit, weder subjektiv noch objektiv.

Es gibt aber keinen Anlass zur Resignation: Übermäßige Überwachung muss nämlich nicht Aggression und Depression auslösen, sie kann auch Kritik und Widerstand auslösen. Und genau diesen Effekt haben die jüngsten verfassungsfeindlichen Überwachungsbestrebungen. Deshalb bin ich auch für die Zukunft optimistisch: die Visionen einer präventiven Kontroll- und Überwachungsgesellschaft werden verstärkt von den Menschen abgelehnt und sie sind immer vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen worden. Ich habe die begründete Hoffnung, dass auch im europäischen Ausland diese Entwicklung einsetzt und vom Europäischen Gerichtshof gestärkt wird. Und ich habe die Hoffnung, dass auch die politischen Entscheidungsträger verbal und in ihrem Handeln einsehen, dass Sicherheit nicht gegen den Datenschutz erreicht werden kann, sondern nur mit ihm.

Datenschutz, das bedeutet Transparenz und Kontrolle der Kontrolleure, das bedeutet Berechenbarkeit und Zweckbindung, das bedeutet Datensparsamkeit und Schutz des Kernbereichs unseres persönlichen Lebens. Datenschutz bedeutet vom Staat grundsätzlich in Ruhe gelassen und nicht bevormundet zu werden. Datenschutz bedeutet letztendlich Freiheit und damit auch die Möglichkeit und die Erwartung, individuell Verantwortung zu übernehmen. Wir können unseren Sicherheitspolitikern versichern, dass wir die Verantwortung für unsere gemeinsame Sicherheit übernehmen, aber auch für eine möglichst überwachungsfreie Gesellschaft. Nur wenn wir nicht eingesperrt sind, auch nicht in den nicht direkt sichtbaren Käfig informationeller Überwachung, können wir alle unseren Beitrag für eine freie und sichere Gesellschaft leisten. Und das wollen wir tun. Deshalb sind wir heute hier.●

Rede des Leiters des Unabhängigen Landeszentrums Schleswig-Holstein, Thilo Weichert, auf der Zwischenkundgebung der Demonstration »Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn« am Samstag, den 22.9.2007 in Berlin (leicht gekürzt).

BIG BROTHER BATTLE

Polizeiterror gegen Tor Exit Router Betreiber

Gegen den Düsseldorfer Alexander wird als »Tor Ausgangsknoten Betreiber« (siehe Kasten auf dieser Seite) ermittelt. Vorher war er schon als potentieller Sprengstoff-Attentäter ins Fadenkreuz des BKA geraten.

Kai Raven ● Am 29. Juli 2007 klopfte es gegen 00:15 Uhr an Alexanders Tür, vor der Tür stand ein Polizeiteam mit Durchsuchungsbefehl. Man legte ihm sofort Handschellen an und setze ihn in seine Küche, während ein Durchsuchungsteam die komplette Wohnung, vom Arbeitszimmer bis zu den Kleiderschränken, und sein Auto durchsuchte.

Wie Alexander schreibt, fanden die Polizisten besonders seine alten Chemiebücher, Pflanzendünger und technische Bauteile interessant, weil sie dem Verdacht der Polizisten entgegenkamen, einen Bombenleger vor sich zu haben.

In der Küche erklärten ihm die Polizisten, er würde verdächtigt, in dem Polizisten-Webforum copzone.de eine Bombendrohung gegen eine ARGE Arbeitsagentur gepostet zu haben. Alexander kam natürlich sofort der Missbrauch seines *Tor*-Ausgangsknotens in den Sinn und er versuchte, den Polizisten in einer Kurzfassung zu erklären, dass er der Betreiber eines *Tor-Exit-Servers* sei, der sich gar nicht in den Räumen befindet, sondern in einer anderen Stadt (und der übrigens kurioserweise nicht wie seine Rechner beschlagnahmt wurde) und was *Tor* ist. Er zeigte den BeamtInnen zur Bestätigung seiner Erklärungen auch seinen Briefwechsel mit dem BKA, was diese allerdings ignorierten. Sie verwiesen auf ein Forensikteam, das sich das alles näher anschauen würde.

Nach einer halben Stunde wurden ihm die Handschellen abgenommen. Sein Büroraum bekam ein neues Schloß, für das er auch noch selbst die Kosten übernehmen soll. Nach der Durchsuchung brachte man ihn zum Polizeipräsidium Düsseldorf, wo er für mehrere Stunden verhört wurde und nochmals vergeblich sein Engagement als *Tor-Server-Betreiber* und das *Tor*-Netzwerk erklärte.

Wie er in der *Tor-Mailingliste* weiter schildert, hatte ihn ein Polizeibeamter auch gefragt, ob er denn beweisen könne, dass der Datenverkehr ins Polizistenforum wirklich von seinem *Tor*-Server und einem anderen *Tor*-Nutzer kam und nicht doch von ihm selbst, der jetzt behaupten könne, dass sei ein fremder Nutzer seines *Tor-Servers*.

Neben der Unwahrscheinlichkeit, dass ein technisch versierter Krimineller seinen eigenen *Tor-Server* für das Posten von Bombendrohungen benutzt, ist das ein reales Beispiel für die sich im deutschen Präventionsstaat durchsetzende Rechtsauffassung, dass nicht die Strafermittlungsbehörden einem Verdächtigen seine Schuld nachweisen müssen, sondern der Verdächtige solange als schuldig anzusehen ist, bis er selbst seine Unschuld beweisen kann, also kurz das Umkippen des Rechtsprinzips der Unschuldsvermutung.

Später am gleichen Tag kam dann noch ein Beamter der Staatsschutzabteilung der Düsseldorfer Polizei vorbei, um das Schloss am Büroraum wieder zu entfernen.

Die trockene Wiedergabe der Ereignisse an dieser Stelle kann nicht den Schrecken und die Belastung wiedergeben, denen Alexander durch das Vorgehen der Polizei ausgesetzt war, und man kann verstehen, dass Alexander nach diesem zweiten Vorfall für sich und auch seine Frau, die davon mit betroffen ist, die Konsequenz zieht, seinen *Tor-Exit-Server* abzuschalten ... erneut ein *Tor-Exit-Server*, der in Deutschland verschwinden muss.

Entgegen großspuriger und akademischer Aussagen einzelner Personen, unter allen Umständen, »aufrecht und standhaft« zu bleiben, braucht sich meiner Meinung nach keiner der *Tor-Exit-Betreiber*, die so etwas wie Alexander erleben, Selbstvorwürfe machen, es an Zivilcourage mangeln zu lassen. Die haben sie mit ihrem privaten Betrieb eines *Tor-Exit-Netzwerkknotens* schon bewiesen.

Es bleibt noch einmal anzumerken und darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland nicht mehr geboten ist, als Privatperson statt eines *Middleman Tor Routers* einen *Tor Exit Router* zu betreiben, wenn dieser nicht außerhalb Deutschlands auf einem dezidiertem Server läuft und der Betreiber sicherstellen kann, dass er die Dienste des Hosters anonym bezahlen und nutzen kann. Eine zweite Gruppe von Personen mag sich trotz des real-existierenden Überwachungs- und Verfolgungsdrucks dazu bereit finden, in Deutschland weiter *Tor-Exit-Router* zu betreiben, wenn diese mögliche Verfolgungen auf sich nehmen können und in einem Verteidigungs- und Unterstützungsbündnis wie der »German Privacy Foundation« eingebunden sind, die in den Startlöchern steht.

Weitere Tor-»Erlebnisse der anderen Art« sind auf der Seite »Verfolgung von Tor-Ausgangsrouter-Betreibern« aufgeführt, wo auch dieser Beitrag erschienen ist.●

Quelle: http://blog.kairaven.de
Nachdruck unter den Bedingungen laut
http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5

INFO: TOR

Tor ist ein anonymisierendes Netzwerk für TCP-Verbindungen. Es kann für Web-Browsing, Instant Messaging, IRC, SSH, E-Mail, P2P und anderes genutzt werden. Tor schützt seine Nutzer vor der Analyse seines Datenverkehrs. Tor ist ein Akronym und wird mit unterschiedlichen Bedeutungen belegt. Üblich ist die Bezeichnung The Onion Router (zu deutsch: »Der Zwiebel-Router«). Nach den Angaben der Entwickler ist aber auch Tor's Onion Routing gebräuchlich. Das Programm wird meist mit der Kurzform bezeichnet.

Tor befindet sich noch in einer frühen Entwicklungsphase und sollte laut den Entwicklern noch nicht für starke Anonymität im Internet verwendet werden. Trotzdem wird geschätzt, dass weltweit Hunderttausende Nutzer von Tor Gebrauch machen. Die Server befinden sich in privater Hand und jeder Interessierte kann selbst einen Torserver betreiben. Die Architektur ist bereits für DSL-Zugänge ausgelegt, d.h. jeder Nutzer mit DSL kann auch einen Torserver betreiben.

Anonymes Surfen

Die Software basiert auf dem Prinzip des Onion Routing und wurde mit einigen Abwandlungen implementiert:

1. Der Nutzer installiert auf seinem Computer einen Client, den so genannten Onion Proxy. Dieses Programm verbindet sich mit dem Tor-Netzwerk. In der Startphase lädt sich das Programm eine Liste aller vorhandenen und nutzbaren Tor-Server herunter. Diese mit einer digitalen Signatur versehene Liste wird von Verzeichnisservern aufbewahrt, deren öffentliche Schlüssel mit dem Tor-Quellcode geliefert werden, um sicherzustellen, dass der Onion Proxy ein authentisches Verzeichnis erhält.
2. Wenn die Liste empfangen ist, wählt der Onion Proxy eine zufällig gewählte Route über die Tor-Server.
3. Der Client verhandelt mit dem ersten Tor-Server eine verschlüsselte Verbindung. Wenn diese aufgebaut ist, wird sie um einen neuen Server erweitert. Ein Tor-Server kennt jeweils immer seinen Vorgänger und seinen Nachfolger. Tor baut dabei eine Verbindung über genau drei Server auf, um möglichst große Anonymität bei noch akzeptabler Latenz zu erreichen. Der Erfolg hängt dabei davon ab, dass mindestens einer der Server vertrauenswürdig ist und ein Angreifer nicht schon den Anfangs- und Endpunkt der Kommunikation überwacht.
4. Nachdem eine Verbindung aufgebaut wurde, werden über diese Server die Daten versendet. Der letzte Server tritt dabei als Endpunkt der Kommunikation auf. Er wird auch als Exit-Server oder -Knoten (engl. exit node) bezeichnet.

Der oben beschriebene Verbindungsaufbau wird in regelmäßigen Abständen wiederholt. Dies soll den Missbrauch durch Wiedereinspielen von Paketen unterbinden.

Die Pakete innerhalb des Tor-Netzwerkes werden immer verschlüsselt weitergegeben. Erst wenn der Exit-Knoten die Pakete weitergibt, können diese u. U. unverschlüsselt sein, z. B. beim Editieren in der Wikipedia. Daher ist es weiterhin wichtig Verschlüsselung einzusetzen, da der Betreiber eines Exitknotens ansonsten den kompletten Datenverkehr mitlesen kann.

Mehr: http://de.wikipedia.org/wiki/Tor_%28Netzwerk%29

PEER-ÖKONOMIE

Ein Übergangskonzept

In der wertkritischen Linken gibt es eine kleine Gruppe, die darauf verweist, dass es vor allem mit der Freien Software- und Kulturbewegung bereits Ansätze (»Keimformen«) gibt, die auf neue Möglichkeiten jenseits von Ware, Geld, Markt und Staat verweisen. Solche Ansätze werden ihrerseits kritisiert, sie seien auf kopierbare Informationsgüter beschränkt und könnten nicht die Welt der stofflichen Güter erreichen.

Christian Siefkes hat mit der »Peer-Ökonomie« nun ein Konzept vorgestellt, das diesen zentralen Kritikpunkt an den Keimform-Ideen angeht. In seinem englischsprachigen Buch »From Exchange to Contributions« verallgemeinert Siefkes die Prinzipien Freier Software- und Kulturproduktion in die physische Welt.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Menschen bei der Herstellung ihrer Lebensbedingungen Aufwand verausgaben. Während der Kapitalismus den Markt als »Indirektion« verwendet, um die produzierten Güter zu verteilen – wobei vorher gar nicht klar ist, ob sie gebraucht werden oder gekauft werden können –, verteilt die Peer-Produktion nicht die Güter, sondern den Aufwand zu ihrer Herstellung. Dabei wird nur das hergestellt, was auch gebraucht wird – das Verhältnis zwischen Bedürfnissen und Produkten ist »direkt«.

Wie kann das gehen? Hier kommt das Peer-Prinzip ins Spiel. Der Begriff »Peer-Produktion« wurde von Yochai Benkler eingeführt, um die offene und kooperative Produktionsweise freier Informationsgüter zu beschreiben. Individuelle Menschen (»Peers«) arbeiten auf freiwilliger Basis zusammen, und zwar aus einem einzigen Grund: Sie wollen es. Sie leisten Beiträge zu einem Projekt, um es zum Erfolg zu bringen. Intensität, Ausmaß und Dauer bestimmt jede/r selbst. Peer-Projekte wiederum sind auf die Beiträge angewiesen und werden daher alles dafür tun, für die Teilnahme attraktiv zu sein.

Die Peer-Produktion basiert auf den so genannten »Commons«, also Ressourcen ohne Eigentümer, die eine Nutzung kontrollieren könnten. Die Ergebnisse von Peer-Projekten werden in der Regel wiederum Teil der Commons. Physische Produktionsmittel fallen derzeit nicht darunter. Sie sind Privateigentum der Peers, die Beiträge leisten.

»Freie Kooperation« ist eine weitere Grundlage von Peer-Projekten. Zwang als Mittel der Organisation der Produktion existiert nicht, denn es fehlen die Zwangsmittel. Die Teilnahme ist freiwillig und es gibt keine Sanktionen, wenn man ein Projekt verlässt. In Peer-Projekten spielen formaler Status und seine Symbole, aber auch andere Kriterien, wie Gender, Herkunft, Alter etc., keine Rolle. Was zählt, sind die Beiträge, die ein Mensch leistet. Sie bestimmen über die »Reputation«, also das Ansehen und das Vertrauen, dass sich eine/r erwirbt.

Wie lassen sich nun die Bedürfnisse der Produzenten mit denen der Konsumenten koordinieren? Heute können Peer-Projekte funktionieren, weil die Peers über Produktionsmittel verfügen und weil die nichtstofflichen Produkte – sind sie einmal entwickelt worden – nahezu beliebig vervielfältigt werden können. Das gilt für die physische Welt nicht. Peer-Projekte stofflicher Güter müssen für die Entnahme von Gütern, die jeweils neu einen Aufwand zu ihrer Herstellung erfordern, einen angemessenen Beitrag zum Projekt als Gegenleistung anfordern.

Welcher Beitrag ist jedoch angemessen? Darüber entscheidet das Projekt. Es gewichtet Beiträge, deren Zeitdauer als Maß verwendet wird, umgekehrt proportional zu ihrer Beliebtheit: Für unbeliebte Aufgaben ist nur ein kleiner Beitrag erforderlich, während beliebte Aufgaben einen großen Beitrag erfordern. Das klingt nach einer ähnlichen Rolle, die in der Markt-Ökonomie der Wert spielt.

Der Wert bildet komplexe Tätigkeiten auf einfache ab. Während jedoch stets komplexe ein Mehrfaches einfacher Tätigkeiten ergeben – was bedeutet, dass sie in geringerem Umfang verausgabt werden müssen –, ist es in einer verallgemeinerten Peer-Produktion tendenziell umgekehrt: Einfache Tätigkeiten, die niemand gerne erledigen will, werden hoch gewichtet, um ihre Erfüllung zu gewährleisten, während beliebte und oft hoch qualifizierte Tätigkeiten ein geringes Gewicht bekommen. Die Gewichtung, so der Vorschlag, ist nichts Statisches, sondern wird permanent angepasst. Diese Anpassung erfolgt automatisch über ein »Auktionssystem«, in dem sozusagen Nachfrage und Angebot vermittelt werden. So kann eine Stunde Müll entsorgen durchaus einer Woche Programmieren entsprechen.

Auf der Seite der Verteilung der Güter schließen sich Peer-Projekte zu Verteilungspools zusammen, um eine größere Bandbreite nützlicher Güter anbieten zu können. Gleichzeitig soll die Projektgröße überschaubar bleiben, Probleme sollen direkt »peer to peer« verhandelbar sein. Jede/r, der zu einem lokalen Projekt einen Beitrag leistet, kann aus dem zugehörigen Verteilungspool Güter entnehmen. Je nach Güterart unterscheiden sich die Verteilungsweisen, von Flatrate bis Gewichtung nach Nachfrage.

Bemerkenswert ist, dass Siefkes eine Reihe kritischer Fragen, denen häufig mit dem Verweis auf die Zukunft, in der »es sich schon regeln werde«, ausgewichen wird, konkret diskutiert: Wie werden begrenzte Ressourcen und Güter verteilt? Was ist mit Infrastrukturen und Meta-Aufgaben? Wie werden Entscheidungen getroffen, wie Konflikte gelöst? Wie werden globale Projekte organisiert? Was ist mit Menschen, die keine Beiträge leisten können oder wollen? Wer entscheidet, was ein »Beitrag« ist? Was ist mit Migration? Sind weiterhin Gesetze notwendig?

Nach meiner Auffassung handelt es sich um ein pragmatisches Übergangsmodell, nicht um ein generelles Modell einer postkapitalistischen Gesellschaft. Zentrale Beschränkung in dem Konzept ist die Kopplung von Beitrag und Entnahme. Es ist jedoch gut vorstellbar, dass sich eine strikte Kopplung von Beitrag und Entnahme in der Phase der Konkurrenz zum Kapitalismus nach seiner Überwindung auflösen wird.

Christian Siefkes hat sein Buch nicht begriffskritisch, sondern pragmatisch formuliert und damit auf die Diskursformen im englischen Sprachraum orientiert. Da der Text unter einer Freien Lizenz steht, sollte einer deutschsprachigen Übersetzung nichts im Wege stehen. Pflichtlektüre!●

Stefan Meretz

Christian Siefkes: From Exchange to Contributions. Generalizing Peer Production into the Physical World, Berlin, Edition C. Siefkes, 2007, 9 EUR
Web: www.peerconomy.org

Anzeige

Anzeige

IM LICHTE DER GRUNDEINKOMMENSDEBATTE:

Für Souveränität im Wirtschaftsleben

Als Nachschlag zu unserem Schwerpunkt in der Ausgabe vom November zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Basis für solidarische Ökonomie?« veröffentlichen wir den nachfolgenden Beitrag, den wir aus Platzgründen verschieben mussten:

In der öffentlichen Debatte setzt sich der »dm«-Drogeriemarktgründer Götz W. Werner für ein bedingungsloses Grundeinkommen und der Steuerberater Benediktus Hardorp für die Konsumsteuer als dessen globalisierungsfähigste und -fairste Finanzierungsform ein. Beide bilden zwar ein ungleiches, doch zur Verbreitung der Idee untrennbares Tandem. Denn während Hardorp vom Fiskus her die Einnahmenseite bedenkt, betrachtet Werner vom Sozialstaat her die Ausgabenseite.

Philip Kovce, Rahel Uhlenhoff ● Hardorp hat in seiner Mannheimer Kanzlei einen Gesprächskreis von Unternehmern um sich gebildet, dem auch Werner angehört. Dieser ökonomische Aufklärungssalon oder kreative »Think tank« schöpft seine Inspiration vornehmlich aus einer bisher kaum bekannten Quelle: Rudolf Steiners Sozial- und Ökonomieverständnis.

Der Unternehmer Werner stieß Anfang der 1980er Jahre auf die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, fand für diese allerdings erst 2005 im Wirtschaftsmagazin *Brand eins* Gehör und löste dadurch wesentlich die gegenwärtige Grundeinkommensdebatte aus. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ermöglicht die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, auf die – mit Karl Marx gesprochen – die soziale und ökonomische Wirklichkeit längst hindrängt. Dieser Lage trägt Rechung, was Rudolf Steiner bereits 1905 als das Soziale Hauptgesetz formulierte: *»Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das beißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.«* (GA 34, S. 213)

Steiner sprach zwar nicht wörtlich vom Grundeinkommen, sah aber die Konsequenzen des Kapitalismus, mithin des Übergangs von der Selbst- zur Fremdversorgung, voraus. Wenn die Menschen in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft Waren und Dienstleistungen nur noch für andere Konsumenten produzieren und sich dadurch an der gesamten Wertschöpfung beteiligen, dann ist es nur konsequent und gerecht, dass sie aus der gemeinsamen Wertschöpfung mit einem Grundeinkommen fremdversorgt werden. Dadurch können sie ihre Grundbedürfnisse selbstbestimmt befriedigen. An dieser Stelle erhalten die Menschen nicht mehr Lohn für in der Vergangenheit abgeleistete Arbeit, sondern ein Grundeinkommen für die Initiativentfaltung in der Zukunft. Das Grundeinkommen muss niemand durch Arbeit erst erwerben, sondern jeder erhält es, weil er ist: menschenrechtlich ein Mensch mit Grundbedürfnissen und grundrechtlich ein Bürger eines Gemeinwesens. Alle bisherigen sozialen Transferleistungen, die der Bürger im Laufe seiner Biographie in einzelnen Bedürfnislagen beanspruchen kann, werden auf das allgemeine Menschsein abstrahiert und zu einer Sozialleistung zusammengefasst: dem Grundeinkommen.

Konsumsteuer

Das Grundeinkommen gleicht in finanzieller Hinsicht einer Steuerrückvergütung. Denn der Bürger zahlt Steuern in den Steuertopf ein und erhält nach dem Gießkannenprinzip ein Teil als Grundeinkommen wieder ausgeschüttet. Die Frage, welche der vielen Steuerarten sich am besten zur Finanzierung des Grundeinkommens eignet, muss ein Steuerexperte beantworten. Der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Benediktus Hardorp (geb. 1928) entwickelte bereits in den 1950er Jahren die Idee der Konsumsteuer und assistierte 1968 bei der Einführung der ihr verwandten Mehrwertsteuer. Er hatte zuvor Rudolf Steiners Hinweis, man solle im Steuerwesen von der Einnahmen- zur Ausgabenbesteuerung übergehen, aufgegriffen und weiterentwickelt.

Steiner regte 1919 in dem Vortragszyklus *Soziale Zukunft* an: *»Für das wirkliche produktive Leben ist das Zeichen für viele Einnahmen eben, dass man viel ausgeben kann. Daher muss man, wenn man im Steuersystem nicht etwas schaffen will, was parasitär am Wirtschaftsprozess ist, sondern … eine wirkliche Hingabe des Wirtschaftsprozesses an die Allgemeinheit ist, das Kapital in dem Augenblick versteuern, in dem es in den Wirtschaftsprozess überführt* [sprich: konsumiert] *wird. Und das Sonderbare stellt sich heraus, dass die Einnahmesteuer verwandelt werden muss in einen Ausgabensteuer – die ich bitte, nicht zu verwechseln mit indirekter Steuer.«* (GA 332a, S. 61) Steiner meint hier, das Kapital werde erst dann in den Wirtschaftsprozess überführt, wenn sich für das Produkt auch ein Käufer findet. Und der Fiskus solle im Moment des Kaufaktes nicht die Einnahmen des Produzenten, sondern die Ausgaben des Konsumenten besteuern, weshalb Hardorp diese Steuer begriffskonsequent auch Konsumsteuer nannte. Während die Einnahmenbesteuerung einem staatlich legitimierten Raub gleichkomme, beträfe die Ausgabenbesteuerung nun jeden, auch den Unternehmer, in dem Maße, wie er für Geld konsumiert. Anstatt einer parasitären Besteuerung des monetären Nominaleinkommens würde nun die konkrete Entnahme von Gütern und Leistungen aus der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung, also das individuelle Realeinkommen, besteuert.

Steiners Gedankengänge werden erst demjenigen nachvollziehbar, der – wie Steiner im *Nationalökonomischen Kurs* rät – Wirtschaftskreisläufe nicht punktuell und statisch, sondern prozesshaft und fließend denkt. Wer sich darauf einlässt, dem wird auch Hardorps Begründung der Konsumsteuer denkbar werden: Es gibt in der Wertschöpfungskette von der Naturressource bis zum Endprodukt bisher viele Sozialabgaben- und Steuer*zahler*, aber am Ende doch nur einen Steuer*träger*: den Konsumenten, da der angestellte Beschäftigte ohnehin mit dem steuerbereinigten Nettogehalt rechnet und der Unternehmer die Steuern über den Produktpreis auf den nächsten Konsumenten in der Wertschöpfungskette bis zum Endverbraucher abwälzt. Daher ist es nur folgerichtig, die gesamte Besteuerung auch offensichtlich und gesetzlich auf den Konsum zu verlagern und alle bisherigen Steuerarten zu einer Steuerart zusammenzufassen: der Konsumsteuer. Diese entspricht in ihrer Wirkung der heutigen Mehrwertsteuer, die ebenfalls an der Konsumseite ansetzt, und verspricht in ihrer Auswirkung eine umfassende steuerliche Transparenz.

Resümierend gesagt: alle Steuerarten werden in der Konsumsteuer und alle Sozialleistungen im Grundeinkommen zusammengefasst. Dadurch wird sowohl der Fiskus als staatlicher Steuereinnehmer als auch der Sozialstaatsapparat als Steuerausgeber denkbar schlank und durchsichtig, fühlbar vertrauend statt kontrollierend und tatsächlich Initiative weckend statt hemmend. Kurzum: ein maximaler Sozialstaat mit minimalem Verwaltungsaufwand ist, weil denkbar, auch möglich!

Assoziationen

Und auch die Befreiung der Arbeiter und Angestellten aus dem abhängigen Beschäftigungsverhältnis ist möglich! Steiner schlug sich im Klassenkampf weder auf die Seite der Arbeiter noch auf die der Unternehmer, sondern – wenn überhaupt – auf die Seite der Menschen, die ihre Initiative frei und selbständig entfalten wollten. *»Wer sich auf den Boden des Genossenschaftsprinzips stellt, der behauptet, die Menschen brauchen sich nur zusammenzuschließen, aus ihrer Gemeinsamkeit heraus Beschlüsse zu fassen, dann können sie die Produktionsprozesse verwalten. …Die Idee vom dreigliedrigen sozialen Organismus stellt sich auf den Boden der Wirklichkeit und im Wirtschaftsleben auf den des Assoziationsprinzips: die sachkundigen und fachtüchtigen Menschen, die müssen sich nun zusammenschließen und das Wirtschaftsleben besorgen auf Grundlage der Produktion, die aus der Initiative des einzelnen fließt. … Da wird zuerst produziert und dann das Produzierte auf Grundlage des Zusammenschlusses der produzierenden Personen zum Konsum gebracht.«* (GA 332a, S. 48f.)

Steiner kritisierte sowohl das Genossenschaftsprinzip als auch die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und plädierte stattdessen für die Tarifverhandlungen zwischen den gleichberechtigten Produzenten einer Wertschöpfungskette. Er war der Ansicht, dass die Arbeiter nicht ihre Arbeitskraft, sondern die durch ihre Arbeitskraft hervorgebrachte Leistung auf dem Markt anbieten und damit als gleichberechtigte Unternehmer nicht über ihren Lohn, sondern ihren Anteil am Wertschöpfungsergebnis verhandeln sollten. In diesem Sinne schlug er vor, dass sich alle bei der Herstellung eines Produktes beteiligten Produzenten entlang der Wertschöpfungskette in einer Assoziation zusammenschließen. In dieser sollten sie sich über die Produktionspreise austauschen und aus dieser Bewusstseinsbildung heraus zu fairen Preisverhandlungen kommen. Die Aufklärung über menschenwürdige Produktionsbedingungen und faire Preise sollten demnach nicht nur Wirtschaftsjournalisten und Nichtregierungsorganisationen, sondern die beteiligten Unternehmer selbst leisten. Die Bildung solcher medialen Bewusstseinsorgane kann gleichwohl der Anfang zur Bildung von Assoziationen sein.

Fazit

Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens bedeutet einen wesentlichen Schritt zur Auflösung des Herrschaftsverhältnisses zwischen Arbeitern bzw. Angestellten und Unternehmern. Denn es schafft die Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Lohnerwerb und dadurch auch diejenige vom Arbeitgeber ab. Und es verschafft den weiterhin Leistenden als nunmehr selbständigen Unternehmern eine stärkere Verhandlungsposition in den sich möglicherweise bildenden Assoziationen. Auf diese Weise wird der Status des abhängigen Beschäftigten obsolet, der Status des souveränen Konsumenten durch das Grundeinkommen aber gestärkt und der Status des souveränen Produzenten gefördert. Auf dass der Mensch im Wirtschaftsleben in jeder Hinsicht eins werde: Souverän!●

Anzeige

TIERRA Y LIBERTAD
Land und Freiheit # 61

Nach über einem Jahr Pause wieder da: „Tierra y Libertad" #61 - die Zeitschrift zur Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand in Chiapas/Mexiko

Über zahlreiche Bestellungen freut sich die neue Redaktion, eine AG des YA-BASTA-NETZ.

Inhalt:
Zeit der Indigenas
Bericht vom Ersten Treffen der Indigenen Völker Amerikas
Offensive gegen Zapatistas
Verschärfung der Aufstandsbekämpfung in Chiapas
Paramilitärs in Chiapas
Der Fall OPDDIC - Entstehung und Handlungsweise
Den Prozess der Autonomie kennen lernen
Treffen der zapatistischen Gemeinden mit den Völkern der Welt
Wegbereiter in den permanenten Ausnahmezustand
Bilanz der bald einjährigen Präsidentschaft Felipe Calderons
Solidarität und Rebellion
Das Ya-Basta-Netz stellt sich vor
18 Tote - und niemand ist verantwortlich
Amnesty International „entsetzt" über die Situation in Oaxaca
Von der Solidarität zur Organisierung
Beauftragter der EZLN zur internationalen Mobilisierung

Hg.: YA-BASTA-NETZ in Zusammenarbeit mit der Café Libertad Kooperative

Preise:
1 Exemplar: 1,50 inkl. Porto
10 Exemplare: 7,- Euro inkl. Porto
50 Exemplare: 25,- Euro inkl. Porto

Bestellungen an: landundfreiheit@riseup.net

Infos zum Ya-Basta-Netz unter:
www.ya-basta-netz.de.vu

BUCHBESPRECHUNG

Existenzgründung im Team

Teamgründungen werden im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen allzu oft vernachlässigt, obwohl sich seit Jahren ein Trend zu Gruppengründungen beobachten lässt.
Ob Gründerteams erfolgreicher als Einzelgründer sind, wird kontrovers diskutiert. Vorteile, wie die Kombination von verschiedenartigen Fähigkeiten und Wissen, sprechen dafür. Gefahren liegen in der Qualität des Zusammenspiels der Beteiligten. Svenja Hofert zeigt in ihrem Buch zentrale Aspekte auf, die es zu berücksichtigen gilt, und informiert über Chancen und Risiken der Existenzgründung im Team.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Über 50 Prozent der Existenzgründungen erfolgen im Team. Diese Zahl umfasst allerdings alles, was quantitativ über einer Gründerin bzw. einem Gründer liegt. Bei Teamgründungen spielen oft andere Fragestellungen und Probleme eine Rolle als bei Einzelgründern. Dies fängt bei der Wahl der Rechtsform an und zeigt sich besonders bei Konflikten um Geld, Aufträge und Arbeitsorganisation. Die Autorin Svenja Hofert zeigt in ihrer Veröffentlichung »Existenzgründung im Team«, wie gemeinsam ein Unternehmen gegründet und aufgebaut werden kann. Das Buch ist verständlich geschrieben, bleibt aber bei vielen Ausführungen zu sehr an der Oberfläche.

Einstiegsfragebogen

Etwa nur ein Fünftel des Buches enthält tatsächlich Informationen, die den Besonderheiten von Teamgründungen gerecht werden. Vieles ist zudem auf einfache Bürogemeinschaften ausgerichtet. Um teamspezifische Fragen geht es vorrangig am Anfang und am Ende des Buches. Hilfreich ist sicherlich als Einstieg der einfache Fragebogen »Sind Sie reif fürs Team?« Er bietet wichtigen Gesprächsstoff, um gemeinsam die unterschiedlichen Erwartungen und Fähigkeiten zu besprechen.

Die Zusammenarbeit verschiedener Persönlichkeiten führt häufig zu Problemen. Oft hält die anfängliche Euphorie des Gründerteams aufgrund verschiedener Ziele, Ansichten und Interessen der einzelnen Mitglieder nicht lange an. Die Folge ist der Ausstieg von Gründungsmitgliedern aus den Unternehmen. Um diese zu vermeiden und langfristig die Vorteile und Chancen der Teamarbeit, wie schnelleres Wachstum und Kompetenzbündelung, nutzen zu können, gibt Hofert vor allem in Kapitel 3 einfache, aber praktische Tipps zur Teamgründung.

Vermeidbare Fehler

Zu diesen Tipps gehört die Entwicklung gemeinsamer Ziele, das Einbringen unterschiedlicher Kompetenzen und das Übernehmen verschiedener Aufgaben (Aufgabenteilung). Hofert empfiehlt Berufliches und Privates zu trennen und sieht in der Gründung von Freunden besonders gravierende Konfliktpotentiale. Mit einer Checkliste und Ratschlägen, wie die erforderliche Distanz möglich wird, zeigt sie potentielle Lösungen auf. In Form eines Interviews mit einem Hamburger Gründungsberater werden die häufigsten Teamfehler angesprochen: zu wenig Kommunikation über unterschiedliche Ziele, zu starke Überschneidungen bei den Kernkompetenzen, unzureichende Einbindung eines externen Moderators.

Es folgen Kapitel zum Thema Marketing, Buchhaltung und Steuern, Recht und Verträge, Versicherungen, sowie Mitarbeiter. Das Kapitel Organisationsformen startet mit einem sinnvollen Fragebogen und geht erfreulicherweise auch, aber nur kurz, auf die Rechtsform der Genossenschaft ein. Es bindet diese in den tabellarischen Vergleich ein. Alle Bereiche sind gut lesbar formuliert und teilweise mit Praxisbeispielen veranschaulicht. Erst zum Abschluss wird es wieder teamspezifisch. Die Autorin erläutert hier Möglichkeiten für den Umgang mit Krisen und Konflikten. Beim Thema Ausstieg werden dabei verschiedene Anlässe und ihre Handhabung skizziert, wie Ausschließen eines Teammitglieds, Reduzierung des Arbeitsaufwandes für einen Gründer, Aufgliederung in mehrere Firmen etc.

Hilfreicher Einstieg

Als Einstieg und Überblick zum Thema Teamgründung ist das Buch sicherlich eine Bereicherung, zumal bisher nur sehr wenige Veröffentlichungen hierzu vorliegen. Wissenschaftlichen Ansprüchen genügt das Buch nicht und für die tiefergehende Aneignung von Kenntnissen muss bei den verschiedenen Kapiteln auf andere Literatur zurückgegriffen werden. Veröffentlichungshinweise und Informationen zu Websites geben dafür erste Anregungen.●

Svenja Hofert: Existenzgründung im Team. Der erfolgreiche Weg in die Selbständigkeit, Frankfurt a.M. 2006, 22,90 EUR

Anzeige

TAGWERK EG, DORFEN

Unverdrossen als Genossen...

...hieß das Thema auf der Generalversammlung der TAGWERK-Genossenschaft 2003. Ohne Fragezeichen! Unverdrossen..., als Genossen... Gilt das auch heute noch? TAGWERK wurde 1984 in der Region nordöstlich von München als »Verbraucher- und Erzeuger-Genossenschaft für naturgemäßes Leben« gegründet. Initiatoren waren (umwelt-)politisch engagierte Verbraucher und biologisch wirtschaftende Bauern und Gärtner. Wesentliche Aufgabe der Genossenschaft sollte es sein, die Produkte der damals noch wenigen Biobauern und Gärtner zu vermarkten und immer mehr Bauern, Gärtner, Imker, Bäcker, Metzger in der Region zu motivieren, auf ökologischen Landbau und umweltschonende Verarbeitung mit ökologisch erzeugten Zutaten umzusteigen.

Inge Asendorf, Red. Genossenschaften ● Das erste Jahrzehnt der TAGWERK-Genossenschaft in Dorfen stand im Zeichen der Expansion. Die Einlagen der Mitglieder bildeten das Startkapital der Genossenschaft. Der Umsatz wuchs, die Mitgliederzahl stieg – besonders nach der Katastrophe von Tschernobyl. Immer mehr umstellungswillige Bauern stießen zu TAGWERK. In verschiedenen Ortschaften der Region bildeten sich TAGWERK-Initiativen und

Das Ritual der Stimmauszählung ist Teil der jährlichen Vorstandswahl

Verteilerstellen, die Schritt für Schritt zu den heutigen TAGWERK-Biomärkten wurden. Und aus der ersten Verkaufsstelle auf einem der landwirtschaftlichen Mitgliedsbetriebe entwickelte sich der genossenschaftliche Großhandel. Die TAGWERK-Biomärkte werden heute, als z.T. große Naturkostläden mit Schwergewicht auf regionalen Produkten, wirtschaftlich selbständig geführt. Sie sind per Lizenzvertrag – und Mitgliedschaft der BetreiberInnen – mit der Genossenschaft verbunden.

Unterschiedliche Mitglieder

Die zunehmende Vermarktungsarbeit der Genossenschaft ließ kaum Zeit für Erzeugerberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Landschaftspflege. Darum wurde 1987 zusätzlich der gemeinnützige TAGWERK-Förderverein gegründet. Die TAGWERK-Genossenschaft hat mittlerweile knapp 600 Mitglieder, davon sind 100 Erzeuger, die allerdings nur einen Teil ihrer Produkte über die Genossenschaft vermarkten. Für viele – vor allem auch die Verbraucher – ist die Mitgliedschaft eine Unterstützung der genossenschaftlichen Zielsetzungen: den ökologischen Landbau voranzubringen und eine Nahversorgung mit ökologisch produzierten Lebensmitteln zu sichern.

Um »überschaubar und solidarisch miteinander zu wirtschaften«, war und ist die Organisation als Genossenschaft wichtig. Sie schafft die Basis für gegenseitige Hilfe, für Diskussion und demokratische Entscheidungen. Genutzt haben dies die Mitglieder vor allem in den ersten Jahren. Mit zunehmender »Professionalisierung« des Großhandels und der Läden haben sich Diskussion und Entscheidungsprozesse auf die Aktiven konzentriert. Dies wird besonders deutlich an der Nutzung der obligatorischen Generalversammlung, die einmal jährlich stattfindet. Haben in früheren Jahren auch schon mal über 80 Mitglieder teilgenommen, waren es in den letzten Jahren maximal 40 – mit sinkender Tendenz. Und waren früher auch viele Erzeuger und Verbraucher vertreten, sind es heute vor allem die MitarbeiterInnen der Genossenschaft und die BesitzerInnen der TAGWERK-Läden.

Feststehende Themen

Laut Satzung muss die Generalversammlung spätestens sechs Monate nach Ende des Geschäftsjahres stattfinden, d.h. bei TAGWERK Ende Juni. Bis dahin wird die Bilanz unter Hochdruck fertig gestellt. Es wird diskutiert, wer für Vorstand oder Aufsichtsrat kandidieren sollte oder könnte, und welche aktuellen Themen in der Generalversammlung angesprochen werden sollen. Meistens scheint draußen noch die Sonne, wenn die Mitglieder der TAGWERK-Genossenschaft sich zur jährlichen Generalversammlung treffen. Anträge auf Ortswechsel in den Biergarten wurden bisher aber immer abgelehnt.

Die Tagesordnung ähnelt sich Jahr für Jahr – es müssen einfach bestimmte Punkte erledigt werden:

- Begrüßung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates (da gab es bisher nur männliche!).
- Bericht des Aufsichtsrats über die Arbeit des vergangenen Geschäftsjahres.
- Bericht des Vorstands mit Vorlage der Bilanz, anschließend Abstimmung über die Annahme der Bilanz durch die Generalversammlung und über die Verwendung von Gewinn oder Verlust. Falls eine Genossenschaftsprüfung statt gefunden hat, muss der Prüfungsbericht vorgelesen werden.
- Abstimmungen über die Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand.
- Neuwahl des Vorstands und Wahlen zum Aufsichtsrat.
- Anfragen, Verschiedenes....

Jährliche Vorstandswahl

Der Vorstand wird jährlich neu gewählt. Von den derzeit vier gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern ist einer seit über 20 Jahren dabei. Auch die anderen haben schon mehrere Wahlperioden hinter, und wohl auch noch vor sich. Das verweist nicht nur auf Kontinuität, sondern vielleicht auch auf Nachwuchsprobleme. Der Aufsichtsrat muss laut Satzung mindestens 9 Mitglieder haben, die jeweils für 3 Jahre gewählt werden und dann für eine weitere Periode kandidieren können. Die Aufsichtsratsmitglieder sollten aus verschiedenen Orten und Gruppen (Erzeuger, Verbraucher, Händler...) kommen, was aber nicht immer gelingt.

Auf der Tagesordnung steht immer auch ein aktuelles Thema, mit dem man natürlich möglichst viele Mitglieder zur Generalversammlung locken will. 2007 ging es z.B. um Qualitätskriterien für das Rindfleisch von TAGWERK-Bauern. An den aktuellen Themen kann man über die Jahre hinweg gut die Entwicklung in der Bio-Szene ablesen. 2006 hieß es: »Bio wird knapp – »dank« Aldi, Lidl, Plus und Co. Vorteil für die Bauern – Nachteil für die Verbraucher?« Und 2005: »Naturkost boomt – ändern sich die Werte?« 2004 ging es um die Gentechnik und die Gefahren des Erprobungsanbaus. Und 2003 wurde unter dem Titel »Unverdrossen als Genossen« gefragt,

Die Generalversammlung bei TAGWERK findet in den eigenen Räumen im TAGWERK-Zentrum statt Fotos: TAGWERK

welche Rolle die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften im sich entwickelnden Biomarkt noch spielen.

Die Generalversammlung 2002 war besonders gut besucht. Es ging um das Thema »Nitrofen«, mit dem ja auch TAGWERK-Produkte belastet waren, und die Art und Weise, wie der Vorstand gegenüber der Kunden und Presse aufgetreten ist. Der Konkurrenzdruck durch Biolebensmittel in konventionellen Supermärkten war übrigens schon 1996 Thema einer Generalversammlung. Auch damals wurde die Frage gestellt und Konzepte diskutiert, wie sich TAGWERK als regionaler Vermarkter dagegen behaupten und profilieren kann.

Nachlassende Beteiligung

Dass immer weniger Mitglieder zu den Generalversammlungen kommen, hat verschiedene Gründe. Seitdem der Biomarkt »boomt«, haben Bio-Erzeuger und Hersteller eigentlich keine Absatzprobleme. Und bis auf die Bauern, die ihre Produkte überwiegend über die TAGWERK-Genossenschaft vermarkten, kein so großes Interesse am wirtschaftlichen Alltag der Genossenschaft. Außerdem treffen sich die TAGWERK-Erzeuger regelmäßig in Erzeuger-Arbeitskreisen. Auch die Verbraucher, die ja maßgeblich an der Entstehung von TAGWERK beteiligt waren, haben heute eine große Auswahl an Einkaufsmöglichkeiten für Bio-Lebensmittel.

TAGWERK hat sich außerdem derart professionalisiert, dass »normale« Verbraucher den Eindruck haben, in wirtschaftlichen Dingen nicht mehr mitreden und bei der genossenschaftlichen Arbeit nicht mehr mithelfen zu können. Außerdem gibt es viele Möglichkeiten, Unmut oder Lob über die Entwicklung von TAGWERK los zu werden: in den Läden, im persönlichen Kontakt zu Mitarbeitern etc. Denn das soziale Netz in der TAGWERK-Region ist nach wie vor relativ eng, man kennt sich. Dazu tragen wesentlich auch die Arbeit des TAGWERK-Fördervereins und die TAGWERK-Reisen bei.

Unverdrossen, als Genossen? Im Großen und Ganzen gilt das heute noch. Unstrittig ist derzeit das Genossenschaftsmodell für den regionalen Großhandel, und gemeinsame Arbeit, Verantwortung und die vielfältigen Kontakte und Freundschaften lassen auch so manchen Verdruss überwinden.●

Für weitere Informationen: www.tagwerk.net.

MULTIPLIKATORENFORTBILDUNG, MAGDEBURG

Qualifizierung für Promotoren des Genossenschaftsgedankens

Die Entwicklung und Betreuung von Team- und Genossenschaftsgründungen erweisen sich mittelfristig oft als stabiler und nachhaltiger, als viele Einzelunternehmergründungen. Dem zunehmenden Bedarf an Unterstützung solcher Gründungsinitiativen steht ein noch unzureichendes Potential an Bildung und Beratung entgegen. Die Anfang April beginnende dritte Multiplikatorenfortbildung zum genossenschaftlichen Projektentwickler will hier Abhilfe schaffen.

Helmut Thieme, Red. Genossenschaften ● Die Gründung von Genossenschaften gewinnt an Attraktivität. Genossenschaften verbinden das Umsetzen wirtschaftlicher Aufgaben mit breiten eigenverantwortlichem, solidarischen und demokratischen Handeln. Sie sind ideal für die selbständige Gruppenselbsthilfe. Gerade die sich in der Findungs- und Startphase befindlichen Gründungsinitiativen benötigen aber eine intensive, spezifische beratende Zuwendung, um eine erfolgreiche Weichenstellung von der rechtlichen Gestaltung, über die Finanzierung bis hin zur Formierung der Gründungsgruppe vollziehen zu können. Die anstehende Qualifizierung trägt dazu bei, diese Bedarfslücke zu schließen.

Handlungsorientiertes Wissen

Bei der Weiterbildung handelt es sich um eine praxisorientierte Fortbildung von ProjektentwicklerInnen / BeraterInnen zur Betreuung teamorientierter Unternehmensgründungen. Schwerpunkte der Qualifizierung liegen in der Vermittlung von Handlungswissen für die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften. Die Grundlage für den Aufbau ist ein von der innova eG aus der Praxis heraus entwickeltes Phasenmodell der genossenschaftlichen Unternehmensgründung. Dies untergliedert den Entwicklungsprozess einer genossenschaftlichen Gründung in Orientierungs-, Planungs-, Gründungs- und Stabilisierungsphase.

Die praxisnahe, anwendungsorientierte Wissensvermittlung steht im Vordergrund der Fortbildung. Möglich wird dies der innova eG durch

- ihre jahrelange Erfahrungen bei der aktiven Unterstützung von Genossenschaftsgründungen,
- die Erfahrung von bereits zwei erfolgreich durchgeführten Qualifizierungslehrgängen in den Jahren 2006 und 2007 sowie
- den Einsatz von praxiserfahrenen DozentInnen aus dem ExpertInnen-Netzwerk der innova.

Angesprochene Zielgruppe

Als TeilnehmerInnen für die Qualifizierung werden angesprochen:

- MitarbeiterInnen in der freien Wohlfahrtspflege und sozialen Einrichtungen, die Sozial- und Selbsthilfegenossenschaften initiieren.
- BeraterInnen, die sich ein zweites Standbein im Bereich von Teamgründungen aus der Arbeitslosigkeit aufbauen.
- Qualifizierte Arbeitslose, die selbst Genossenschaftsgründungen anstoßen wollen.
- MitarbeiterInnen von Projekten, in denen der Selbsthilfegedanken eine Rolle spielt.

Die Qualifizierung besteht aus einem Vermittlungsteil in Seminarform mit sechs Mehrtages-Seminaren und einem Support bei der Anwendung des Erlernten. Vorteilhaft für die Teilnahme ist die Existenz einer realen, während der Qualifizierung zu betreuenden und zu entwickelnden Genossenschaftsinitiative mit Perspektive für eine Gründung. Daran setzt der Support an. Bei diesem stehen im Vordergrund:

- Erarbeitung von Plänen mit den TeilnehmerInnen mit Zielen und Schritten der Gründungsbetreuung.
- Konsultationen mit den TeilnehmerInnen zur Besprechung der realen Betreuungssituationen.
- Aufarbeitung der praktischen Erfahrungen/Probleme der TeilnehmerInnen bei der Betreuung in den Seminaren.
- Fern-Betreuung der TeilnehmerInnen mit Hilfe von Telefon, Internet und Email.

Informationen zur Organisation

Die Teilnahmegebühr beträgt 600 EUR (gemäß § 4 Nr. 21 UStG ohne MWSt) pro Seminarmodul von vier Tagen inklusive eines Supports zu dem jeweiligen Inhalt des Moduls bei der Umsetzung eines Genossenschaftsprojektes zzgl. 300 EUR (inkl. 19% MWSt) für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkostenerstattung zum Lehrgangsort und zurück. Die TeilnehmerInnen können sich die Teilnahmekosten durch einschlägige Programme zur Weiterbildung von Arbeitnehmern, Selbstständigen und Arbeitslosen fördern lassen. Bei der Suche nach Fördermöglichkeiten ist die innova eG behilflich.

Ort der Weiterbildung ist das Bildungshaus Ottersleben, in Magdeburg (www.bildungsnetzwerk-magdeburg.de). Die Durchführung des Lehrgangs wird unterstützt durch folgende Mitglieder der innova eG: Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. Weitere Unterstützer werden gesucht.

Genauere Informationen über die Termine (Start am 01.04.-04.04.2008) und die Inhalte der Qualifizierung:
innova eG, Konstantinstr.12, 04315 Leipzig
Tel: (03 41) 681 09 85
Email: info@innova-eg.de
Web: www.innova-eg.de

Knast – zwei aktuelle Bücher

Das Strafvollzug in den Medien meist nur Thema ist, wenn es zu einem Ausbruch oder einem ähnlichen Vorfall kommt, ist eine Binsenweisheit. Um so erfreulicher, dass sich in zwei aktuellen Büchern der Strafvollzugsrealität angemessen und in lesenswerter Weise genähert wird.

In »Türen ohne Klinken« berichtet Harald Poschner aus der Sicht eines Langzeitgefangenen über sein Leben. Dreißig seiner vierzig Lebensjahre befindet er sich in Heimen und Gefängnissen; ohne Larmoyanz wird in dem Buch der Lebensweg eines Inhaftierten nachgezeichnet – und am Ende wundert der Leser sich nicht wirklich, dass es »so« hat enden müssen. Wegen Mordes wurde er zuletzt zu 14 1/2 Jahren und anschließender Unterbringung in der Sicherungsverwahrung verurteilt.

Wer aus der Innenansicht eines Gefangenen, der für seine Gedichte auch schon den Ingeborg Drewitz-Literaturpreis erhalten hat, den Lebensweg und auch die Realitäten hinter den Gefängnismauern kennen lernen möchte, dem sei dies sehr flüssig geschriebene Buch empfohlen.

Gewissermaßen vom anderen Ende einer sogenannten »Kriminellen Karriere« handelt der im Konkret-Literaturverlag erschienene Band »Pop Shop. Gespräche mit Jugendlichen in Haft«.

Auf knapp 240 Seiten finden sich Fotos aus der JVA Köln und – wie der Titel schon vermuten lässt – freimütige und offene Äußerungen von jugendlichen Inhaftierten. Die Autorin und die Autoren haben geschickterweise die Interviews thematisch sortiert, angefangen beim Thema »Verhaftung«, über »Zelle«, »Richter«, »Anwälte«, »Opfer«, »Freunde«, bis hin zu ihren Vorstellungen über das Leben nach der Haft, um nur einen kleinen Teil der Kapitel zu nennen. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die auf Tonband aufgezeichneten Gespräche in Gruppen stattfanden, so dass sich ein richtig gehender Dialog ergab und man auch die Dynamik der Gespräche verfolgen kann.

Wer noch Illusionen über die angeblich resozialisierende Wirkung von Strafvollzug hat, dürfte sie nach dieser Lektüre, aber auch nach der Autobiografie von Poschner nicht mehr hegen.●

Thomas Meyer-Falk, z. Zt. JVA-Bruchsal

Harald Poschner: »Türen ohne Klinke – Ein Totschläger erzählt seine Lebensgeschichte«, erschienen im Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf, 200 Seiten, ISBN 978-3-89602-756-6, 12,90 EUR.
Jünschke/Hauenstein/Ensslin: »Pop Shop. Gespräche mit Jugendlichen in Haft«, erschienen im Konkret Literaturverlag, 240 Seiten, ISBN 978-3-89458-254-8,16 EUR.

Zwischen Bill Haley und Energiekrise

kein »68er Buch«

Werner Pieper, der ehemalige Hotelkoch und Psychedelika-Händler, der seit Mitte der 1970er Jahre seinen Lebensunterhalt als Verleger und kultureller Aktivist erzielt, verschickt im Herbst 2006 eine Einladung. Das sehr vielfältige Spektrum der Angeschriebenen wird gebeten, einen Beitrag zur Bedeutung der 1960er Jahre für die eigene Biographie zu verfassen. Es geht ihm vor allem darum, die nicht-studentischen Aktivitäten und AktivistInnen zu Wort kommen zu lassen und die Fokussierung auf »1968« zu konterkarieren. Die Form war nicht vorgegeben, die Angesprochenen konnten sich an einige – im Buch im Beitrag von Margit Haberland nachlesbare – Fragen halten oder auch nicht.

Mit dem Resultat rücken nun Aspekte der Revolte, die üblicherweise unter dem Label »1968« verhandelt wird, mit ins Rampenlicht, die bei der vorherrschenden, eher »politischen« Sichtweise aus dem Blick geraten: Individuelle Aufbrüche und ebensolche aber auch kollektive Niederlagen, Esoterik und Spiritualität, Kommunen, Raubdrucke und die ersten Jeans, die Flucht aus der Provinz, wie überhaupt die immense Bedeutung von Musik und Drogen – und vieles andere mehr.

Einige Prominente wie Peter-Paul Zahl, Günter Amendt, Günter Wallraff, Dieter Duhm (!), Jörg Schröder vom 1987 geschlossenen März Verlag sind vertreten, alle anderen sind (zumindest mir) Unbekannte, die mit und durch ihre Texte Einblick in ihr Leben geben. Bibi Wintjes, der langjährige Herausgeber des Ulcus Molle Infos ist ebenso Gegenstand eines Beitrages wie die heute vergessenen, aber damals wichtigen Internationalen Essener Songtage. Die AutorInnen der Beiträge, so der Herausgeber im Vorwort, sind heute zwischen 53 und 75 Jahre alt. Mit dem Band ist ein buntes Kaleidoskop von Geschichten und Ansichten, von Lesenswertem und Tüddelkram entstanden. Es liegt in der Anlage eines solchen Buches, dass die meisten, bei aller Kritik, »1968 und die Folgen« für ihr eigenes Leben nicht missen möchten.

Die Rhein Neckar Zeitung hat also recht, wenn sie in ihrer, von Pieper auf seiner Website www.gruenekraft.com zitierten Besprechung schreibt »denn so bunt wie diese Zeit war, so vielfältig ist ihr Niederschlag in der Erinnerung. Ein facettenreiches *Lesebuch*, das seinem Anspruch gerecht wird«. Dem ist nichts hinzuzufügen – außer, dass diese Vielfalt sogar in der vom Herausgeber besorgten Schlagzeilenübersicht für 1958 bis 1973 zu erkennen ist.●

Bernd Hüttner

Alles schien möglich... 60 Sechziger über die 60er Jahre und was aus ihnen wurde; **Herausgegeben von Werner Pieper;** Grüner Zweig, Band 252; Löhrbach 2007, 252 Seiten, 19,68 (!) EUR

Der Gläubiger-K.O.

Welch ein Buch: Seite für Seite offensiv beschriebene Tricks, um von den eigenen Schulden nicht erdrückt zu werden, Zwangsvollstreckungen abzuwenden oder trotz fehlenden Geldes noch an die wichtigen Dinge zum Leben heranzukommen. Wahre Stärke zeigt der Autor bei der Liste der vielen Tricks, die Gläubiger zum Eintreiben von Schulden anwenden. Wer die durchschaut, hat bessere Möglichkeiten. Das ist eine echte Fundgrube – zur Erhöhung des praktischen Nutzens sind noch Musterbriefe, zum Teil kopierfähig, beigefügt. Aufgelockert ist das Buch durch viele kleine Zitate rund ums Geld. Manche regen zum Schmunzeln an, wenig seriös bis ärgerlich wirken aber einige mit hohem Chauvigehalt. Seltsam wirkt auch die Liste von Internetseiten am Ende des Buches. Sollte mensch das gesparte Geld gleich verzocken? Das hätte lieber draußen bleiben oder zumindest gekennzeichnet werden sollen. Verdirbt der Umgang mit den Geldschneidern und -eintreibern der Republik das feine Gespür?●

Jörg Bergstedt

Benno von Urbanowski: Der Gläubiger-K.O., 2006, Rainer Bloch Verlag in Weinheim, 304 S.

Die emotionale Matrix

Ein verwirrendes Buch: Emotionen, im besonderen noch in ihren tiefen, intensiven Formen (nach Lesart des Buches) steuern wesentlich das Verhalten von Menschen. Daher müsse gesellschaftliche Veränderung dort ansetzen. Das würde dann irgendwie zur Bildung eines großen Ganzen (der rote Faden des Buches – es gibt irgendwas Höheres, dass durch die Einheit von Geist und Gefühl entsteht) führen, wodurch die Welt sich zur Nachhaltigkeit (ein Begriff aus der kalten Ökonomie) und zur »machtfrei-demokratischen Selbstorganisierung« (Demokratie ist eine Herrschaftsform, wie kann die machtfrei sein? – Zitat auf S. 88) wandele: »Die Assoziation universeller Sinnbezüge wie Tao, Gott, Buddha, Allah etc. mit intensiven Qualitäten von Mitgefühl bzw. Liebe befähigte die 'Gläubigen' oder 'Wissenden' dazu, sich sowohl von egozentrischen Impulsen als auch von geltenden, doch lieblosen sozialen Normen und Erwartungen zu befreien«.

In zusammenhangloser Form sind einzelne Erkenntnisse der Wissenschaft z.B. zur Hirnforschung mit dubios esoterischen Verklärungen und dem ohnehin inhaltlich beliebigen Nachhaltigkeitsdiskurs gefüllt. Als Quellen dieser Gedanken werden vermeintliche Vorreiter der sozialen Ökologie benannt: der schwer esoterische Johannes Heinrichs oder der zumindest umstrittene Rudolf Bahro, während der international bekannteste Theoretiker einer Verbindung von sozialer und ökologischer Umgestaltung, Murray Bookchin, den Autoren offenbar unbekannt ist. Das mag daran liegen, dass Bookchin eine emanzipatorische Sicht auf die Dinge versucht – wofür Bahro-Schüler und Biedenkopf-Freund Hosang und seine Mitstreiter sicher nicht im Verdacht stehen.●

Jörg Bergstedt

Maik Hosang u.a.: Die emotionale Matrix, 2005, Ökom in München, 148 S., 19,80 EUR

Schweiz: Polizei, Protest und Öffentlichkeit

Die beiden Autoren geben mit ihrem Buch – insofern ist der Untertitel etwas schönfärberisch – keine umfassende soziologische oder historische Untersuchung zu »Protest und Polizei in der Schweiz«. Was sie publizieren, sind zum einen ein mikrohistorischer Vergleich von zwei Protestereignissen im Jahre 1932 und einige soziologische Erkenntnisse zum Agieren der modernisierten Polizei in der zeitgenössischen Mediengesellschaft.

Die Ereignisse 1932 in Genf und in Zürich sind prägend für das jeweilige Agieren der Polizei in den darauffolgenden Jahrzehnten und dienen den Autoren als Beispiele für die Herausbildung einer konträren lokalen politischen Kultur. In Zürich hatte die regierende Sozialdemokratie den polizeilichen Schusswaffeneinsatz gegen streikende ArbeiterInnen angeordnet und dadurch einen Toten und 30 Schwerverletzte mitzuverantworten. In Genf hatte die bürgerliche Kommunalregierung einen Polizeieinsatz gegen eine antifaschistische Demonstration angeordnet: ein Massaker mit 13 Toten und über 60 Verletzten war die Folge. Ausgehend von diesen beiden Ereignissen wird untersucht, wie sich in unterschiedlichen politischen Situationen ein Diskurs von Recht und Ordnung (der Souverän ist der Staat) oder eine bürgerrechtsorientierte Position (der Bürger als Souverän) herausbildet. Diese Polarisierung entspricht überraschenderweise nicht der Links-Rechts-Achse, denn in Genf vertraten jahrzehntelang »die Bürgerlichen« und auch die Sozialdemokratie eine eher bürgerrechtsorientierte Position, die Sozialisten gewannen sogar kurz nach dem Massaker vorübergehend die kommunale Parlamentsmehrheit – während die Züricher Sozialdemokratie bis in die 1970er Jahre hinein eine harte und legalistische Polizeipolitik mittrug. Dieser eher historische Teil wird ausführlich dargestellt und für Zürich noch anhand mehrerer Demonstrationen im Zeitraum 1916 bis 1919 vertieft.

Der zweite Teil widmet sich mit sozialwissenschaftlichen Methoden der öffentlichen Kommunikation und medialen Darstellung von Protestereignissen. Dabei kommt den Massenmedien und den JournalistInnen eine wichtige Bedeutung zu. Spannend sind auch die Aussagen rund um die These, die öffentliche Demonstration werde von der Polizei und noch weit mehr von den Demonstrierenden in ihrer medialen Begleitung und Nachbereitung ein zweites Mal und ganz anders in Szene gesetzt und diese »Demonstration auf dem Papier bzw. in den Medien« sei bei weitem wichtiger als die Anwesenheit und die Ereignisse auf der Straße selbst. Beide Seiten führten sozusagen einen »Informationskrieg« um die öffentliche Meinung – und wer die Proteste gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm im Sommer 2007 verfolgt hat, wird dem nur zustimmen können. Einer Polizei, die sich als Dienerin der BürgerInnen und nicht des Staates verstehe, falle es leichter, sich in einem bürgerrechtsorientieren Diskurs zu behaupten. Nicht zuletzt habe die kritische Öffentlichkeit einen pazifizierenden Einfluss auf das Protestgeschehen ausgeübt und die Polizei seit über 20 Jahren (in Deutschland schon länger!) ihre privilegierte Stellung bei der Deutung von Protestereignissen verloren. Die sozialen Bewegungen schwankten heute, so die Autoren, zwischen der nach »1968« weiter verbreiteten Einschätzung, dass die Medien Herrschaftsinstrument seien und der anderen, mittlerweile weit verbreiteten Position, die sich von den Medien Schutz vor der Polizeigewalt und einen Multiplikatoreneffekt in die Öffentlichkeit hinein verspricht.

In der Schweiz habe das durch Exklusion, Gewalt und Cholerik – und die Überwachung von JournalistInnen – geprägte Polizeiverständnis an Bedeutung verloren, heute setze man auf Dialog , Transparenz, Bürgernähe und die öffentliche Meinung. Aber bleibt das Ziel polizeilichen Handelns, nämlich politische Konflikte und Protest zu kanalisieren und einzuhegen, nicht dasselbe wie früher, so könnte man kritisch einwenden? Dass diese Frage nicht gestellt wird, ist nur ein Indiz dafür, dass das Buch politisch auf linksliberalen Grundannahmen basiert, die die Geschichte von Protest und polizeilichen Reaktionen seit »1968« auf eine Erfolgsgeschichtsschreibung von Zivilisierung und Demokratisierung herunterdimmen.●

Bernd Hüttner

Marco Tackenberg, Dominique Wisler: Hutlose Burschen und halbreife Mädels. Protest und Polizei in der Schweiz; Haupt Verlag Bern/Stuttgart/Wien 2007; 184 S., 29 EUR

Apocalypse No!

Erstens: Eine Fleißarbeit. In Hunderten von Tabellen, Gegenüberstellungen, Vergleichen und Statistiken versucht der Autor den Nachweis, dass (fast) alle Trends der Welt zum Besseren gehen. Zweitens: Eine wohltuende Provokation gegen die einfache Leier (im Buch: Litanei) der untergehenden Welt – von vielen Ökogruppen und NGOs auch genutzt, um die eigenen Spendenkonten billig zu füllen. Drittens: Ein spannender Beweis, dass die These des Autors, dass sich mit Statistiken einfach alles beweisen lässt, auch auf ihn zutrifft. Dabei wäre es müßig, die einzelnen Tabellen mit den Angaben anderer zu vergleichen – manches leuchtet auf Anhieb ein, anderes wiederum zeigt sehr schnell gerichtete Wahrnehmung (z.B. die seltsame Idee, immer wieder das Jahr zugrunde zu legen – kann es sein, dass nach dem bitteren Befreiungskämpfen aus der Kolonialzeit und der hektischen Reindustrialisierung nach dem zweiten Weltkrieg so mancher Parameter grottenschlecht war und eine Verbesserung im Vergleich dazu alles andere als ein Beleg für das Heraufziehen einer besseren Welt ist?).

Die politischen Interessen von Lomborg zeigen sich sehr deutlich überall dort, wo er weder Statistiken widerlegt noch eigene anführt. Wenn der Zauber der Zahlenjonglage verebbt, demaskiert sich das politische Interesse. Ab Seite 285 singt der Autor ein Loblied auf Pestizide. Zahlen fehlen ihm und so beginnt er mit Orakeln: »Pestizide machen Obst und Gemüse billiger, weil sie die Ernteerträge steigern«, ein Verbot würde die Ernten um 16 bis 84 (welch eine Spanne!) Prozent senken, die Menschen würden weniger Obst essen, die Krebsrate dadurch steigen ... Lomborg macht schlicht das, was er seinen KritikerInnen vorwirft: Panik schüren. Noch deutlicher sein kleines Sonderkapitel zum Thema Agrogentechnik. Hier gibt es noch keine Statistiken, sondern nur Einzelfälle. Davon zählt Lomborg einige auf – dabei schon mit seltsam unbegründeten Resümees, dass aus dem Interpretationsstreit klar die eine Meinung als richtig folge. Sein Resümee: Verweis auf Mythen (ohne sie zu nennen) und »bei Abwägung der Vorteile und Risiken (sic! Nachteile gibt es bei ihm gar nicht!) dürfte klar sein, dass die erheblichen Vorteile ... die Risiken aufwiegen«. Verwundern tut das alles aber nicht – Lomborg hat zentrale Kritikpunkte wie die Zuspitzung der Monopole, der Marktbeherrschung und der Abhängigkeiten gar nicht erwähnt. Es wären auch keine Risiken (also potentiell negative Entwicklungen), sondern Nachteile (sprich: bereits eintretende negative Folgen) gewesen.●

Jörg Bergstedt

Björn Lomborg: Apocalypse No!, 2002, ZuKlampen-Verlag in Springe, 560 S., 29 EUR

Die Wiederentdeckung von Sébastien Faure

Im deutschsprachigen Raum ist der Name Sébastien Faure (1858-1942) weitgehend unbekannt. Der aus Frankreich stammende libertäre Pädagoge und Publizist, der u.a. einen starken Einfluss auf Emma Goldman und Louise Michel hatte, wurde nun von Jochen Knoblauch in Form einer Wiederveröffentlichung von drei seiner Broschüren wieder in das Bewusstsein zurückgeholt. Die drei veröffentlichten Essays Faures, die in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts erstmalig ins Deutsche übersetzt wurden, haben trotz der zeitlichen Differenz ihre Aktualität bewahrt. Beim ersten Essay handelt es sich um den Text »Die Anarchisten«, der sich zeitgeschichtlich in die klassischen Selbstdarstellungen der Bewegung (z.B. Errico Malatesta: Anarchie, Alexander Berkman: ABC des Anarchismus) einreiht. In diesem Text versucht Faure entgegen der gängigen – und bis heute gebräuchlichen Missdeutungen des Anarchismus – etwas entgegenzusetzen. Anhand von den drei Aspekten: »Wer wir sind! Was wir wollen! Und was unser revolutionäres Ideal ist!« präsentiert er ein streckenweise – zeitlich bedingt – sehr pathetisches Bild des Anarchismus, das aber die wesentlichen und bis heute gültigen Grundüberzeugen benennt.

Ein weiterer Essay trägt den Titel »Die Verbrechen Gottes« und ist eine Auseinandersetzung mit dem religiösen Glauben. Basierend auf rationalen Überlegungen widerlegt er den Gottesglauben und propagiert den Atheismus. Weiterhin findet sich der Aufsatz »Die anarchistische Synthese« in der Sammlung, der noch durch den Abdruck einer Kommentierung durch den italienischen Anarchisten Luigi Fabbri ergänzt wird. In diesem Essay verteidigt Faure die Vielschichtigkeit der anarchistischen Strömungen, die von vielen GenossInnen als eine Schwächung wahrgenommen werden. Auch hier zeigt sich wieder die Aktualität seines Denkens. Statt die Vielschichtigkeit zu akzeptieren und die Heterogenität als Gewinn zu betrachten, neigen viele AnarchistInnen dazu, die von ihnen präferierte Strömung als einzig wahre zu sehen und anderen Strömungen ihren emanzipatorischen Gehalt abzusprechen. Für Faure hingegen besteht die Möglichkeit einer Synthese der unterschiedlichen Strömungen, die sich sehr gut in ihrer ausdifferenzierten Schwerpunktsetzung ergänzen und sich gegenseitig befruchten können. Eingerahmt sind die Texte durch ein knappes Vorwort und eine Kurzbiographie von Sébastien Faure, die eine erste Verortung des Hintergrundes zulassen.

Der Verdienst dieser Veröffentlichung ist, dass wieder ein im deutschsprachigen Raum fast vergessener Autor publiziert wird. Die Edition seiner Schriften ist behutsam vorgenommen, ist aber an manchen Stellen noch ergänzungsbedürftig. So fehlen sowohl bei »Die Anarchisten« als auch bei »Die anarchistische Synthese« die Angaben der französischen Erstveröffentlichung. Das sind aber Kleinigkeiten, die sicherlich nur für eine vornehmlich wissenschaftlich interessierte LeserInnenschaft von Relevanz sind. Zu wünschen wäre, dass inspiriert von dieser Veröffentlichung weitere Texte von Faure in deutscher Sprache zugänglich gemacht werden.●

Maurice Schuhmann

Sébastien Faure: Die anarchistische Synthese und andere Texte. Herausgegeben, bearbeitet und mit Annotationen versehen von Jochen Knoblauch, Verlag Edition AV 2007, ISBN: 978-3-936049-85-5, 70 S., Preis: 9,80 EUR

Das Fundraising-Handbuch

In vielen Tages- und Nachtschichten haben meine KoAutorInnen und ich eigene und fremde Fundraisingerfahrungen verdichtet, Hunderte von EU-weiten wie regionalen Fördermöglichkeiten, Praxisbeispiele, Kontakte, Links etc. zusammen getragen. Unser Ziel war ein »anwendungsorientiertes« Fundraising-Handbuch, das übersichtlich gegliedert zeigt, wer mit welcher Förderabsicht was unterstützt. Und was zu tun ist, um diese Möglichkeiten zu nutzen – öffentliche und private Mittel, Fonds, Stiftungen, Unternehmen, Serviceclubs, Geldauflagen, Erbschaften, Strategische Partner etc.

Herausgekommen ist ein spannender Leitfaden zur Akquisition aller Mittel, die eine gemeinnützige Organisation benötigt – Geldmittel, Sachmittel, Haupt- und Nebenamtliche, Freiwillige, Unterstützer, Kooperationspartner, Knowhow... Auf 510 Seiten werden in über 400 Kapiteln und Unterkapiteln die 1.000 Möglichkeiten des Fundraisings mit praxisnahen Tipps, Checklisten und (Internet-)Adressen erläutert und es wird gezeigt, was alles geht und wie es geht. So können Sie die erprobten Erfahrungen zahlreicher Initiativen für die Verwirklichung der eigenen Vorhaben nutzen.

Die meisten Vereine und Stiftungen, sozialen, kulturellen, ökologischen, politischen, kirchlichen u.a. Organisationen, die Förderung brauchen, wirken lokal und regional. Daher ist dieses Handbuch vor allem als Unterstützung für das Fundraising vor Ort angelegt. Die jeweiligen hessischen, rheinland-pfälzischen und saarländischen Beispiele sind allerdings leicht übertragbar auf die gemeinwohlorientierte Arbeit auch in anderen Regionen. Das Register enthält 1.447 Schlagworte. So lässt sich das Buch auch sehr gut als Nachschlagewerk des Fundraisings verwenden, vor allem aber als konkrete Anleitung und Anstiftung sich nicht nur auf die Fördermöglichkeiten zu beschränken, die man/frau schon kennt. In einer Zeit sich immer rascher ändernder Förderkonjunkturen heißt es sich möglichst »breit« aufzustellen. Das Fundraisinghandbuch liefert dazu Informationen und Handwerkszeug.●

Diethelm Damm

D. Damm/ K. Klinger/ A. Gregory/ P. Lindlacher: Fundraising, Tipps zur Finanzierung von Vereinen, Projekten und gemeinnützigen Einrichtungen in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und anderswo, AG SPAK Ratgeber-Reihe, ISBN 978-3-930830-53-4, 29 EUR

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof, Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Selbstverwaltetes linkes Hausprojekt in Ravensburg sucht MitbewohnerInnen zum kollektiv wohnen, politisch arbeiten und baulich gestalten.
Mehr Infos unter www.pumuck.de
Kontakt: ☎(07 51) 352 53 20
E-Mail: wohnprojekt@pumuck.de

Platz zum Leben gesucht
Anne (27), Lale (6) und Tomas (43) suchen ein »soziales Umfeld«, ein »Wohnprojekt«, eine »Kommune«, einen Platz zum Leben, und das im Umkreis von ca. 100 km rund um Verden.
Wir suchen andere Menschen (gerne mit Kindern), die wie wir ein Interesse daran haben, sich über den Umgang mit Kindern auseinander zu setzen.
Am liebsten ist uns ein bereits bestehendes Projekt, wir können uns aber auch vorstellen, gemeinsam mit anderen ein neues zu gründen. Wir können uns viele verschiedene Wohnformen und -orte vorstellen, wichtig ist uns vor allem ein respektvoller und verbindlicher Umgang miteinander, mit Raum für individuelle Bedürfnisse.
☎(04 41) 408 14 33
Zu erreichen sind wir über folgende eMail-Adresse:
tomas.puetter@gmx.de

Kommune-Projekt auf dem Land sucht MitkommunardInnen, die Lust auf Kommune, Landleben und linke/linksradikale Politik haben. Wir leben auf einem schon teilweise ausgebauten Resthof, ca. 35 km nördlich von Bremen und wollen mehr werden. Interessiert? Dann meldet euch doch einfach mal unter ☎(01 74) 625 16 16
oder kommune-p-u@gmx.de

Leute für alternative Alternative gesucht; lebenswert geht vor wirtschaftlich; besser machen statt meckern.
Infos unter www.freiewege.de
unter Link »Visionen«, Autor Jeremias
☎(01 75) 61 47

JOBS

Alle zwischen 16-26 Jahren: ab September 2008 FÖJ-Stelle im Waldgarten-Selbstversorgungsprojekt in Niedersachsen frei! Selbstverwaltet und idealistisch!
MAIL allmendeperma@web.de
☎(0 42 31) 90 50 30
www.davyd.de/allmende

JOBSUCHE

ges : neues leben/neue aufgabe
von : kreativer frau (42)
mit architekturausbildung
und gemeinsch.-erfahrung
☎(01 63) 831 25 58
mail: sprache@gmx.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

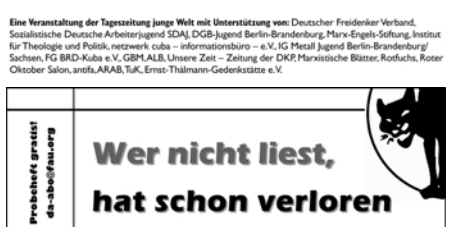
Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Eintrittspreise: Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert) 21,–/erm. 15,– Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion) 13,–/erm. 09,– Euro; Podiumsdiskussion 05,–/ erm. 03,50 Euro, Konzertkarte 13,–/ erm. 09,– Euro. Das Urania-Haus finden Sie mitten in der City-West, an der Verlängerung des Kurfürstendamm; vom Bahnhof Zoologischer Garten mit Bus und U-Bahn in wenigen Minuten erreichbar; 5 Minuten Fußweg von den U-Bahnhöfen Wittenbergplatz und Nollendorfplatz.

Informationen und Kartenreservierungen beim Aktionsbüro junge Welt unter
Tel. (030) 53 63 55 10 oder www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Eine Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt mit Unterstützung von: Deutscher Freidenker Verband, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Marx-Engels-Stiftung, Institut für Theologie und Politik, netzwerk cuba – informationsbüro – e.V., IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg/ Sachsen, FG BRD-Kuba e.V., GBM, ALB, Unsere Zeit – Zeitung der DKP, Marxistische Blätter, Rotfuchs, Roter Oktober Salon, antifa, ARAB, TuK, Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

G8 – HEILIGENDAMM

Perspektiventage
– Wie weiter nach Heiligendamm?
Diesen Sommer waren viele AktivistInnen und politisch interessierte Menschen rund um Heiligendamm gegen die G8 aktiv. In diesem Prozess, der für viele schon 2 Jahre vorher mit der Mobilisierung begann, wurden neue Kontakte geknüpft und politische Themen weiterbearbeitet (u.a. thematische Aktionstage, wie Migration oder Antimilitarismus). Diese Fäden wollen wir nicht abreißen lassen und laden vom **17. bis 20.1.2008** nach Berlin ein. Wir hoffen, dass richtig viele Leute zu den Tagen kommen (300-500) und es eine intensive, spannende Zeit wird und Ideen den Weg in die Praxis finden. Die Tage sind Mitmach-Tage, bei denen jedeR die Möglichkeit hat, sich einzubringen.
Näheres siehe S. 3 in dieser Ausgabe.
E-mail: kontakt@perspektiventage.de
www.perspektiventage.de

BUKO

Wie grün soll die Linke sein?
Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen
Grundlage einer emanzipativen und radikalen sozial-ökologischen Politik ist die Annahme, dass Umweltveränderungen und -probleme wie z.B. Bodenerosion, Überschwemmungen, Klimawandel, Abnahme der biologischen Vielfalt und Sondermülldeponien keine sozial neutralen Fakten sind. Vielmehr sind Umweltveränderungen untrennbar mit sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren verbunden, können Natur und Mensch nicht getrennt gedacht werden. Dies soll mit dem Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausgedrückt werden. Umgekehrt sind sozio-politische Entscheidungen niemals ökologisch neutral. Meistens sind Umweltbelastungen höchst ungleich auf die Menschen verteilt und sozial benachteiligte Menschen diesen Belastungen sehr viel stärker ausgesetzt. Eine emanzipative Auseinandersetzung mit vorherrschenden und alternativen gesellschaftlichen Naturverhältnissen umfasst daher neben ökologischen auch feministische, antirassistische und anti-kapitalistische Perspektiven. Die ungleiche Verteilung der Auswirkungen von Umweltveränderungen verstärkt bereits existierende Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften verschiedener Staaten. Die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Umweltveränderungen auf die verschiedenen Schichten einer Gesellschaft beeinflussen auch deren Machtstellungen zueinander. Das bedeutet nicht nur Armut für die einen und Reichtum für die anderen, sondern auch die Kontrolle der einen über die andere Seite. Radikale sozial-ökologische Politik ist also immer auch eine Kritik an globalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.
Termin: 8.-10.2.2008
Ort: Tagungshaus Meuchefitz
Anmeldung (bis 30.01.08):
mail@buko.info

MEDIEN

5. Akademie
für linke MedienmacherInnen
Mehr als 40 verschiedene Veranstaltungen bietet die 5. Akademie für linke Medienmacher/innen Anfang März in Berlin. Sie findet erstmals im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz 1 statt – verkehrsgünstig am Berliner Ostbahnhof gelegen. »Wir haben hier mit dem großen Münzenberg-Saal sowie sieben modernen Seminarräumen optimale Arbeitsbedingungen«, freut sich der Akademie-Initiator Christoph Nitz.
In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Akademie aus Kursen für Zeitungsprojekte der Linkspartei und ihrem Umfeld. Die vierte Auflage im Frühjahr 2007 bot knapp 20 Veranstaltungen und konnte 100 TeilnehmerInnen begrüßen. Die Akademie für MedienmacherInnen wird 2008 um einen Tag erweitert und offeriert mehr als 40 Veranstaltungen: Fachvorträge, Workshops, Intensiv-Kurse, Exkursionen und genügend Möglichkeit für abendliches Networking. Kurse in den Bereichen Neue Medien; PR- und Öffentlichkeitsarbeit; Journalistische Genres und Praxis; Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement und Recherchemöglichkeiten werden angeboten.
»Neben dem fachlichen Input schätzen die TeilnehmerInnen auch die Möglichkeit zum abendlichen Networking« ergänzt Christoph Nitz. Die Akademien hätten sich zu einem »jährlichen Gipfeltreffen für linke Medienmacher/innen« entwickelt. Die Kursangebote werden in drei Schwierigkeitsstufen gegliedert:
Starter, Fortgeschrittene und Experten.
Die Akademie bietet so maßgeschneidert Weiterbildung sowohl für Menschen, die ein Internetangebot oder ein Printprojekt auf den Weg bringen wollen als auch für »alte Hasen«, die seit Jahren in der kritischen Medienarbeit tätig sind. Das komplette Programmheft ist erschienen. Im Internet kann man und frau sich unter www.linke-medienakademie.de über die Angebote der Akademie informieren und anmelden.
Termin: 6. bis 9. März 2008
Ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Ort: Tagungszentrum,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Kostenbeiträge: 25 Euro (ermäßigt), 50 Euro (Normalbeitrag) und 100 Euro (Förderbeitrag)

JUNGE LINKE

Der Rechtsstaat
– die Faust aus dem Westen
Wochenendseminar zur Inneren Sicherheit
Reformen des Rechtsstaates zugunsten der nie enden wollenden Verbesserung der inneren Sicherheit laufen regelmäßig nach Schema F ab: Ein Innenminister macht ein »Problem« aus und sieht »Handlungsbedarf«. Oftmals bekommt das »Problem« bzw. deren Verursacher einen Namen, die von »Gefährder« über »Schläfer« bis hin zu »Verfassungsfeind« oder ganz allgemein »Krimineller« reichen.
Ist das Problem ausgemacht, schlägt der entsprechende Innenpolitiker Maßnahmen zu dessen Bewältigung vor. Da gibt es aktuell: Online-Durchsuchungen, Bundeswehreinsätze im Innern, und Internierung von »Gefährdern«. Älter und schon umgesetzt sind der »Große Lauschangriff« oder Schilys Sicherheitspakete nach dem 11.September 2001. Dass diese Maßnahmen nicht einfach nur ein Draufhauen der Staatsgewalt auf die ausgemachten Feinde sein soll, wird gleich mitgesagt: »Unsere Freiheit und Werte« sollen da geschützt werden, die »die« bekämpfen.
Mit schöner Regelmäßigkeit rufen solche Reformen KritikerInnen aus der demokratischen Opposition bis hin zu außerparlamentarischen Gruppierungen auf den Plan. »Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.«, zitieren sie den ehemaligen amerikanischen Benjamin Franklin. Die jeweiligen Maßnahmen werden als »unverhältnismäßig« kritisiert und »jetzt endgültig« der Übergang zum »Totalitarismus« entdeckt.

Beide Standpunkte, die der Politik und ihrer Kritiker, sind merkwürdig. Einerseits verwundert, dass aus der so gelobten Freiheit permanent Sicherheitsprobleme erwachsen, sei es durch Räuber oder Terroristen, die man dann mit jeder Menge Gewalt versucht, halbwegs in den Griff zu bekommen. Die bürgerrechtlichen Kritiker bleiben in ihrer Kritik doch recht bescheiden: Dass Gewaltausübung zur Bewältigung der »Probleme« sein muss, haben sie auch verstanden. Sie treibt allein die Frage um, wie viel Schlagstock denn in Stellung gebracht werden soll. Und wer immer wieder »jetzt« den Übergang zur Diktatur beschwört, bringt zum Ausdruck, dass er den Zustand vor der Reform als recht angenehm empfand. Anhand der aktuellen und vergangenen Reformen wollen wir mit Euch versuchen, den Zweck von Freiheit und Rechtsstaat bzw. deren Verhältnis zueinander zu klären. Wir wollen fragen, warum ausgewiesene Rechtsstaatsfreunde auch mal foltern ganz okay finden und welcher Zusammenhang zwischen Feindbildern gegen Ausländer in Zeiten deutscher Kriege besteht.
Termin: 18.-20.1.2008, Berlin

Mythos Finanzkapital
Wochenendseminar über den Kredit und die ihm begleitenden Ideologien
Gegen das »Finanzkapital« sind irgendwie alle. Nicht nur Franz Müntefering oder die NPD, BüSo oder attac!: Linke wie Rechte sehen in ihm gern die Wurzel allen Übels dieser Welt.
»Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. – Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.«
(Franz Müntefering, April 2005)
So ganz verzichten wollen diese Kritiker auf Banken und alles, was dazu gehört dann doch nicht, aber zumindest die »Auswüchse« des Finanzsektors gehören in ihren Augen kräftig reguliert. Der »rücksichtslosen Spekulation«, die sich nicht um Nachhaltigkeit schert und nur am schnellen Geld orientiert ist, soll ein Riegel vorgeschoben werden. Kurzfristige Gewinnerwartung wird gegen lang angelehnte Investition ausgespielt. Dabei wird einerseits der Zusammenhang zwischen industriellem Kapital und dem Finanzkapital missverstanden. Andererseits wird unterstellt, Kapitalisten in produktiven Branchen seien von der Sorge um die Menschen umgetrieben und weniger am Profit interessiert als Banker, Börsenmakler und Hedge-Fonds-Investoren.
Dem Finanzkapital wird seit jeher weitreichende Macht und großer Einfluss zugesprochen; ebenso wird es verantwortlich gemacht für alles, was den Leuten nicht passt an dem, was sie sich unter Kapitalismus vorstellen. Die wenigsten wissen jedoch genau, was sich hinter Kreditgeschäften und Finanztransaktionen wirklich verbirgt. Wir wollen einen Einstieg in das schwierige Thema Finanzmärkte bieten (Vorkenntnisse sind dafür nicht nötig!) und fragen: Was ist und wie funktioniert der Kredit zwischen den Unternehmen und zwischen Banken und Unternehmen? Was ist spekulativer an Finanzgeschäften als an »normalen« Unternehmungen? Warum landen viele Menschen bei Betriebsinsolvenzen immer wieder zielstrebig beim Finanzkapital als Ursache und nicht etwa bei den unternehmerischen Konkurrenten? Und: Lässt sich in dieser Denkweise die alte Unterscheidung von »schaffendem« und »raffendem« Kapital aus der Nazi-Propaganda gegen das »internationale Finanzjudentum« wieder finden?
Termin: 8.-10.2.2008, Hannover

We don't need no education!
Warum die Rede von den schönsten Jahren des Lebens eine gewaltige Lüge ist. Seminar zur Kritik der Schule
Früh morgens aufstehen – Angebrüllt werden oder verständnisvolle LehrerInnen ertragen – Klausuren und Noten – Auswendiglernen – Sich auf Kommando sportlich betätigen – »Pubertär« oder »engagiert« genannt werden – Aufsätze über blödsinnige Fragestellungen schreiben – Ex-Linke LehrerInnen – Bleierne Langeweile – Auf Konstruktivität verpflichtet werden – Lehrplanwissen. Und dann sind da auch noch die MitschülerInnen, die all ihre Kreativität ausspielen, um dem ganzen Horror des Schullalltags noch die besondere Note zu geben.
Im Rückblick auf die Schulzeit werden diese Erfahrungen oftmals verkitscht. Nicht nur der Film »Feuerzangenbowle« weiß um die Schönheit des Schülerlebens, noch der autoritärste Lehrer und das harschste Gewalterlebnis wird als Meilenstein des früheren Glücks verklärt. Andere widersprechen bei einigen Punkten jedoch deutlich: Auswendiglernen, Frontalunterricht und autoritäre Lehrende sollten durch Erziehung zur Mündigkeit ersetzt werden. Manch einer fordert den kreativen Unterricht. Erziehung zur Freiheit soll es sein, und dafür braucht es LehrerInnen, die zwar all die Gepflogenheiten wie Noten und Examen nicht kritisieren sondern exekutieren, aber doch gleichzeitig gegen die konservativen LehrerInnen aufbegehren und den Liberalen raushängen lassen. Wir wollen diskutieren, inwiefern sich diese beiden Konzeptionen von Pädagogik – verständnisvoll oder autoritär – möglicherweise doch nicht so sehr unterscheiden. Vielleicht schauen wir dazu auch noch Filme wie »Club der Toten Dichter« oder die 90er-Jahre-Serie »Unser Lehrer Dr. Specht«, die das veranschaulichen.
Doch dieses Schulsystem leistet sich auch Kritikerschulen. Neben den in anderer Weise autoritären Waldorf-Schulen haben sich auch grundlegendere KritikerInnen an einer »neuen Schule« versucht, die aber im Gegensatz zur Waldorf-Pädagogik von den staatlichen Bildungswächtern eher mit Misstrauen betrachtet wurden und werden. Schluss mit dem »Notenterror« hatten sich diese KritikerInnen vor allem in den 60er und 70er Jahren auf die Fahnen geschrieben und ließen selbst die Anwesenheitspflicht beim Unterricht ruhen. Doch waren gebärdet sich ihre Verteidigung (von Summerhill bis Glocksee, von A.S. Neill bis Celestin Freinet) immer gleich als großes Dementi einer grundlegenden Schulkritik?
Das scheint kein Zufall zu sein. Wir wollen uns zusammen die Gründe näher anschauen, die diese Schulen scheitern ließen. Das führt zu der Frage, warum all die unschönen Dinge so notwendig auftauchen. Hierfür wollen wir uns gemeinsam in der Diskussion und anhand von Texten und Lehrplänen schlussendlich darüber klar werden, welchen Zweck in der aktuellen Gesellschaft die Schule besitzt und wie das mit der grundlegenden Verfasstheit dieser Gesellschaft und deren Bedarf nach ausgebildeten StaatsbürgerInnen zusammenhängt. Und nicht erst seit der PISA-Studie verstärkt sich der Druck auf die SchülerInnen und StudentInnen durch Budgetkürzungen, Schulvergleiche und Studiengebühren. Werden nun Räume ökonomisiert, die es vorher nicht waren? Wird Bildung eine Ware? Und hat das alles was mit dem oft gehörten Wort Neoliberalismus zu tun? Über all das wollen wir mit Euch diskutieren.
Termin: 15.-16.2.2008, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

CHIAPAS

Menschenrechtsbeobachtung
Vom 10. bis 13. Januar 2008 und 31. Januar bis 3. Februar 2008 finden die nächsten Seminare zur Vorbereitung auf die Arbeit als MenschenrechtsbeobachterIn in den indigenen Gemeinden in Chiapas statt. Die BeobachterInnen werden in Chiapas vom Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas koordiniert. Vorraussetzungen für die Arbeit sind fließende Spanischkenntnisse, Eigenfinanzierung, ein Mindestzeitraum von sechs Wochen sowie ein Mindestalter von 21 Jahren. Nach der Teilnahme an den verpflichtenden Vorbereitungsseminaren stellt CAREA ein Empfehlungsschreiben aus.
Nähere Infos zum Seminar und zur Arbeit in Chiapas:
CAREA e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
☎/Fax.: (0 30) 42 80 56 66
www.buko.info/carea
carea@gmx.net

IWW

Theoretische Grundlagen:
Kollaps, Krisen, Kapitalismus
Die gegenwärtige Krise der Finanzmärkte, der drohende Kollaps des Dollar und die Ratlosigkeit kapitalistischer Wirtschaftswissenschaftler.
Die geplatzte Hypotheken-Blase in den USA, taumelnde Banken, Flucht aus dem Dollar: Droht der ökonomische Zusammenbruch der führenden Weltmacht? Was bedeutet das für die globale Wirtschaft? Was geht da eigentlich vor?
Die erste große Finanzkrise von 1857 brachte Friedrich Engels dazu, wieder mit den Reitübungen anzufangen, um sich für kommenden Gefechte zu rüsten. Für Marx war sie der Ausgangspunkt, die Funktion des Geldes und die Warenproduktion im Kapitalismus zu erforschen.
Das Seminar wird ausgehen von empirischen Untersuchungen (Zahlen, Fakten, Bilanzen, wie sie von bürgerlichen Medien und von Wirtschaftsinstituten herausgegeben werden), um die gegenwärtige Krise des Finanzsystems zu beleuchten. Es wird einen kurzen Abriss der Zusammenbruchstheorien in der linksradikalen Debatte der letzten 100 Jahre geben. Davon ausgehend erarbeiten wir uns erste theoretische Grundlagen zu folgenden Fragen: Was ist Geld? Was ist Weltgeld? Was ist Kapitalismus? Warum gerät er anscheinend zwangsläufig in Krisen?
Einen Monat vor Seminarbeginn erhaltet ihr eine Textsammlung. Während des Wochenendes werden kurze Texte verteilt und mit kompetenter Beratung gelesen und diskutiert. Das theoretische Niveau ist ausgerichtet auf interessierte ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und BasisaktivistInnen.
Der Referent kommt aus Köln, war langjähriges Mitglied der Zeitschrift »Wildcat«, gehört zu den Übersetzern von Beverly Silvers »Forces of Labour – Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870« und beschäftigt sich seit Anfang der 80er Jahre aus undogmatisch-marxistischer Perspektive mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem.
Termin: 16./17.1.2008
Ort: Naturfreundehaus Köln-Kalk
Information & Anmeldung:
Heiner Stuhlfauth / IWW Köln
iwwcologne@yahoo.de
☎(02 21) 932 22 90

BERLIN

Weltlicher Humanismus
und Gewaltfreiheit
Kriegsdienste verweigern – Pazifismus aktuell. Libertäre und humanistische Positionen. Buchvorstellung und Diskussion
Die Buchautoren Helga Weber und Wolfgang Zucht (Kassel), Harry Hoffmann und Wolfram Beyer werden anwesend sein. Sie sind aktiv u.a. im HerausgeberInnen-Kreis der Zeitschrift Graswurzelrevolution und der Internationale der Kriegsdienstgegner/innen (IDK). Der Humanismus formuliert Positionen in freidenkerischer Form. Er stellt den Menschen als Natur- und Sozialwesen in den Mittelpunkt. Die Würde des Menschen ist Ausgangs- und Endpunkt des Denkens und Handelns, sowie seiner Einmaligkeit und Individualität. Dieser Humanismus ist nichtreligiös und beinhaltet sowohl atheistische wie auch agnostische Auffassungen. Im Pazifismus ist der Leitgedanke die Ablehnung von Krieg und Gewalt und die Suche nach gewaltlosen Lösungen von zwischenstaatlichen Konflikten sowie die Überwindung von kriegerischen Ursachen in der Gesellschaft. Das Buch (Textsammlung) »Kriegsdienste verweigern – Pazifismus aktuell« will zum Handeln gegen Kriegsursachen ermutigen. In der Kritik stehen Staat und Militär, die christlichen Kirchen und andere religiöse Formen. (Referat mit Diskussion)
Termin: 25. Januar 2008, 19 Uhr

Kommune-Interpretation
Das sechs Jahre nach dem Aufbruch von 1968 geschriebene Büchlein über die Kommune-Interpretation von Karl Marx und Bakunin ist Ausdruck einer Zeit, die in vielem anders gestrickt war als die Gegenwart. Das Ringen um die Aneignung sozialistischer Theorien, Konstruktionsversuche einer Aktionseinheit aus Marxismus und Anarchismus usw. waren Themen, welche die emanzipatorischen Bewegungen der 70er Jahre in Westdeutschland beschäftigten und auch für das Buch »Zerstört den Staat! Marx und Bakunin über die Pariser Kommune« (1974) relevant waren. Dessen Autor Gerd Koch blickt in sein altes Buch, erinnert sich an Kontext und Beweggründe der Publikation und läßt dabei charakteristische Merkmale jener Zeiten erkennen – und der heutigen. (Vortrag und Diskussion)
Termin: 1. Februar 2008, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin – Prenzlauer Berg
www.BibliothekderFreien.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg